

Wozu Christen in Europa?

Die Rolle der Katholischen Kirche
im Prozess der europäischen
Integration



Wozu Christen in Europa?

**Die Rolle der Katholischen Kirche
im Prozess der europäischen
Integration**

**Dokumentation der IV. Internationalen Konferenz
Krakau, 10. - 11. September 2004**

Veranstalter:

Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft
Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen
Päpstliche Akademie für Theologie in Krakau
Polnischer Nationalfonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft
Robert-Schuman-Stiftung, Luxemburg
Verlag "Wokół nas", Gleiwitz

Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Vertretung in Polen

Redaktion: Sigrid Schraml

Mitarbeit: Falk Altenberger, Ewa Kaczyńska, Patrycja Kotarba

Übersetzt von Jan Obermeier, André Drewelowsky, Marzena Słota

Grafische Bearbeitung: Julita Grosser, mediakoncept@acn.waw.pl

Fotos von Antoni Witwicki

© 2005, Konrad-Adenauer-Stiftung, Vertretung in Polen

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Printed in Poland. ISBN 83-86771-25-9

Vorwort	5
Bischof Tadeusz Pieronek	
Wann bedroht die Religion und ihre Dynamik die Säkularität des Staates?	9
Pier Ferdinando Casini	
Zukunftsszenarien – Was müssen die Christen in Europa tun?	19
Włodzimierz Cimoszewicz	
Die Sendung Europas	25
Walter Kasper	
Die Präsenz der Religion im öffentlichen Leben – Ein Prüfstein für die Toleranz	35
Andrzej Szostek	
Darf eine Demokratie totalitär sein? – Einschränkungen der Religionssphäre	47
Bronisław Geremek	
Christliche Lebenswelt – Ist in der neuen europäischen Wirklichkeit etwas zu befürchten?	57
Josef Homeyer	

Die Europäische Union aus der Sicht der Religionsgemeinschaften Russlands	65
Tadeusz Kondrusiewicz	
Religionskriege der Gegenwart – Ein Zukunftsszenario	81
Paul Gallagher	
Die „europäische Theorie“ angesichts der Praxis der „ethnischen Säuberungen“	93
Franjo Komarica	
Wirksame Systeme der Sicherheit	97
Mieczysław Bieniek	
Voraussetzungen einer Politik, die auf Frieden bedacht ist	109
Rocco Buttiglione	
Polen und Russland – Gemeinsame oder getrennte Sicherheit	115
Adam Michnik	
Angaben zu den Autoren	121
Bildliche Impressionen	123

Vorwort

Bischof Tadeusz Pieronek

Staat – Kirche – Europäische Union

An einem gedeihlichen Verhältnis zwischen Staat und Kirche sind bis auf den heutigen Tag höchstwahrscheinlich alle Politiker interessiert, die für das Wohl ihres Staates Sorge tragen. Großes Interesse an einem guten Verhältnis zwischen beiden Seiten haben aber auch die Bischöfe, denen die Leitung der Kirche in ihrem jeweiligen Sprengel anvertraut ist.

Die facettenreiche Geschichte der Beziehungen von weltlicher und geistlicher Sphäre reicht bereits zwei Jahrtausende zurück. Sie offenbarte so manches Mal rivalisierende Einflüsse und gegenseitige Machtansprüche. Zu dieser Geschichte gehören auch die wiederholten Versuche der Staatsgewalt, sich der institutionellen Kirche zu bemächtigen – und umgekehrt. Derartige Versuche gab es keineswegs nur in der fernen Vergangenheit. Sogar noch heute existieren regelrechte Konfessionsstaaten. Zudem findet man immer noch ideologisch verblendete Staaten – wie z.B. einige kommunistische Länder –, die der Kirche einen Kampf auf Leben und Tod ansagen.

Zum Glück gibt es in der Geschichte der Beziehungen von Kirche und Staat jedoch auch eine auf Versöhnung ausgerichtete Strömung. Dies spiegelt sich

am deutlichsten in den zahlreichen Konkordaten wider, die bereits seit dem 12. Jahrhundert zwischen einzelnen Herrschaftsterritorien bzw. Staaten und dem Apostolischen Stuhl geschlossen wurden. Gerade diese völkerrechtlichen Verträge ermöglichten eine friedliche Koexistenz und das konstruktive Zusammenwirken von Politik und Religion.

Die ideale Kooperation von Saeculum und Sacrum beschreibt das 2. Vatikanische Konzil in der pastoralen Konstitution über die Kirche in der Welt von heute („Gaudium et spes“ = GS) mit prägnanten Worten: „Die politische Gemeinschaft und die Kirche sind je auf ihrem Gebiet voneinander unabhängig und autonom. Beide aber dienen, wenn auch in verschiedener Begründung, der persönlichen und gesellschaftlichen Berufung der gleichen Menschen. Diesen Dienst können beide zum Wohl aller um so wirksamer leisten, je mehr und besser sie rechtes Zusammenwirken miteinander pflegen; dabei sind jeweils die Umstände von Ort und Zeit zu berücksichtigen“ (GS 76).

Von eben dieser Kooperationsbereitschaft zeugen die Konkordate, die derzeit zwischen 15 EU-Ländern und dem Apostolischen Stuhl bestehen, von den Konkordaten der einzelnen deutschen Bundesländer und einzelner Fürstentümer wie San Marino oder Monaco ganz abgesehen. Obwohl Großbritannien und die skandinavischen Länder zwar überwiegend konfessionsstaatliche Strukturen aufweisen, halten sie sich durchaus an die heute in Europa üblichen Rechtsnormen zur Regelung der Religionsfreiheit. Dadurch entsteht innerhalb der Europäischen Union ein eigentümliches, insgesamt recht friedvolles Mosaik der verschiedenen Kirchen und Konfessionen.

Die vom Konzil angesprochenen „Umstände von Ort und Zeit“, die in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche stets ihren Niederschlag finden sollen, spiegeln sich derzeit in den vielfältigen Bestrebungen und Maßnahmen zur weiteren Vertiefung der Integration Europas wider.

Die Päpstliche Theologische Akademie in Krakau organisiert in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen und der Robert-Schuman-

Stiftung in Luxemburg seit nunmehr fünf Jahren alljährlich im September eine intensive Debatte über die Rolle der Katholischen Kirche im europäischen Integrationsprozess. Dieses Diskussionsforum erlaubt einen tiefgründigen Meinungsaustausch von gelehrten Wissenschaftlern und Politikern über die konkrete Gestalt des zukünftigen, vereinten Europas, an dessen Architektur die Kirche auf kreative Weise mitwirken möchte.

Letztendlich kommt es jedoch nicht darauf an, welche Dokumente das Verhältnis von EU und Kirche bzw. Konfessionsgemeinschaften im einzelnen definieren. Es ist nämlich nicht sonderlich bedeutsam, ob diese Definition durch den zu ratifizierenden Europäischen Verfassungsvertrag oder erst durch ein zukünftiges Konkordat bzw. Bündel von Rechtsgarantien erfolgt. Ausschlaggebend ist allein, dass die Europäische Union allen Kirchen und Konfessionsgemeinschaften die volle Religionsfreiheit gewährleistet und ihnen günstige Perspektiven für eine gedeihliche Entwicklung eröffnet.

Die vorliegende Publikation enthält die wichtigsten Diskussionsbeiträge der Konferenz, die im September 2004 in Krakau stattfand und der Gestaltung eines allen Völkern wohlgesonnen Europas von morgen gewidmet war.

Krakau, Dezember 2004

■

Wann bedroht die Religion und ihre Dynamik die Säkularität des Staates?

Pier Ferdinando Casini

Diese Konferenz ist eine wertvolle Gelegenheit zur Besinnung und zu tiefgehender Reflexion, denn sie greift u.a. die Problemfelder Frieden, Toleranz und friedliche Koexistenz der Völker Europas auf.

Diese Thematik bereitet der freien, demokratischen Welt gerade heute ernsthafte Schwierigkeiten. Denn immer noch stehen uns die unvorstellbar grausamen Szenen vor Augen, zu denen es in diesen Tagen in Beslan in Ossetien kam. Geradezu dramatische Fragen quälen uns in diesem Zusammenhang: Wie muss man vorgehen, um sich dem Irrsinn des Terrorismus entgegenzustellen, den nicht einmal das elementarste Gefühl des Mitleids mit unschuldigen Kindern und Babys bremsen kann?

In diesen schmerzhaften Augenblicken richtet die heute eröffnete Konferenz eine wichtige Botschaft an die Öffentlichkeit. Sie ruft nämlich noch einmal deutlich in Erinnerung, dass die wirksamste Form des Kampfes gegen die Logik von Hass und Gewalt darin besteht, die Wahrheit über den Menschen als höchstes Gut mutig, ehrlich und konsequent zu verkünden. Zu diesem Kampf gehören

aber auch das unablässige Streben nach einer friedlichen Koexistenz der Konfessionen sowie der unaufhörliche Dialog zwischen den Kulturen der Welt, auch wenn diese inhaltlich und geographisch weit voneinander entfernt sind.

In den letzten Monaten konnten die Völker Europas einer ungewöhnlichen Erfahrung beiwohnen, die im Prozess ihrer erneuten beschleunigten Integration zum Ausdruck kommt. Angesichts dieser schwierigen Umbruchsituation bietet die heutige Konferenz eine wertvolle Gelegenheit zur Reflexion über die integrative Rolle, die der universalen Heilsbotschaft der Katholischen Kirche zukommt. Die Sendung der Kirche bezieht sich eben auch auf die politische Dimension der europäischen Staatenwelt, die so unterschiedliche historische Erfahrungen und Traditionen aufweist.

Lassen Sie mich mit einer Feststellung beginnen, die mir unanfechtbar erscheint: Das Wirken der Katholischen Kirche – und insbesondere des Hl. Vaters, Johannes Pauls II., – hatte entscheidenden Einfluss auf die Beschleunigung des europäischen Einigungsprozesses. Vor allem in einem Land wie Polen, das die EU mit Freude in den Kreis ihrer Mitglieder aufgenommen hat, war dieser mächtige Einfluss besonders spürbar. Nicht nur in Polen, sondern auch in anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks trug gerade die Kirche zur Herausbildung einer neuen politischen Klasse bei, die vor allem die aktive Teilnahme am europäischen Integrationsprozess anstrebte.

Diese Aspirationen wurden nicht nur von dem sicherlich verständlichen Wunsch geleitet, den größtmöglichen ökonomischen Nutzen aus der EU-Mitgliedschaft zu ziehen. Sie entsprangen vielmehr in erster Linie – übrigens in vollem Einklang mit der Lehre von Karol Wojtyła – dem tiefen Verlangen nach Freiheit für eine Gesellschaft, die allzu lange ein dunkles Schattendasein in einem totalitären System hatte fristen müssen. In Hinblick auf das geduldige, aufopferungsvolle Wirken der Kirche zur Aufnahme der Länder des ehemaligen Ostblocks in die EU kann man eine rhetorische, provokativ klingende Frage sicher beantworten, die auf einer der heutigen Arbeitssitzungen gestellt wurde: Ist die Kirche nicht eher ein Eindringling und Störenfried der europäischen Einigung?

Im europäischen Integrationsprozess kann man die Kirche mit Sicherheit nicht als Störenfried betrachten! Ein Störenfried war sie weder in der Vergangenheit, noch wird sie es in Zukunft sein. Wer erwartet, dass die Kirche abseits dieses Integrationsprozesses steht und die großen ethischen Fragen des neuen Europas stillschweigend übergeht, scheint nicht recht zu verstehen, dass gerade die neuen Horizonte der Integration uns veranlassen, die Kirche als Partner der Politik und der europäischen Institutionen mehr als bisher zu schätzen.

Diejenigen Politiker, die offen an die Vision eines gemeinsamen Europas glauben, konzentrierten ihre Anstrengungen in den letzten Jahren auf die Errichtung eines Europas der freien Nationen und Völker. Diese Politiker streben eine politische Gemeinschaft im erhabensten Sinne des Wortes an, in der nicht nur Technokraten und Ökonomen ihren Platz haben. Das ist eine sehr schwierige Aufgabe! Dies bezeugen z.B. die enormen Probleme bei der Entstehung des Europäischen Verfassungsvertrages. Dennoch gelangt dieser Prozess nun endlich an sein Ende. Der Text der zukünftigen Verfassung stellt trotz gewisser kontroverser Einzelaspekte eine strategische Errungenschaft dar und ist von historischer Bedeutung!

Um eine echte politische europäische Gemeinschaft zu errichten, genügt es nicht, lediglich die entsprechenden konstitutionellen Mechanismen zu schaffen. Man muss vielmehr ein Minimum an stark integrierenden Hauptelementen definieren. Nötig ist also ein gemeinsamer Nenner an ethischen Werten, die von allen Völkern Europas als integraler Bestandteil ihrer eigenen Geschichte und Identität anerkannt werden können. Die Kirche hat hierzu viel zu sagen!

Mit Bedauern ist jedoch festzustellen, dass ein diesbezüglicher Appell von Johannes Paul II. bislang ohne nennenswertes Echo verhallte: Die Präambel der zukünftigen Europäischen Verfassung sollte sich unmittelbar auf die christlichen Wurzeln unseres Kontinents berufen! Eben dieser Appell, aber auch die Stimmen all derer, die diesen Appell unterstützten, wurden zum Gegenstand scharfer Polemik, die scheinbar lediglich der Verteidigung des säkularen Charakters der europäischen Institutionen diene.

Das Problem wurde durch diese Polemik jedoch nur verzerrt. Man versuchte nämlich, auf Biegen und Brechen eine völlig unbegründete Spannung zwischen der Anerkennung des unanfechtbaren kulturellen Erbes und der Verteidigung der Säkularität öffentlicher Institutionen zu konstruieren. Der instrumentalisierende Charakter derartiger Versuche ist offensichtlich! Denn die Appelle des Papstes konnten wohl kaum „konfessionelle“ Ziele haben. Es wird übrigens nicht ganz klar, welche der zahlreichen christlichen Bekenntnisse in Europa dabei bevorzugt worden wären!

Die Gründungsväter der Europäischen Gemeinschaft wurden ausnahmslos von der katholischen Kultur und Frömmigkeit geprägt. Nichtsdestotrotz errichteten sie nach dem 2. Weltkrieg sowohl ihre Nationalstaaten als auch die Grundpfeiler des neuen Europas gemäß dem Prinzip der klaren, unantastbaren Trennung von Religion und Politik bzw. Kirche und Staat. Sowohl Alcide de Gasperi als auch Robert Schuman und Konrad Adenauer hinterließen uns ein überaus wertvolles Erbe, dessen Ausstrahlungskraft heute niemand ernsthaft in Zweifel zu ziehen wagt. Ganz im Gegenteil: gerade in unserer Zeit müssten wir uns von diesem Erbe wieder neu inspirieren lassen!

Dies gilt gerade dann, wenn man in unverantwortlicher Weise die Säkularität des Staates ins Spiel bringt, um einem extremen Laizismus zu huldigen, der dem offenen, pluralistischen Charakter des Staates eindeutig widerspricht. In Wahrheit wurde der päpstliche Vorschlag weniger deshalb ignoriert, um den weltlichen Charakter der staatlichen Institutionen zu schützen, sondern um Zusammenstöße mit anderen, nichtchristlichen Konfessionen zu vermeiden. Dies gilt insbesondere für die in jüngster Zeit sehr schwierig gewordenen Beziehungen der westlichen Welt zum Islam. Diese Thematik erfordert ein hohes Maß an Feingefühl.

An dieser Stelle möchte ich auf das Problem des Verhältnisses zwischen Religion und Staat noch tiefer eingehen. Mir drängt sich nämlich der Eindruck auf, dass die vielerorts geäußerte Furcht vor der Gefahr eines von der Religion in die Enge getriebenen säkularen Staates bzw. kirchlich „unterwanderter“

europäischer Institutionen eher eine überspitzte akademische These als eine reelle Möglichkeit ist. Denn „konfessionelle“ Bestrebungen sind mit unserem heutigen Demokratiebegriff ohnehin strukturell unvereinbar. Dieses Demokratieverständnis stützt sich auf starke Fundamente und verfestigte sich inzwischen auch in denjenigen europäischen Ländern, in denen es erst vor kurzem konkrete Gestalt annahm.

Darüber hinaus ist die derzeitige Struktur der europäischen Gesellschaften von einem tiefgreifenden, unumkehrbaren Pluralismus geprägt. Diese Entwicklung führte zur Herausbildung von Sitten und Gebräuchen, die die Vielfalt schützen. Dabei ist man sich der bedeutenden Rolle, die alle Kulturen und Religionen in einer Gesellschaft spielen, durchaus bewusst. In diesem komplexen Zusammenhang erscheint die Hauptfunktion der politischen Institutionen gegenüber den zahlreichen verschiedenen Konfessionen offensichtlich: die Politik muss die Religionsfreiheit unbedingt gewährleisten. Dies kann natürlich nur in Einklang mit allgemein anerkannten Prinzipien geschehen, die unweigerlich auf einem bestimmten Wertebündel beruhen, das der kulturellen Identität jeder Nation zugrunde liegt. Die Religionsfreiheit selbst enthält übrigens wesentliche Elemente des Grundsatzes der Säkularität des Staates und der Bekenntnislosigkeit seiner öffentlichen Institutionen.

Gegen ein solches Verständnis der Trennung von Religion und Politik kann man einwenden, dass diese Auffassung nur graue Theorie ist, die von der tatsächlichen Entwicklung ad absurdum geführt wird. Es lässt sich z.B. nicht ignorieren, dass gewisse fundamentalistische Bewegungen in Europa in den letzten Jahren an Intensität eher zugenommen haben. Diese Strömungen werden von der Suche nach Identität und Sicherheit angetrieben. Dabei kommt leider immer wieder ein erhebliches Maß an religiöser und kultureller Intoleranz zum Vorschein.

Angesichts derartiger Phänomene muss man das Verhältnis zwischen Religion und Säkularität neu in den Blick fassen. Es kommt eben nicht darauf an, den weltlichen Charakter des Staates zu verteidigen, da dieser bereits unantastbare

Wirklichkeit geworden ist. Es müsste hingegen von neuem anerkannt werden, dass die religiöse Wirklichkeit – die weder gefürchtet, noch geringgeschätzt werden sollte – auch weiterhin einen unersetzlichen Bestandteil des menschlichen Lebens bildet. Daher darf diese Wirklichkeit vom Staat und seinen Institutionen nicht ignoriert werden.

Oder anders gesagt: Konzeptionen über die Säkularität der Politik, die religiöse Erscheinungsformen übergehen und sich nicht mit ihnen befassen, wären zu tiefst falsch und über kurz oder lang zum Scheitern verurteilt. Diese Problematik ist zweifellos sehr kompliziert. Die Aufgabe staatlicher Gewalt beruht nämlich nicht unbedingt darin, eine näher definierte Haltung gegenüber den vielfältigen Erscheinungsformen religiöser Kulte einzunehmen. Statt dessen würde es genügen, zu überprüfen, ob der jeweilige Kult den grundlegenden Prinzipien des Zusammenlebens einer demokratischen Gesellschaft widerspricht. Religiöse Phänomene sind naturgemäß von integralem Charakter. Sie erfassen alle Bereiche menschlichen Lebens, wobei sie sich in der Regel auf absolute Werte stützen, die für wahr erachtet werden.

Die Aufgabe der heutigen Politik besteht darin, den Dialog mit den vielen religiösen Bekenntnissen über die wichtigsten Probleme des gesellschaftlichen Lebens zu pflegen. Diese Probleme gehören nicht nur zum Tätigkeitsfeld staatlicher Institutionen, sondern haben auch sehr bedeutende religiöse Implikationen, die das Gewissen zahlreicher Bürger bewegen.

Geeignete Schemata oder Muster dieses Dialogs sind nur sehr schwer festzulegen. Denn dieser Dialog basiert auf der unaufhörlichen Suche nach einem subtilen Gleichgewicht, das nicht auf den Sieg der einen oder anderen Dialogpartei setzt, sondern einen zivilisatorischen Fortschritt zum Wohl der gesamten Menschheit anstrebt.

Genau deshalb scheint mir der offene, vorurteilsfreie Dialog die sicherste und fruchtbarste Methode zu sein. In diesem Dialog schwören die Gesprächspartner keineswegs ihrer eigenen Identität bzw. geistigen Herkunft ab. Gleichwohl

haben sie ein offenes Ohr für die Argumente der anderen Seite.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Repräsentanten der Religionen die Möglichkeit haben sollten, einen ständigen Dialog mit den öffentlichen Einrichtungen des Staates führen zu können. Sie sollten das unveräußerliche Recht genießen, ihre Meinung auch auf sehr nachdrückliche Weise äußern zu können. Und zwar ohne befürchten zu müssen, dass dies automatisch als Versuch angesehen wird, dem Staat ein bestimmtes konfessionelles Welt- oder Menschenbild aufzuzwingen.

Andererseits kommt es sicherlich immer wieder zu politischen Entscheidungen der staatlichen Herrschaftsträger, die in Widerspruch zu den Geboten einer bestimmten Religion oder Konfession stehen. Dennoch dürfen diese Beschlüsse nicht von vornherein als Einschränkung der Religionsfreiheit betrachtet werden. Wenn es gelänge, diese Art von Dialog in die Tat umzusetzen, würden religiöse Phänomene wohl kaum mehr als Bedrohung für den säkularen Charakter des öffentlichen Lebens angesehen werden. Sie könnten dieses Leben dann vielmehr zivilisatorisch veredeln und ethisch bereichern.

Dabei denke ich insbesondere an den Dialog der Weltreligionen, der zum innergesellschaftlichen Integrationsprozess viel Gutes beitragen würde, wobei zugleich auch der Friede und das Mächtegleichgewicht in der Welt gestärkt werden könnten. Der „Geist von Assisi“ wurde von Papst Johannes Paul II. zu einem Grundpfeiler seines Pontifikats erhoben. Er entblößt die Argumente all derjenigen, die versuchen, im Namen einer bestimmten Religion Hass zu säen oder bestehende Konflikte weiter zu verschärfen. Denn wenn sich jemand in derart hinterhältiger Weise auf religiöse Motive beruft, wird ihm durch den interreligiösen Dialog unwiderruflich vor Augen geführt, dass Religion weder mit Gewalt, noch mit der Leugnung fundamentaler menschlicher Werte etwas gemein hat.

Die Erfahrung der Vergangenheit zeigt, dass die Affirmation einer bestimmten religiösen Identität keineswegs durch bloße Anspruchshaltung oder Verschlos-

senheit gegenüber Menschen anderen Glaubens zum Ausdruck kommt. Mit großer Anerkennung vernahm ich z.B. den jüngsten Appell der moslemischen Gemeinden in Italien. Diese riefen nämlich zu Dialogbereitschaft und zur stärkeren Integration der Gesellschaft auf. Dabei bekundete man zugleich den Widerstand gegen alle Formen des Terrorismus in der Welt.

Gemäß diesem Appell ist die Achtung der Menschenwürde der entscheidende Prüfstein, der die authentischen Gläubigen einer jahrhundertealten Weltreligion von all denjenigen unterscheidet, die ihre Religionszugehörigkeit instrumentalisieren, um ihre abartigen Ansichten und Vorstellungen zu begründen. Derartige Auffassungen kreisen um eine engstirnige Hasslogik, aus der es keinen Ausweg zu geben scheint.

Der Appell bestätigt, dass der Dialog mit den gemäßigten, besonnenen Gruppierungen des Islams das wirksamste Instrument im Kampf gegen die terroristische Barbarei und die unerhörten Grausamkeiten der Fundamentalisten ist. Der Terrorismus stellt im übrigen gerade für diese auf Integration bedachten Kräfte eine enorme Bedrohung dar. Er möchte nämlich alle Bestrebungen zunichte machen, die auf die Entstehung einer pluralistischen Gesellschaft mit kohärenten Wertvorstellungen abzielen.

Meiner Meinung nach ist es höchste Zeit, zwischen den religiösen Gemeinschaften und den staatlichen Einrichtungen einen freundschaftlicheren Dialog aufzunehmen. Dabei wird man in objektiver, ausgewogener Form alle wesentlichen Aspekte der wechselseitigen Beziehungen erörtern können. Niemand kann z.B. von der Katholischen Kirche verlangen, auf die ethische Verurteilung von Abtreibung, aktiver Euthanasie und Genmanipulation zu verzichten. Für andere Religionen mag die Verteidigung anderer traditioneller Glaubensforderungen von wesentlicher Bedeutung sein. Diese Postulate wird man sicher nicht als Bedrohung für die Säkularität des Staates ansehen können, wenn sie in Einklang mit den grundlegenden Werten sind, auf denen dessen nationale Kultur und demokratische Verfassung beruhen.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Staaten der freien Welt über alle

nötigen Mittel verfügen, um die subtilen Beziehungen zwischen diesen beiden Seiten angemessen zu gestalten. Das Prinzip der Demokratie schenkt ihnen die Kraft dazu. Denn einerseits gebietet dieses Prinzip, jegliches staatliche Handeln der kritischen Bewertung der Bürger zu unterziehen. Andererseits weist jede echte Demokratie aber auch gewisse Mechanismen zum Schutz grundlegender Minderheitenrechte auf.

Nach den unaussprechlichen Tragödien, die uns das Jahrhundert der Totalitarismen gebracht hat, ist es unvorstellbar, dass die Völker Europas einer Politik der Isolation oder – was noch schlimmer wäre – der Verfolgung bestimmter Religionen zustimmen könnten. Dies sage ich heute im Sitz einer berühmten Akademie, in einem Land, das lange Zeit die Tragödie einer solchen Verfolgung erleben musste und die Gefahren einer „Kirche des Schweigens“ kennenlernte. Dennoch erscheint es undenkbar, dass Europa heute den trügerischen Weg des religiösen Fundamentalismus einschlägt. Die jüngsten Ereignisse in der Welt zeigen uns doch tagtäglich die giftigen Früchte einer derart fatalen Entscheidung!

Ob der positive Entwicklungsprozess zur vollen Reife gelangen kann, hängt wohl letztendlich von der Lebendigkeit der christlichen Botschaft ab, wie dies in der jahrhundertealten Geschichte unseres Kontinents stets der Fall gewesen ist. Diese christliche Lebendigkeit steht natürlich in Widerspruch zu allen Formen von Intoleranz und Fanatismus. Sie nährt sich aus dem Geist der Brüderlichkeit mit den Anhängern anderer Religionen, aber auch mit nichtgläubigen Menschen. Ein lebendiges Christentum kann sich den Mächten des Hasses und der Spaltung mittels der Botschaft von Dialog und Toleranz siegreich widersetzen. Es vermag durch den tiefen, aufrichtigen Glauben an die Menschenwürde und den Frieden dem Wohle aller zu dienen.

■

Zukunftsszenarien

– Was müssen die Christen in Europa tun?

Włodzimierz Cimoszewicz

Durch meinen Beitrag zu dieser Konferenz möchte ich die Bedeutung, die ich der Debatte über die Rolle der Kirche im modernen Europa zuschreibe, unterstreichen. Wir treffen uns zu einem besonderen Zeitpunkt, zu dem die Bemühungen um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union bereits hinter uns liegen. Heute fragen wir uns, wie wir dieses Europa gemeinsam gestalten können.

Mit Sicherheit bleibt allen noch lange die lebhafteste Diskussion im Gedächtnis, die in Brüssel und in Europa über die Aufnahme einer Formulierung in die Präambel der Europäischen Verfassung geführt wurde, die einen Bezug zu den christlichen Wurzeln des Alten Kontinents herstellen sollte. Diese Debatte wurde von vielen Emotionen begleitet. Die Anstrengungen, die von Polen unternommen wurden, um eindeutig das zu beschreiben, was in der Geschichte Europas offensichtlich erscheint, haben nicht die von uns erwarteten Ergebnisse hervorgebracht. Wir können aus diesem Grund enttäuscht sein, doch gleichzeitig können wir nicht leugnen, dass dieselbe Verfassung sehr deutlich die Rolle der Kirchen und der Glaubensgemeinschaften unterstreicht, wofür der Artikel 51

der beste Beweis ist. Die polnischen Vertreter im Europäischen Konvent haben dazu beigetragen, die Argumentation zugunsten des derzeitigen Inhalts dieses Artikels zu verstärken, und schufen damit eine wesentlich festere Grundlage für die Teilnahme der christlichen Kirchen am europäischen Dialog als bisher.

Auch der Apostolische Stuhl hat von Beginn an darauf hingewiesen, dass der Artikel I-51 eine elementare Bedeutung für die Funktionsfähigkeit der Kirche sowie deren Verhältnis zur Europäischen Union hat. Über die Integration der Menschenrechtscharta in die Vertragsgrundlagen ist schon sehr viel gesagt worden. Die Inspiration durch den christlichen Gedanken schlägt sich in der Charta nieder. Neben Formulierungen, die sich auf die Würde des einzelnen Menschen beziehen, handelt die Charta unter anderem von der Gewissens- und Glaubensfreiheit als auch von der Wertschätzung der kulturellen, religiösen und sprachlichen Vielfalt durch die Europäische Union. In diesem Geist – so meine ich – sollte sich unsere Zusammenarbeit auf EU-Ebene in Zukunft entwickeln.

Eine derartige rechtliche Regelung sorgt für einen Zustand des Gleichgewichts und garantiert religiöse Stabilität, erleichtert die Koexistenz von Religionen und Kulturen und knüpft in gewisser Weise an das Goldene Zeitalter Europas an. Sie gestattet gleichzeitig, aus dem multikulturellen historischen Erbe zu schöpfen, Erfahrungen und Errungenschaften des Christentums in Europa gegenseitig in Wechselwirkung treten zu lassen, diese weiterzugeben und auch aufzunehmen.

Das, was in der Vergangenheit für Europa ein gewaltiges Problem darstellte und die Ursache für viele Konflikte war, nämlich die Vielfalt und die religiösen Kontroversen innerhalb des Christentums sowie in den Beziehungen der Christen zu Vertretern anderer Religionen, ist heute – nach einer Jahrhunderte währenden Entwicklung – unsere Stärke. Diese besteht darin, dass geschichtliche Konsequenzen aus schlechten Erfahrungen gezogen wurden, was Wirkung zeigt in dem Willen, einen offenen Dialog zu führen. Auf diesem Gebiet hatte und hat Polen weiterhin viel anzubieten.

Unsere Vergangenheit zeugt in hervorragender Weise von der Möglichkeit

eines friedlichen Zusammenlebens von Kulturen und Religionen. Sie ist damit ein Vorbild für ganz Europa. So fanden in Polen viele Reformatoren Unterschlupf, die in ihren Heimatländern verfolgt wurden. Lutheraner, Calvinisten und Hussiten konnten stets mit Unterstützung von Seiten polnischer Herrscher und der polnischen Gesellschaft rechnen. Einige von ihnen entwickelten jene Philosophie und Gesellschaftslehre, die die Grundlagen des neuzeitlichen Europas bilden. In der polnischen Vielvölker-Republik war auch Platz für Juden und Moslems, die in entscheidender Weise ihre Kultur miterschufen und sich weitreichender Freiheiten in Bezug auf die Ausübung ihrer Bräuche erfreuten. Damals entstand in Polen – dem Land zwischen dem Osten und dem Westen – die gute Tradition der Einheit in der Vielfalt.

Es ist schwer, sich die Geschichte und Kultur Polens ohne die Anwesenheit von Vertretern anderer Religionen, darunter Juden, vorzustellen. 700 Jahre lang war Polen eine Heimat für Tausende von Angehörigen des Judentums, die ihre Religion praktizieren und ihre Kultur entfalten konnten und dabei einen wesentlichen Beitrag zum polnischen Erbe leisteten. In demselben Land, das für sie eine neue Heimat wurde, fand jedoch das von fremder Hand ausgeführte Verbrechen des Holocausts statt. Die komplizierte Wirklichkeit der Nachkriegszeit trug dazu bei, verschiedene Formen fremdenfeindlichen Verhaltens, darunter auch den Antisemitismus, zu bewahren oder mitunter sogar zu verstärken. Derartige Verhaltensweisen zu beseitigen, ist auch weiterhin nicht einfach, und dennoch sind die Anstrengungen, die in unserem Land unternommen wurden, ein gutes Zeichen für die Zukunft. Eine besondere Erwähnung verdient die Rolle der Katholischen Kirche, die seit vierzig Jahren, seit dem 2. Vatikanischen Konzil, unaufhörlich um eine Eindämmung antisemitischer Einstellungen bemüht ist.

Die Tradition der polnischen Toleranz schlug sich auch in den Beziehungen zur islamischen Welt nieder. So war das polnisch-türkische Verhältnis über zwei Jahrhunderte lang (vom 15. bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts) modellhaft. In jener Zeit unterhielt Polen als eines von wenigen Ländern freundschaftliche Kontakte mit Porta. Die Qualität der Beziehungen zwischen Krakau und Istanbul zeigte sich deutlich an der Position der Christen im Heiligen Land und machte

unser Land gleichzeitig zu einem Vormund der Christenheit in Palästina.

Diese ruhmvollen Seiten der Geschichte der polnischen Toleranz ermuntern zu Aktivitäten in der neuen Realität. Der Ausnahmecharakter Polens im vereinigten Europa besteht darin, dass Polen Prinzipien des harmonischen Miteinanders von Christen unterschiedlicher Konfessionen und Angehörigen nichtchristlicher Religionen entwickelt hat. Indem wir uns unserer Werte bewusst sind, sind wir, die wir um konkrete Erfahrungen des Dialogs und der Toleranz reicher sind, bereit, die Aufforderung von Papst Johannes Paul II. – „Fürchtet Euch nicht!“ – aufzugreifen. Denn wenn wir frei sind von Furcht gegenüber der Vergangenheit, können wir Anstrengungen unternehmen, eine gemeinsame europäische Zukunft zu gestalten. Diese Aufgabe ist keinesfalls leicht. In einem gemeinsamen Europa erwarten die Gesellschaften von den Politikern Engagement in dieser Frage. Viele Politiker verlieren jedoch in den Augen der Öffentlichkeit ihre Glaubwürdigkeit. In dieser Situation wächst die Rolle der Kirche, die sich auf die Prinzipien des Politikbetriebes beziehen und sich zum Thema unserer gemeinsamen Ziele äußern kann. Dazu bevollmächtigen sie nicht nur zweitausend Jahre Präsenz in Europa, sondern vor allem das geistliche und ethische Erbe sowie das Verantwortungsbewusstsein für die Zukunft Europas. Das beste Zeugnis hierfür ist im Falle Polens die Unterstützung, die Johannes Paul II. und die polnische Kirche den Bemühungen unseres Landes um den Beitritt zur EU haben zukommen lassen. Dadurch hat die Kirche eine besondere Vision und historische Verantwortung gezeigt. Schließlich ist das Schicksal des vereinten Europas – der Staaten und der Völker – untrennbar mit dem Schicksal der Kirche verbunden.

Im weiter gefassten europäischen Kontext ist die Rolle der Kirche und allgemein des Christentums nicht zu überschätzen. Der Alte Kontinent steht jeden Tag vor immer neuen Problemen, die häufig schwer zu lösen sind. Es besteht kein Zweifel, dass der massenhaft nach Europa fließende Strom von Vertretern verschiedener Religionen, die allzu voreilig als potenzielle Bedrohung für die westliche Zivilisation betrachtet werden, ein neues Phänomen darstellt. In wesentlichem Maße lässt z.B. die Anwesenheit von mehreren Millionen Muslimen

in vielen europäischen Ländern die Angst um die Wahrung der europäischen Identität wachsen. Wie man sieht, reichen die Aktivitäten, die auf politischer Ebene unternommen werden, nicht aus, sondern verstärken sogar das Problem. Und wieder wird deutlich, dass das Christentum eine wichtige Aufgabe zu erfüllen hat. Dank ihrer positiven Erfahrungen in der Abwendung von Auseinandersetzungen und Konflikten kann die Kirche konstruktiv auf das Bewusstsein ihrer Anhänger Einfluss nehmen, um diese für andere Religionen zu öffnen, und so den Weg über den Dialog zur Toleranz aufzeigen.

Mehr noch, die Rolle der Kirche geht weit über den Aufbau eines starken, sicheren und wohlhabenden Europas hinaus. Wir stehen heute im Angesicht einer neuen, früher unvorstellbaren Eskalation des Terrorismus, der mitunter religiös bedingt ist. Kann man diese Konfrontation einzig und allein mit diplomatischen und militärischen Mitteln beenden? Welche Rolle können in diesem Zusammenhang das Christentum und die Katholische Kirche spielen? Eine herausragende Bestätigung der Rolle der Kirche in der modernen Welt ist die Tätigkeit von Papst Johannes Paul II. auf dem Gebiet der Ökumene. Ausdruck findet sie unter anderem in zahlreichen Reisen des Papstes in nichtchristliche Länder, aber auch in spektakulären Anstrengungen zugunsten des Dialogs zwischen den Religionen. Ich denke, dass dies ein gutes Beispiel ist und ein spezifisches Gebot an alle Gläubigen und all jene, die die Autorität des Papstes schätzen.

Wollen wir hoffen, dass diese Anstrengungen auch unter den Vertretern anderer Religionen zu einem Wandel der Denkweisen beitragen.

■

Die Sendung Europas

Walter Kasper

I. Europa im Selbstzweifel

Wer von der Sendung Europas spricht, liegt nicht im Trend. Das hat die Überraschung gezeigt, welche das jüngst erschienene Buch des bekannten amerikanischen Ökonomen und Soziologen Jerry Rifkin, „The European Dream“ (2004), ausgelöst hat. Anders als bei Rifkin werden als zukunftsbestimmende Mächte gewöhnlich nicht Europa sondern andere Kontinente oder Subkontinente genannt. Europa wird zwar größer, aber Europa ist auch, wie die Diskussion um die Europäische Verfassung gezeigt hat, in seiner Identität unsicher und hinsichtlich seiner Sendung von Selbstzweifeln geplagt. Europa gleicht einer großen Baustelle, von der man noch nicht so recht sieht, was daraus werden soll. Europa ist seine Vision abhanden gekommen.

II. Europas historische Sendung

Wenn wir als Christen nach Europas Identität fragen, dann erhalten wir einen ersten Hinweis aus der Apostelgeschichte und zwar aus der zweiten Missionsreise des Apostels Paulus. Die Apostelgeschichte sieht diese Reise, wie die gesamte Entwicklung der frühen Kirche, nicht unter soziologischen, politischen und

anderen menschlichen Gesichtspunkten, sondern unter der Führung und unter dem Antrieb des Geistes Gottes. Ausdrücklich heißt es, der Geist Gottes habe es Paulus verwehrt, das Evangelium in der Provinz Asien (im heutigen Kleinasien) zu verkünden. Auch in Mysien und Bithynien, im Norden Kleasiens, wurde es ihm verwehrt zu predigen. Der Geist Gottes hatte offensichtlich anderes vor.

Als Paulus dann in das direkt am Übergang von Asien nach Europa gelegene Troas kam, hatte er eine nächtliche Vision. „Ein Mazedonier stand da und bat ihn: Komm herüber nach Mazedonien und hilf uns.“ Die Apostelgeschichte berichtet: „Auf diese Vision hin wollten wir sofort nach Mazedonien abfahren; denn wir waren überzeugt, dass Gott uns berufen hat, dort das Evangelium zu verkünden“ (Apg 16, 6-10). Diese Aussage drückt den Gesamtduktus der Apostelgeschichte aus. Sie beginnt in Jerusalem und endet mit der Ankunft des Paulus in Rom. Was wir heute Europa nennen, wurde demnach nach dem Zeugnis der Apostelgeschichte durch Gottes Vorsehung und unter der Führung des Geistes Gottes zum besonderen Ort der Evangeliumsverkündigung, der Gestaltwerdung und der Vermittlung des Evangeliums.

Bereits die Kirchenväter sahen in der griechischen Philosophie und in der Rechtsordnung des Römischen Reiches eine *praeparatio evangelii*. Die universalen Kategorien der griechischen Philosophie und die universale Rechtsordnung des Römischen Reiches wurden zu Ausdrucksgestalten, in denen sich die dem Christentum eigene universale Sendung inkulturieren konnte. Von dort nahm das Christentum in der ausgehenden Antike und im frühen Mittelalter seinen Lauf zu den Germanen und Slawen.

Eine Reise von Gibraltar nach Estland oder von Konstantinopel über Kiew nach Moskau genügt, um festzustellen, was die unterschiedlichen Völkerschaften Europas zusammenhält. Überall begegnet man dem Kreuz als Einheit stiftendem Symbol; überall stehen Kathedralen im Zentrum der alten Städte; überall findet man Madonnen-Darstellungen und Marien-Ikonen. Die christlichen Wurzeln der europäischen Kultur zu leugnen oder zu verschweigen, widerspricht der historischen Evidenz.

Im einzelnen war die Synthese jüdischer, griechischer, römischer, germanischer und slawischer Kultur mit dem Geist des Christentums ein komplizierter Prozess, der durch mannigfaltige Wirren und Wandlungen hindurch zu einem hoch komplexen, äußerst vielfältigen und sich dynamisch entwickelnden Gebilde führte, das sich immer wieder neu als offen für neue Einflüsse und als integrationsfähig erwies: so im Mittelalter für die arabische Kultur oder in der Neuzeit für die legitimen Anliegen der Aufklärung wie Toleranz und Religionsfreiheit. Die europäische Identität ist deshalb keine geschlossene sondern eine geschichtlich offene, integrationsfähige Identität. Die europäische Gestalt des Christentums war nie im engeren Sinn eurozentrisch, sie ist vielmehr – wie es dem Christentum entspricht – universal.

Vor allem seit der Entdeckung der Neuen Welt (1492/98) und dem Beginn der neuzeitlichen Weltmission im 16. und erneut im 19. Jahrhundert sprengte das Christentum die europäischen Grenzen. Dieser Prozess war oft mit der Kolonisation verstrickt und erfuhr mancherlei Rückschläge – man denke an den Ritenstreit im 17./18. Jahrhundert. Doch bereits bei Bartolomé de Las Casas (1484-1566), in der spanischen Barockscholastik (F. de Vitoria u.a.) sowie in der Gründung der römischen Kongregation *Propaganda fidei* (1622) zeigten sich deutlich kolonisations-kritische Züge, welche zur Grundlegung des modernen Völkerrechts führten und zur Grundlage der allgemeinen Menschenrechte wurden. Die Kirche war der erste „global player“.

Dieser Prozess kam mit dem II. Vatikanischen Konzil (1962-65) zu einem Abschluss, der selbst wieder zum Ausgangspunkt weiterer geschichtlicher Entwicklungen geworden ist. Seit dem II. Vatikanischen Konzil ist die Kirche erstmals in einem konkreten und bewussten Sinn universale Weltkirche geworden, die sich als *communio*-Einheit von Ortskirchen versteht. In ihr ist Raum für autochthone Ausgestaltungen des gemeinsamen, alle verbindenden Depositum des Glaubens. Damit stehen wir erst am Anfang eines zukunftsweisenden geschichtlichen Prozesses, in dem Europa heute seine Rolle innerhalb der Weltkirche und innerhalb einer globalisierten Welt neu finden muss.

III. Das Elend und die Schuld Europas

Viele fragen: hat sich mit dem Ende der vornehmlich europäischen Gestalt des Christentums und der Kirche auch die europäische Sendung erledigt und überlebt? Hat sie sich gar spirituell und moralisch kräftemäßig erschöpft? Gibt es auch Anzeichen der Dekadenz in Europa? Stehen wir in Europa vor einem unaufhaltsamen Prozess der Säkularisierung, teilweise auch der Selbstsäkularisierung des europäischen Christentums?

Wir dürfen auf diese Frage nicht vorschnell apologetisch reagieren. Wir müssen vielmehr selbstkritisch eingestehen, dass es neben der Größe europäischer Geschichte und Kultur auch das Elend europäischer Geschichte und Kultur gibt. Europa hat in seiner Geschichte seine Sendung schon oft verraten und missbraucht. Der Papst hat in der eindrucksvollen Liturgie am ersten Fastensonntag des Jubiläumsjahres 2000 wie bei vielen anderen Gelegenheiten diese Schuld bekannt und Gott um Vergebung gebeten.

Erinnert sei an die Kirchenspaltung zwischen Ost und West, an die westliche Kirchenspaltung mit all den unchristlichen Begleiterscheinungen von Kriegen, Verfolgungen und Diskriminierungen. Die Schuld liegt – wie wir heute wissen – nicht nur bei den jeweils anderen; sie ist vielmehr auf beiden Seiten zu suchen. Heute im Jahr 2004 kommt uns vor allem der vierte Kreuzzug mit der Eroberung und Zerstörung Konstantinopels im Jahr 1204 in den Sinn.

Zu erinnern ist auch an die vielen Kriege, welche die europäischen, sich als christlich bezeichnenden Völker in der Vergangenheit gegeneinander geführt haben. Christen haben gegen Christen gekämpft! Nicht vergessen dürfen wir die Kolonialisierung und das Unrecht, das Europa der indigen Bevölkerung und deren Kultur angetan hat. Es war Europa, das in der Neuzeit menschenverachtende totalitäre Systeme hervorgebracht hat und das in zwei Weltkriegen die gesamte Welt ins Unglück stürzte.

Man denke auch an die dunkle Geschichte des Verhältnisses zwischen Juden und Christen, in der man die jüdischen Wurzeln des Christentums und die Tat-

sache, dass Gottes Verheißung und der mit dem jüdischen Volk geschlossene Bund unwiderruflich sind (Röm 11, 26) (NAe 4), vergessen hat. Auch wenn der Holocaust kein christliches, sondern ein neuheidnisches Verbrechen war, so konnte diese alle bis dahin vorhandene Vorstellungskraft überschreitende Untat doch nicht ohne Mithilfe oder zumindest Duldung vieler Christen mitten im christlich geprägten Europa geschehen. So kann man bis zu einem gewissen Grad diejenigen verstehen, die sagen, in den Gaskammern von Auschwitz sei die europäische Kultur verbrannt; von ihr sei nichts als in alle Winde zerstreute Asche übrig geblieben.

Diese Selbstdestruktion aller Werte, welche Europa einmal auszeichneten, hat ihre Wurzeln in der fortschreitenden Emanzipation Europas von seinen christlichen Grundlagen. Auch wenn es eine unzulässige Vereinfachung wäre, die Größe der neuzeitlichen Freiheitsgeschichte und die Herausforderung, welche sie für das Christentum bedeutet, zu übersehen, so kann man doch nicht leugnen, dass das Drama des Humanismus ohne Gott (H. de Lubac) am Ende in den Nihilismus geführt hat. Der gegenwärtige Indifferentismus ist der viel gefährlichere Feind des Christentums; viel gefährlicher als es bis in jüngste Vergangenheit jeder noch so aggressive ideologische Atheismus war. Der Indifferentismus führt zu schweigender und schleichender Apostasie, zu einer Trübung der Hoffnung, zu Schwunglosigkeit, innerer Leere, zu Verlust des Lebenssinns und damit zu Existenz- und Zukunftsangst. Auch die Geißel des Terrorismus ist eine Variante des Nihilismus.

Es genügt nicht, an die Stelle der Gewissheit des Glaubens ein vages religiöses Gefühl und eine Flucht in esoterischen und synkretischen Spiritualismus zu setzen. Mit solchen Surrogaten kann man den enormen Herausforderungen, vor denen wir stehen, schwerlich gerecht werden: der kritische wie konstruktive Dialog mit der modernen pluralistischen Kultur und mit den modernen Wissenschaften; die Begegnung und Auseinandersetzung mit dem Islam, die heute wie schon mehrfach in der Geschichte schicksalhaft für Europas zu sein scheint; der Beitrag zu einer gerechten und solidarischen globalen Weltordnung angesichts des unerträglichen Auseinanderdriftens der Gesellschaft in wenige Reiche und

die vielen Armen in der Welt. Allein im Rahmen einer gerechteren Weltordnung werden wir den Kampf gegen den Terrorismus erfolgreich bestehen können.

Entweder kann Europa angesichts solcher gewaltiger neuer Herausforderungen seine geistigen und geistlichen Ressourcen reaktivieren, oder es wird ausgedient haben.

IV. Europas Erneuerung

Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges, der zugleich das Ende der europäischen Vormachtstellung bedeutete, setzte eine europäische Einigungs- und Erneuerungsbewegung ein. Bezeichnenderweise ging sie von Männern aus, die tief im christlichen Glauben verwurzelt waren (R. Schuman, K. Adenauer, A. de Gaspari). Wieder waren es Christen, welche am Zusammenbruch der osteuropäischen kommunistischen Diktatur entscheidenden Anteil hatten, sowohl in Polen (Solidarność) als auch in Ostdeutschland. Die kraftvollste Stimme, welche die Identität Europas angemahnt und Europa ermutigt hat, seine Wurzeln und seine Werte neu zu entdecken, ist die des gegenwärtigen Papstes.

Europa bedarf um seiner eigenen Zukunft willen der Reinigung des Gedächtnisses und einer Erneuerung seines christlichen Gedächtnisses. Europa muss sich neu auf seine Identität besinnen. Ein solcher Neuanfang ist möglich, weil nach dem Evangelium Vergebung möglich ist, und weil Gottes Berufungen unwiderruflich sind. Deshalb gilt insbesondere für Europa, was der Papst allgemein als Programm für das neue Jahrtausend ausgegeben hat: „Ripartire da Cristo“, d.h. neu von Jesus Christus und vom Evangelium her ausgehen.

Das bedeutet in keiner Weise, die Uhren zurückzustellen und einen Kurs der Restauration einzuschlagen; man kann in der Geschichte nie rückwärts sondern immer nur vorwärts gehen. Das Evangelium ist das wahrhaft Neue; es ist in seiner Neuheit nie veraltet und stets unverbraucht. Nach Irenäus von Lyon ist die Aufgabe des Geistes, das Evangelium immer wieder neu in seiner Neuheit zur Geltung zu bringen.

Dieses Programm führt uns zurück zur Apostelgeschichte und zur Evangeliumsverkündigung des Apostels Paulus. Er hat auf dem Areopag in Athen die heidnische Weisheit und ihr Suchen nach dem unbekanntem Gott aufgegriffen (Apg 17, 22f). Ähnlich wird die Kirche heute allen Religionen und Kulturen mit Achtung und Ehrfurcht begegnen. Sie wird vor allem ins Auge fassen „was den Menschen gemein ist und sie zur Gemeinschaft untereinander führt“ (NAe 1). Sie lehnt nichts von alledem ab, was in den anderen Religionen „wahr und heilig“ ist (NAe 2). Trotzdem wird sie wie Paulus in Athen voll Freimut „das Evangelium von Jesus und von der Auferstehung“ verkünden (Apg 17, 18) als die ein für alle Mal gültige, alles überbietende Erfüllung der Sehnsucht der Religionen der Menschheit. Denn sie ist davon überzeugt, dass Gott in Jesus Christus nicht nur sich sondern auch dem Menschen den Menschen endgültig geoffenbart und ihm seine höchste Berufung erschlossen hat (GS 22).

Eine neue Evangelisation bedeutet auch eine neue Inkulturation des Christentums in einem Europa, das sich in einem tiefgreifenden kulturellen Wandel befindet. So werden wir heute am Ende der konstantinischen Epoche deutlicher zwischen Gott und dem Kaiser zu unterscheiden (Mk 12,13-17) und eine christliche Kultur aufzubauen haben, welche jenseits von ideologischem Laizismus und sektiererischem Neo-Integralismus echte Laizität, d.h. Religionsfreiheit (DH), die legitime Autonomie der weltlichen Kultursachbereiche (GS 36; 56; 76) anerkennt.

Ein solches neues Heimischwerden im europäischen Haus ist nur in ökumenischer Annäherung an die anderen christlichen Kirchen und Kirchengemeinschaften möglich. Die westliche Kirchenspaltung war ja eine entscheidende Ursache für die neuzeitliche Säkularisierung. Nach dem Fall der Berliner Mauer ist es um so vordringlicher, auch die noch immer bestehende Mauer zwischen West- und Ost-Rom zu überwinden und die volle *communio* zwischen erstem, zweitem und drittem Rom „ohne Fusion oder Absorption“ (Johannes Paul II.) wieder herzustellen.

Es gilt darum, die bis zur Wende 1998/90 vorherrschende Sicht, welche Europa in der Tradition des Karolinger- und des spanisch-deutschen/österreichisch-

ungarischen Habsburger-Reiches sah, zu überwinden und Europa – wie schon so oft gesagt wurde – mit beiden Lungen atmen zu lassen. Es gilt, vor allem die Beziehungen zur Russisch-orthodoxen Kirche konstruktiv neu zu gestalten. Denker wie V. Soloviev haben dafür wichtige Grundlagenarbeit geleistet. Die politische europäische Osterweiterung kann nicht ohne die Einbeziehung der orthodoxen Kirchen, welche die Kultur der osteuropäischen Völker geprägt haben, gelingen. Wir können die schwierigen ökonomischen und politischen Probleme der Ostintegration nur lösen, wenn wir die tiefer liegenden religiös-kulturellen Probleme im Blick haben. Dies ist ohne die Faszination einer erneuerten europäischen Vision nicht möglich.

V. Die europäische Vision

Welche Vision hat das Christentum in dieser neuen europäischen Konstellation? Ein paar grundsätzliche Aussagen müssen in diesem Zusammenhang genügen.

Klar ist, dass die Sendung Europas in der sich rasch verändernden Welt nicht in „liberaler“ Anpassung an die momentane Plausibilität sondern nur in Treue zu den christlichen Wurzeln möglich ist. Der Dialog mit den anderen Religionen und Weltanschauungen setzt Partner mit einer klaren und unverwechselbaren Identität voraus. Die Identität ad intra ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Sendung ad extra.

Diese Identität ist kein abstraktes System von Doktrinen oder Normen; die christliche Identität ist letztlich Jesus Christus in Person. In ihm ist uns Gott in konkreter menschlicher Gestalt nahe gekommen. Das Unendliche, alles umfassende und bestimmende Transzendente, nach dem alle Religionen suchen und in dem „wir leben, uns bewegen und sind“ (Apg 17, 28), ist in endlicher Gestalt und in geschichtlicher Konkretheit erschienen. „Logos sarx egento“ (Joh 1, 14). Der Unermessliche hat menschliches Maß angenommen, der Herr aller Wirklichkeit hat sich bis in den Tod entäußert (Phil 2, 7); er ist klein und schwach geworden, um so mit und für die Kleinen und die Schwachen da zu sein.

Schon Hegel hatte erkannt, dass der europäischen Kultur alles Kolossale, das menschliche Maß sprengende, den Menschen niederdrückende fremd ist. Darum sind für die christliche Spiritualität die Demut als geschöpfliche Würde vor Gott und die solidarische Zuwendung zum Menschen, besonders zu den Armen und Notleidenden aller Art, grundlegend. Sowohl die Demut als auch die Einheit von Gottes- und Nächstenliebe (Mk 12, 29-31) sind nicht nur löbliche persönliche Tugenden, sie haben auch eine politische Dimension. So hat sich die Spannung zwischen Personalität und Solidarität in den europäischen Rechtsordnungen und in den europäischen Sozialsystemen ausgeprägt. Hier unterscheidet sich „old Europe“ – bei aller Übereinstimmung in den demokratischen Werten – deutlich, und wie ich meine, vorteilhaft vom „American dream“, mit seiner in der Tradition des Calvinismus stehenden, individualistischen und auf wirtschaftlichen Erfolg bedachten Ausrichtung. Der neoliberale Kapitalismus kann deshalb nicht die europäische Option sein.

Friedrich Nietzsche hat diesen Grundzug des Christentums, welcher zum Grundzug europäischer Kultur geworden ist, in seinem Gegenentwurf scharfsichtig erkannt, ihn als Sklavenmodell denunziert und ihm seine Herrenmoral entgegengestellt. Das jetzt zu Ende gegangene 20. Jahrhundert hat die verheerenden Folgen einer solchen Anthropologie ohne Gott gezeigt. Sie endet in einem Relativismus und Nihilismus, der am Ende auch die Würde des Menschen relativiert; sie führt zu einem Allmachtswahn, der alles beherrschen will und dabei über Leichen geht, zu einer technischen Gigantomanie, welche keine Rücksicht nimmt auf die Ordnung der Natur und die Ressourcen der Erde, auf die kommenden Generationen und das Überleben der großen Mehrheit der Menschheit.

Die demütige Beschränkung auf das menschliche Maß, welches die Ehrfurcht vor der Schöpfung als Lebensraum des Menschen einschließt, und die tätige Solidarität gehören zum Kostbarsten des europäischen Erbes; sie sind Europas bleibender Auftrag. Wenn Europa die Kraft besitzt, diese Vision einer menschlichen Welt zu erneuern, kann es auch in Zukunft einen entscheidenden Beitrag leisten für eine gerechte, friedvolle und lebenswerte Welt.

Europa hat alles andere als ausgedient. Aber Europa muss aufwachen und sein Selbstvertrauen, d.h. das Vertrauen in die eigenen religiösen und kulturellen Wurzeln, wiederfinden. Nur dann kann es der Welt eine Vision vermitteln und Träger einer Hoffnung sein, ohne welche weder Europa noch die Welt eine menschenwürdige Zukunft finden können. Europa muss Europa sein wollen; dann wird es auch in Zukunft eine Sendung für eine menschliche Welt haben.

■

Die Präsenz der Religion im öffentlichen Leben – Ein Prüfstein für die Toleranz

Andrzej Szostek

Toleranz – die Forderung nach Verständnis für Ansichten, die von jemand anderem gelebt werden und von unserer eigenen Weltsicht abweichen – erschien erstmals in der Zeit der Reformation als Reaktion auf Fanatismus und religiöse Verfolgungen.¹ Und wenn man mit der Zeit auch begann, diese Forderung ebenfalls auf Verhaltensweisen, die einem moralischen Urteil unterliegen, sowie auf theoretische Anschauungen zu beziehen,² so ist es doch charakteristisch, dass es der religiöse Kontext war, in dem erstmals der Ruf nach Toleranz laut wurde. Und dieses Gebiet stellt bis heute noch immer ein Feld lebhafter Auseinandersetzungen über Toleranz dar, über deren wahres Verständnis und deren Grenzen. Warum ist das so? Warum enthält der traurige Katalog von Verhaltensweisen, die die Normen der Toleranz durchbrechen, so viele vergangene und aktuelle Fälle, die mit Religion verbunden sind, darunter auch – jedoch nicht ausschließlich – mit der christlichen Religion?

Inquisition und Kreuzzüge, Religionskriege und die verblüffende Formel *cuius regio eius religio*, die diese Kriege beendete, nicht enden wollende Unruhen in Belfast sowie im Nahen Osten und die islamische *Intifada* – das sind nur

einige bekanntere Beispiele von Dramen, die ganze Nationen betreffen, über Generationen andauern und mindestens eine ihrer Konfliktquellen im religiösen Bereich haben. Natürlich ist Intoleranz nicht nur (und wie wir im Weiteren sehen werden im Grunde nicht hauptsächlich) durch Unterschiede im Glauben bedingt. Doch irgendetwas muss in der Natur der Religion selbst vorhanden sein, das sie zu einem häufigen Motiv für intolerantes Verhalten macht. Bevor wir der Frage nachgehen, welches Maß an Präsenz von Religion im öffentlichen Leben als „bestandene Prüfung“ auf dem Gebiet der Toleranz betrachtet werden kann, lohnt es sich zu fragen, was innerhalb der Religion dafür ausschlaggebend ist, dass im Zusammenhang mit ihr überhaupt ein Toleranzproblem auftritt.

So scheinen, verkürzt gesagt, zwei Eigenschaften des religiösen Standpunktes besonders anfällig für eine Verführung durch die Intoleranz zu sein. Erstens impliziert und gebietet Religion einen *fundamentalen Bezug des Menschen zu einem Gott*, der seinen *augenfälligen Ausdruck im Leben des Gläubigen* finden muss.³ Ein wirklich religiöser Mensch begnügt sich nicht mit dem theoretischen Bekenntnis, dass es einen Gott gibt, sondern feiert und betet, respektiert die Moralnormen, die sich aus seinem Glauben ergeben, im privaten wie im öffentlichen Leben, hat den Wunsch, im Geiste seiner Religion seine Kinder zu erziehen usw. Schon hier taucht die Gefahr der „Interessenkollision“ mit jenen auf, die anders glauben oder gar nicht glauben, aber auch mit jenen, die verantwortlich sind für die Gesellschaftsordnung.

Die Zeugen Jehovas akzeptieren aus religiösen Gründen keine Bluttransfusionen. Was kann in dieser Situation ein Arzt tun, der gerade in der Bluttransfusion die einzige Chance sieht, das Leben des Patienten zu retten? Die Religion verbietet ihnen auch den Gebrauch von Waffen. Wie kann dieses Verbot in einer Situation respektiert werden, die die Regierung dazu zwingt, angesichts einer extremen Bedrohung des Staates die allgemeine Mobilmachung auszurufen?

Aber das ist noch gar nichts. Noch ernstere Probleme sind mit einer zweiten Eigenschaft des religiösen Standpunktes verbunden: *mit der Überzeugung, dass nur die von mir ausgeübte Religion der Weg zur Erlösung des Menschen ist* und

dass alle anderen Überzeugungen und Standpunkte in die Irre führen. Also wird der religiöse Mensch sowohl für die Sicherung seines eigenen Erlösungsweges, als auch um anderen in dieser immerhin wichtigen Angelegenheit zu helfen, die seinem Glauben entsprechende Form gesellschaftlichen Lebens unterstützen und alles dafür tun, auch andere davon zu überzeugen.

Obwohl man die Wertschätzung menschlichen Lebens – von Beginn an bis zum natürlichen Tod – rechtfertigen kann (und muss!), ohne sich ausschließlich auf religiöse Prämissen zu berufen, festigt doch der katholische Glaube die Überzeugung, ein guter Katholik könne nicht zufrieden sein, wenn das Recht einige Abtreibungs- oder Sterbehilfefälle ungestraft lasse. Die feierliche Begehung des Sonntags ist nicht die Pflicht eines jeden Bürgers, doch für viele Christen ist es nicht gleichgültig, ob das betreffende geltende Recht ihnen das Feiern erleichtert oder nicht.

Der Christ wird also gegen die Sonntagsarbeit protestieren, und viele protestieren auch gegen Läden, die an diesem Tag ihre Tore öffnen. Der Christ wird gern ein Kreuz oder andere Symbole seiner Religion auch an öffentlichen Orten sehen. Er wird seinen Glauben und die Hingabe der ganzen Welt, in der er lebt, an Gott manifestieren wollen, z.B. durch Eucharistie-Prozessionen an Fronleichnam. Empören werden ihn hingegen solche Manifestationen, die seine Überzeugungen und religiösen Gefühle verletzen.

Bevor wir derartige Meinungen und Vorgehensweisen als intoleranten Versuch bezeichnen, anderen eigene Überzeugungen aufzudrängen und andere zu diskriminieren, sollten wir uns der dramatischen Spannung bewusst sein, die der ganzen Frage nach religiöser Toleranz zugrunde liegt. Bleiben wir während der folgenden Ausführungen bei der katholischen Religion, die in unserem Land am weitesten verbreitet und mir am besten bekannt ist, und lenken wir unsere Aufmerksamkeit vor allem auf polnische Beispiele. Habe ich doch das mir aufgetragene Thema – wie ich es verstehe – insbesondere in Bezug auf unsere Lebenswirklichkeit zu behandeln.

Also: Als Christ bin ich dazu berufen, mich – auch öffentlich – zu Jesus Christus und dessen Evangelium zu bekennen, sowie auch dazu, dieses der ganzen Welt zu verkünden. Es kann mir nicht gleichgültig sein, ob und inwiefern die Ordnung der Welt, in der es mir zu leben vergönnt ist, mit der Betrachtung des irdischen Lebens als Weg zum himmlischen Königreich harmonisiert. Um so mehr kann mich das Schicksal anderer nicht kalt lassen, all jener, die mir nahe stehen, zu deren Liebe ich berufen wurde und für die – wie für mich – die Frage der Erlösung die wichtigste Frage überhaupt ist.

Wie stark ist doch die Versuchung, sowohl aus eigener frommer Bequemlichkeit als auch für das Wohl anderer die Umwelt zur Übernahme jener Religion zu zwingen, zu der ich mich bekenne und deren Fundament ich in der göttlichen Offenbarung erkenne, die weit wichtiger und verpflichtender ist als sämtliche von Menschenhand geschaffene Normen und Konventionen! Schließlich lassen wir derartige Akte des – mehr oder weniger sanften – Erzwingens häufig zu, vor allem gegenüber Kindern, denen wir Hygiene beibringen und die wir in Schulen schicken, häufig gegen ihren Willen, aber auch gegenüber einigen Kranken, die nicht in der Lage sind, ihren eigenen Willen auszudrücken.

Erfordern Ungläubige oder „falsch Glaubende“ nicht ein ähnlich aktives Umsorgen? „Falsch Glaubende“ pflegen dabei besonders gefährlich zu sein, da sie sich und andere verführen, indem sie einen falschen Weg zur Erlösung aufzeigen. Wie einfach ist es, eine besonders aggressive Haltung ihnen gegenüber einzunehmen und zu versuchen, sie wie Feinde zu behandeln, die Verachtung und irdische Verdammnis verdienen! Es ist nicht verwunderlich, dass Intoleranz in der Religion immer noch einen fruchtbaren Nährboden findet, selbst wenn sich herausstellt (und für gewöhnlich stellt sich dies heraus), dass die Hauptquelle und der Motor für fehlende Toleranz irgend jemandes politische Machenschaften sind, die häufig mit „ökonomischen Argumenten“ verbunden sind, oder die simple Abneigung und Feindschaft gegenüber allem, was fremd ist und mein bequemes und einfaches Weltbild stört.

Diese Machenschaften und eine derartige Furcht-Reaktion sind nur auf der Grundlage einer primitiven Interpretation der eigenen Religion möglich, die

mitunter zu einer überaus seltsamen Mixtur wird, in der sich verschiedene, scheinbar widersprüchliche Motive untereinander vermischen, gewöhnlich mit starker Dominanz religiös-abergläubischer und patriotisch-chauvinistischer Akzente. Diese Motive verbindet jedoch ein schweres emotionales Gepäck, das der Ebene der theologischen Reflexion proportional entgegengesetzt bleibt.

Denn Intoleranz lässt sich natürlich nicht mit dem Christentum vereinbaren, wie auch sicherlich nicht mit anderen großen Religionen – den Islam eingeschlossen –, obwohl einige Religionen zweifellos mehr und andere weniger resistent gegenüber Intoleranz sind. Der Christ ist ein Bekenner und Schüler Jesu Christi, der die Welt mit Hilfe des Kreuzes und nicht mit Hilfe des Schwertes erlöst hat, der eine Gruppe von zwölf Jüngern um sich versammelte, nicht eine bewaffnete Truppe, der eine gemeinsame Sprache mit der Samariterin fand, der über den Glauben einer kanaanäischen Frau und eines römischen Offiziers staunte, der Zöllner und Sünder verteidigte, rechtgläubige (rechtgläubig aus deren eigener Perspektive) und fromme Pharisäer hingegen verurteilte, der schließlich niemals Kritik an der herrschenden politischen Ordnung und dem gesellschaftlich-ökonomischen System übte.

Es fehlt hier die Zeit und es gibt wohl auch keinen Bedarf, an all jene Motive des Evangeliums zu erinnern, die bezeugen, wie entschieden unvereinbar dieses mit der Intoleranz ist, mit einer feindlichen Haltung gegenüber Andersdenkenden und Angehörigen einer anderen religiösen Gemeinschaft.

Es lohnt jedoch, sich ins Gedächtnis zu rufen, dass der Hauptweg der Verkündigung des Evangeliums, wozu Christus seine Anhänger feierlich verpflichtet hat, das Bekenntnis des eigenen Glaubens und das Zeugnis des Lebens ist, vor allem das Zeugnis der Liebe bis hin zur Liebe gegenüber den Feinden. Bekenntnis und Zeugnis sind die einzige „Waffe“, derer sich der Schüler Christi zur Erfüllung seiner evangelisierenden Mission bedienen darf. Denn Christus ist daran gelegen, unser Herz zu bekehren und dass wir Ihn persönlich, bewusst und freiwillig annehmen, wofür jedoch Dialog und das Zeugnis der Liebe hilfreich sind – und nicht Zwang und schon gar nicht Feindseligkeit.

Obwohl die Kirche viel Zeit brauchte, bis sie reif war für ihre Erklärung über die Religionsfreiheit, was mit vielfältigen kulturpolitischen Bedingungen und noch stärker mit der Sündhaftigkeit der Kirchensöhne verbunden war, so resultiert diese Erklärung doch aus elementaren Prämissen des Evangeliums, aus der Überzeugung, dass jedem Menschen Würde zukommt (nicht zufällig beginnt die Erklärung mit den Worten *Dignitatis humanae*), in deren Namen er verpflichtet ist, die Wahrheit zu suchen, vor allem die religiöse Wahrheit. Dieser Pflicht kann der Mensch „auf die seinem eigenen Wesen entsprechende Weise nicht nachkommen, wenn er nicht im Genuss der inneren, psychologischen Freiheit und zugleich der Freiheit von äußerem Zwang steht.“⁴ Es muss angemerkt werden, dass die Erklärung, obwohl sie von der Pflicht jedes einzelnen Menschen zur Suche nach Wahrheit spricht, hinzufügt, dass „das Recht auf religiöse Freiheit auch denjenigen erhalten bleibt, die ihrer Pflicht, die Wahrheit zu suchen und daran festzuhalten, nicht nachkommen.“⁵

Der Verzicht auf die Wahrheitssuche ist aus moralischer Sicht tadelnswert, verletzt dies doch gerade die Vernunftnatur des Menschen. Doch erstens hat niemand das Recht darüber zu urteilen, ob und inwiefern ein anderer Mensch Wahrheit sucht und sich bemüht, ihr treu zu sein, und zweitens sind Formen des Zwangs kein Heilmittel für den sündhaften Verzicht auf die Wahrheitssuche. Die Betonung, dass der Mensch von Natur aus die Wahrheit sucht und dies tun sollte, ist wichtig, denn erst auf diesem Fundament ist Toleranz sinnvoll und Dialog möglich.

Toleranz ist „Verständnis gegenüber fremden Ansichten, die sich von unseren eigenen unterscheiden.“⁶ Sie setzt also voraus, dass sowohl wir als auch andere gewisse Ansichten haben, die wir – im Namen der uns allen gemeinsamen Wahrheitssuche – rechtfertigen und von deren Richtigkeit wir andere zu überzeugen versuchen, und dass wir bereit sind, kritische Stimmen von Seiten jener anzuhören, die unsere Überzeugungen nicht teilen. In diesem Sinne widersprechen Versuche eines Dialogs mit Andersdenkenden und -gläubigen nicht dem Geist der Toleranz, sofern diese Versuche nicht in aufdringlicher oder aggressiver Weise unternommen werden. Ich unterstreiche dies, da mitunter selbst der Ver-

such eines religiösen Dialogs oder sogar das öffentliche Bekenntnis des eigenen Glaubens als Ausdruck von Intoleranz bezeichnet wird.

Das Problem der Präsenz von Religion im öffentlichen Leben beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Beziehungen zwischen den Anhängern verschiedener Religionen oder zwischen Gläubigen und Nichtgläubigen. Ein religiöser Mensch und besonders eine religiöse Institution wie die Kirche haben das Recht und die Pflicht, am öffentlichen Leben teilzunehmen, indem sie all das unterstützen, was die Menschenwürde stärkt und die Entwicklung des Menschen fördert.

Das Zweite Vatikanische Konzil widmete dieser Frage sein umfangreichstes Dokument, die pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute. Und wieder ist es schwierig, hier den gesamten Inhalt zusammenzufassen. Die Konstitution lässt jedoch keinen Zweifel, dass es nicht die Absicht der Kirche ist, die „legitime Autonomie der zeitlichen Dinge“⁷ anzurühren. Eher im Gegenteil: es ist die Intention der Kirche, diese Autonomie zu stärken, indem sie Aktivitäten unterstützt oder initiiert, die der irdischen Gesellschaft bei ihren edlen Absichten helfen: beim Schutz eines jeden menschlichen Lebens sowie der Familie, bei Barmherzigkeits-Aktionen, bei der Beseitigung sozialer Ungerechtigkeit, der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, der Schaffung von Frieden und auch bei der Durchdringung der Kultur mit religiösen Inhalten.

Denn obgleich die Kirche „kraft ihrer Sendung und Natur an keine besondere Form menschlicher Kultur und an kein besonderes politisches, wirtschaftliches oder gesellschaftliches System gebunden sein sollte“, kann sie dennoch „kraft dieser ihrer Universalität ein ganz enges Band zwischen den verschiedenen menschlichen Gemeinschaften und Nationen bilden.“⁸

Andererseits erwartet die Kirche, dass der Staat ihr eine Präsenz und Formen der Aktivität garantiert, die es ihren Anhängern gestatten – ohne die gesellschaftliche Ordnung zu stören –, die religiösen Pflichten zu erfüllen und religiöse Bedürfnisse zu befriedigen. Dieses Thema – die Respektierung von Rechten der Kirche und anderer Glaubensgemeinschaften durch den Staat – werde ich

hier nicht weiter behandeln, denn wir wollen unsere Aufmerksamkeit nicht auf den Staat, sondern auf die Religion und deren Anfälligkeit für Intoleranz konzentrieren.

Der Teufel steckt – wie immer – im Detail. Erinnern wir uns an einige mit Entschiedenheit vertretene Standpunkte der Kirche: an den Protest der Kirche gegen die Legalisierung von Abtreibung und Sterbehilfe sowie gegen die Legalisierung homosexueller Ehen, an die Forderung nach Einführung des Faches Religion in öffentlichen Schulen, an die Bemühung um Präsenz in den öffentlichen Massenmedien sowie an die Forderung nach Berücksichtigung der christlichen Wurzeln Europas. Sind dies Beispiele einer intoleranten Einmischung in die staatliche Autonomie?

Nein, denn die Kirche muss ein Recht haben auf die Äußerung ihrer Meinung darüber, was dem Wohl der Gesellschaft und deren einzelnen Mitgliedern dienlich ist und was nicht, wie auch alle anderen religiösen Gemeinschaften, alle Institutionen und alle Bürger eines demokratischen Staates dieses Recht haben.

Die Lösungen, die im jeweiligen Staat getroffen werden, sind aus Sicht der Kirche nicht immer zufriedenstellend. Der – mitunter schwierige – Dialog dauert dann an. Aber allein die Existenz derart kontroverser Fragen stellt noch keine Grundlage für den Vorwurf der Intoleranz dar. Es handelt sich vielmehr um einen normalen Spannungszustand, der hervorgeht aus dem Unterschied zwischen einer rein weltlichen Perspektive, die nicht selten durch die Sündhaftigkeit des Menschen gekennzeichnet ist, und einer religiösen – in gewisser Hinsicht idealen – Sichtweise, an die die Kirche, auch nicht frei von Unvollkommenheit, und einzelne Gläubige die irdische Gesellschaft heranführen möchten.

Als wesentlich schwieriger stellte sich die Stimme der Kirche im Hinblick auf Parlamentswahlen heraus. Es war nicht einfach, eine Formel zu finden, die die Meinung der Kirche – ohne die Autonomie der weltlichen Dinge und der Regeln einer Demokratie zu verletzen – dennoch zum Ausdruck bringt, wozu die Kirche ja auch in diesem Falle das Recht hat. Man muss zugeben, dass dies

eine wichtige Lektion war, die das richtige Verständnis der erwähnten Autonomie weltlicher Dinge und deren Achtung auf die Probe stellte. Eine Lektion, aus der wohl sowohl die Geistlichkeit als auch die Gläubigen (die mitunter eindringlich nach deutlichen Ratschlägen von Seiten der Priester verlangten) gewisse Konsequenzen gezogen haben.

Diese Konsequenzen bedeuten nicht, dass die Kirche in gesellschaftlichen Angelegenheiten schweigen sollte. Im Gegenteil: es war gut, dass unser Episkopat die Arbeitslosen zur rechten Zeit verteidigte, für die Landwirte eintrat und sich um vernachlässigte Kinder kümmerte. Vielleicht sollte es sogar mehr von diesen Appellen geben, die Probleme außerhalb des eng verstandenen Interessenfeldes der Kirche betreffen, da ihr doch das Schicksal der irdischen Gesellschaft wirklich am Herzen liegen sollte.

Noch wichtiger ist die Aktivität der Kirche auf dem Gebiet verschiedenster Taten der Barmherzigkeit. Die Caritas, die Betreuung von Menschen, die von Alkoholismus oder Drogenabhängigkeit betroffen sind, Krankenhäuser und Hospize – das sind Zeugnisse der Liebe, die die Mission der Kirche bestätigen und diese zu einem glaubwürdigeren Partner im gesellschaftlichen Dialog machen.

Diese Initiativen – auf Gemeindeebene realisiert und nicht nur von oben herab geplant und gesteuert – müssen ebenfalls ausgeweitet und gut organisiert werden. Sind sie doch ein wesentliches Element der Verkündigung des Evangeliums und zeugen davon, dass die Intention der Kirche nicht darin besteht, einen „Staat im Staate“ zu schaffen, und schon gar nicht darin, sich selbst durch die Einschränkung der Rechte anderer Institutionen oder anderer religiöser Gemeinschaften mehr Raum zu verschaffen. Vielmehr besteht die Absicht der Kirche darin, in allem mitzuwirken, was dem Menschen und der gesamten Gesellschaft dient.

Ein wesentliches Element dieser Mitwirkung ist natürlich der ökumenische und interreligiöse Dialog. In Polen ist dieser recht schwierig auf Grund der Tatsache, dass andere Konfessionen in unserem Land keine „statistisch ebenbürtigen“ Part-

ner darstellen, was die solide und intensive Führung dieses Dialoges psychologisch erschwert. Schwierig ist der Dialog auch auf Grund des von vielen Geistlichen und katholischen Laien noch immer an den Tag gelegten Antisemitismus.

Es besteht kein Zweifel, dass dieser ein Symptom der Intoleranz ist. Aber außer Zweifel steht auch, dass er in keiner Weise mit dem Christentum vereinbar ist: weder mit dessen Universalismus (Sollte Gott sich geirrt haben, als er Israel zum erwählten Volk erkor? Wenn er anstatt der Juden die Polen auserwählt hätte, hätte Jesus nicht für unsere Erlösung mit dem Tod bezahlen müssen?), noch mit dem Gebot der Liebe, das es nicht gestattet, jemandem mit Verachtung oder Hass zu begegnen.

Unterstreichen wir noch einmal: die Mission der Christen ist nicht die Verkündung von Toleranz; ihre Mission ist die Verkündigung Christi und dessen Evangeliums. Toleranz hingegen resultiert aus dem grundlegenden und rigorosen Gebot der Liebe sowie der Achtung des Menschen als Vernunftwesen, das sich von der Stimme seines Gewissens lenken lassen sollte.⁹

Hat Polen nun die Toleranzprüfung bestanden? Es ist schwer zu sagen, ob Polen überhaupt bestanden hat und wenn ja, welche Zensur es verdient hat. Ich betrachte mich als Mitglied der Kirche, ich will nicht Richter in meiner eigenen Sache sein. Ich denke, dass wir eher ständig Liebe lernen – und in diesem Rahmen auch Toleranz. Wie wir diese Prüfung als Mitglieder der Europäischen Union bestehen, ist noch schwieriger vorherzusagen. Mögen wir diese Prüfung auch aus dem vertieften Verständnis unseres Glaubens heraus bestehen. Denn wenn Ignoranz tatsächlich eine wesentliche Grundlage der Intoleranz ist (und eben das glaube ich), dann muss die Arbeit an ihrer Überwindung unter anderem in einer theologischen Reflexion bestehen, die zeigt, wie sehr ein „intolerantes Christentum“ im Grunde genommen einen Fall der *contradictio in adiecto* darstellt. Deshalb ist der „Prüfstein für Toleranz“ notwendigerweise gleichzeitig ein Prüfstein für unseren Glauben und die Liebe.

■

Anmerkungen

¹Vgl. den Art. *Tolerancja* [Toleranz] in: A. Podsiad / Z. Więckowski (Hrsg.), *Mały słownik terminów i pojęć filozoficznych* [Kleines Lexikon philosophischer Termini und Begriffe], PAX, Warszawa [Warschau] 1983, S. 400.

²Vgl. L. Gawor, Art. *Tolerancja* [Toleranz] in: S. Jedynak (Hrsg.), *Mały słownik etyczny* [Kleines Lexikon der Ethik], Oficyna Wyd. Branta, Bydgoszcz 1994, S. 228 f.

³Ich gehe nicht näher auf die komplizierte Frage der Definition von Religion an sich ein. Vgl. hierzu z.B. Z. J. Zdybicka, *Człowiek i religia. Zarys filozofii religii* [Der Mensch und die Religion. Eine Skizze der Religionsphilosophie], TN KUL, Lublin 1977, S. 69-73; A. Bronk, *Podstawy nauk o religii* [Grundlagen der Religionslehre], TN KUL, Lublin 2003, S. 103-127.

⁴Zweites Vatikanisches Konzil, Erklärung über die Religionsfreiheit, Punkt 2. Zit. nach: *Sobór Watykański II, Konstytucje, dekryty, deklaracje* [2. Vatikanisches Konzil, Konstitutionen, Dekrete, Deklarationen], Wyd. Pallotinum, Warszawa [Warschau] 1967.

⁵Ebenda.

⁶S. Jedynak, *Mały słownik etyczny* [Kleines Lexikon der Ethik], a.a.O., S. 228.

⁷Zweites Vatikanisches Konzil, Die pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute, Punkt 36.

⁸Ebenda, Punkt 42.

⁹In der Diskussion nach meinem Beitrag wies Prof. B. Geremek darauf hin, dass der Dialog der Katholiken mit Christen anderer Konfessionen wie auch der interreligiöse Dialog dem Katholizismus selbst einen Nutzen bringen. Das ist selbstverständlich wahr, und diese Wahrheit ist bedeutend; jeder Teilnehmer eines Dialogs profitiert von der Bereicherung durch die Sichtweisen und Glaubensrichtungen seiner Dialogpartner. Die Offenheit für den Dialog ist dabei von Natur aus katholisch: sie entspricht der Überzeugung, dass jede Wahrheit einen Platz in der katholischen Perspektive findet, und falls ich dies nicht sehe, ist es die Schuld meiner engen Perspektive, nicht die Schuld der Beschränktheit des von Natur aus universellen Katholizismus. Das ist jedoch ein eigenständiges kompliziertes Thema, das – streng genommen – über die Frage, ob die Präsenz von Religion im öffentlichen Leben mit Intoleranz droht, hinausgeht.

Darf eine Demokratie totalitär sein? – Einschränkungen der Religionsphäre

Bronisław Geremek

Die Frage, die das Leitthema dieser Konferenz bildet, ist von außerordentlicher Brisanz: *Was ist die Aufgabe der Christen in Europa?* Diese Frage besitzt angesichts der jüngsten Ereignisse auf dem Alten Kontinent ein hohes Maß an Aktualität. Diese Frage stellt sich sowohl der Kirche als auch der Europäischen Union bzw. allen Europäern.

Wenn ich in aller Kürze auf diese Frage antworten müsste, so würde ich sagen, dass es jetzt darum geht, was Jacques Santer als *finalité* der Europäischen Union bezeichnet hat. Die Frage bezieht sich also auf deren endgültige Gestalt. Um was geht es eigentlich in der EU? Warum möchten die Völker Europas gerade in dieser supranationalen Staatengemeinschaft zusammenleben? Wenn die Europäische Union nur ein gemeinsamer Binnenmarkt mit glänzenden wirtschaftlichen Erfolgen wäre, könnte sie durchaus auf die besondere Rolle der christlichen Kirchen in Europa verzichten!

Wenn die Europäische Union jedoch mehr als ein ökonomischer Staatenbund sein soll, wenn sie wirklich eine politisch-ethische Wertegemeinschaft sein

möchte, dann kommt sie um die fundamentalen Fragen des Christentums und seiner Traditionen nicht herum. Und wenn dies so ist, darf man erwarten, dass die Haltung der Kirche angesichts des schwachen, zerbrechlichen Konstrukts EU, das oftmals unseren Wunschvorstellungen so wenig entspricht, in diesen schwierigen Augenblicken von Freigiebigkeit, Verständnisbereitschaft und Großmut gekennzeichnet ist. Denn die drei großen Fragen, vor denen die EU zur Zeit steht, sind aus Sicht der Kirche keineswegs offensichtlich.

Die erste Frage zielt auf den Verfassungsvertrag ab, der für die Zukunft der EU eine große Herausforderung darstellt. Verdient dieser Vertrag nicht so, wie er ist, unsere Unterstützung? Er verdient erst dann Unterstützung, wenn die Haltung der Kirche tatsächlich von Freigiebigkeit, Verständnisbereitschaft und Großmut geprägt ist.

Die zweite große Aufgabe ist mit der Realisierung des sog. *Lissabon Prozesses* verbunden. Dabei geht es darum, dass Europa zum führenden Global Player der Weltwirtschaft wird. Zu diesem Zweck muss die EU zur dynamischsten Volkswirtschaft auf dem Erdenrund werden. Man kann fragen, ob diese Aufgabe wirklich am dringlichsten ist – angesichts der Tatsache, dass in großen Teilen der Welt Armut, Ungerechtigkeit und Hunger herrschen. Doch wenn Europa zumindest ökonomisch stark sein wird, werden auch die im Laufe seiner Geschichte hervorgebrachten politisch-ethischen Werte an Ausstrahlungskraft gewinnen. Und dies wird für alle in der Welt nur förderlich sein. Wenn diese Zusammenhänge bei der Kirche auf Verständnis und Unterstützung stoßen, entsteht eine echte Chance zur Verwirklichung dieser Vision.

Die dritte Frage lautet, wie die Europäische Union regiert werden wird. Wird sie vom Recht der Großen dirigiert werden, die ihre einzelstaatlichen Interessen der Gemeinschaft aufzwingen und dabei die Stimme der Schwachen vernachlässigen, oder wird sie gemäß dem strikten Gleichheitsgrundsatz regiert werden?

Aber ist dies auch für die Kirche von Bedeutung? Wenn die EU von diesem Gleichheitsprinzip und nicht von einem System interner Allianzen geprägt wird,

wenn es also keine Hegemonie der Großen mehr gibt, kann die Kirche die Unterstützung der europäischen Gemeinschaftsidee als wesentliches Element ihrer Sendung betrachten.

Die Konferenz hat also eine außerordentlich wichtige Frage formuliert. Das von mir gezeichnete Bild der EU ist ein Bild, das erlaubt, die Frage nach der Notwendigkeit von Christentum und Kirche für das vereinigte Europa eindeutig zu beantworten: Ja!

Doch die Organisatoren der Konferenz gaben mir eine andere Frage: Darf eine Demokratie totalitär sein? Eine provozierendere Frage lässt sich eigentlich kaum stellen! Auf diese Frage kann man sicherlich entrüstet antworten, dass eine Demokratie niemals totalitär sein kann und darf! Nicht nur Beschränkungen, die dem Bereich der Religion auferlegt werden, bilden eine totalitäre Bedrohung. Auch jegliche Form von religiösem Rigorismus kann umgekehrt die Demokratie auf totalitäre Irrwege führen. Diese provozierende Frage beantworte ich also ebenfalls mit einer kleinen Provokation. Nichtsdestotrotz möchte ich Ihnen einige Argumente nahe bringen, die sich bei diesem Problem unweigerlich aufdrängen.

Erstens: Darf eine Demokratie totalitär sein? Nun, das hängt davon ab, wie wir diese definieren. Man kann die Demokratie so definieren, wie es der Verfassungsvertrag tut, der sich in Anlehnung an den „Peleponesischen Krieg“ von Thukydides auf die berühmte Rede des Perikles stützt, wonach die Demokratie die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit ist.

Wenn man Demokratie so auffasst, dann sei an die politische Praxis des 20. Jahrhunderts erinnert. Die Mehrheit der Deutschen wählte Hitler und seine Partei, aber auch seine Ideologie, in allgemeinen, demokratischen Wahlen. Wir wissen auch, dass die Mehrheit einer Gesellschaft den „Mann der Vorsehung“ an die Macht bringen kann. Dieser wird dann als Diktator herrschen – nach dem Willen und mit Unterstützung der Mehrheit des Volkes. Die populistischen Gefahren der Freiheit lassen einen leicht an Ortega y Gassetts unmissverständliche War-

nungen vor einem Aufstand der Massen denken. Auf diese Weise kann gerade der Mehrheitswille demokratische Herrschafts- und Regierungssysteme auf totalitäre Abwege bringen.

Oder denken Sie an das Beispiel der Todesstrafe in den Ländern der Europäischen Union. Überall wurde die Todesstrafe abgeschafft, obwohl diese politische Entscheidung in keinem EU-Land von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wurde. Die Todesstrafe wurde vielmehr in einem Augenblick abgeschafft, in dem die meisten Bürger der EU diese weiter aufrechterhalten wollten. Jetzt hingegen ist anhand der jüngsten Meinungsumfragen klar ersichtlich, dass keiner der bisherigen 15 EU-Staaten (zu denen sicherlich auch die zehn neuen Mitglieder hinzuzurechnen sind!) die zuvor abgeschaffte Todesstrafe erneut einführen würde.

Nicht das Mehrheitsprinzip als solches war also entscheidend! Denn wenn man das große Geschichtswerk des Thukydides etwas aufmerksamer liest als es die Verfasser des Europäischen Verfassungsvertrages taten, dann stößt man auch auf andere hochbedeutende Passagen. In diesen ist z.B. davon die Rede, dass die Demokratie auf dem Schutz der Schwachen beruht. Sie verteidigt also diejenigen Menschen, die schwächer sind als die Mehrheit der Gesellschaft und keineswegs an den Rand gedrängt oder gar ausgeschlossen werden dürfen.

Die zeitgenössische Demokratie hat einen Kernbestand an Prinzipien entwickelt, die nicht auf bloße Entscheidungsprozeduren und Verfahrensregeln reduziert werden können, sondern Ausdruck einer bestimmten politischen Philosophie sind. Dazu gehören rechtsstaatliche Grundsätze wie Meinungs- und Redefreiheit, Religions- bzw. Konfessionsfreiheit, Pressefreiheit, Achtung des weltanschaulichen Pluralismus und nicht zuletzt die Toleranz.

Letztere bedeutet doch vor allem, dass man es geduldig erträgt, wenn andere Menschen Ansichten vertreten, die von den eigenen Vorstellungen abweichen! Geht man davon aus, dass Toleranz von ständiger Dialogbereitschaft begleitet wird, müssen tolerant gesinnte Menschen mit Vertretern anderer Religionen,

Denkweisen und Glaubensformen friedlich auskommen können. Eine derart verstandene Demokratie ist mit jeglichen totalitären Tendenzen unvereinbar!

Die Europäische Union ist ein großer Triumph der Demokratie! Wenn man die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft hin zur EU näher betrachtet, fällt sofort auf, dass alle ihre Mitgliedstaaten demokratische Strukturen aufweisen. Im Kriegsjahr 1942 gab es hingegen in ganz Europa lediglich vier Staaten, die ihre Volksvertreter in freien, demokratischen Wahlen bestimmten: die Schweiz, Großbritannien, Irland und Schweden. Der mittlerweile vollzogene politische Quantensprung bewirkte, dass die Präsenz nichtdemokratischer Länder in der Europäischen Union heute undenkbar erscheint. Gerade diese Tatsache spricht dafür, dass die Demokratie in Europa fest verankert ist und zugleich dessen politische Antriebskraft bildet.

Könnte man daher die Frage umdrehen und sagen, dass auch die Religion eine Bedrohung für die Demokratie darstellen kann?

Eine erste Antwort lautet wie folgt: eine solche Bedrohung gibt es nicht, da die Handlungssphären von Demokratie und Religion nicht deckungsgleich sind. Andererseits bildeten sich selbst die demokratischen Verfahrensregeln unter dem Einfluss christlicher Erfahrungen und kirchlicher Ämter heraus. Die Abstimmungsprinzipien in religiösen Gemeinschaften, wie etwa in den Kloster- und Domkapiteln, sind geradezu ein Musterbeispiel für demokratische Vorgehensweisen.

Dennoch kann man bei genauerem Hinsehen eine derartige Bedrohung sehr wohl wahrnehmen. Und zwar immer dann, wenn die Religion als einzige – als meine eigene, rein subjektive – Wahrheit aufgefasst wird, so dass für die Wahrheit anderer Menschen oder Konfessionen kein Platz mehr ist. Die historische Erfahrung der Christenheit, aber auch die Existenz zahlreicher Sekten in der zeitgenössischen religiösen Kultur Europas bestätigen diesen Verdacht.

Oder man denke an den vor nicht allzu langer Zeit von der amerikanischen Presse geradezu breitgetretenen Fall des Generals William Boikin, der vom

US-Präsidenten zur Verfolgung von Osama Bin Laden abdelegiert wurde! Dieser General erzählte in den Gotteshäusern seiner religiösen Gemeinschaft über die Kämpfe in Somalia, die er mit einem moslemischen Rädelsführer ausgetragen hatte. Dabei äußerte er folgende Überzeugung: ‚Als ich mit ihm kämpfte, wusste ich, dass mein Gott größer ist als sein Gott. Ich wusste, dass mein Gott tatsächlich ein Gott ist, und sein Gott nur ein Götze, Schneemann und Idol.‘

Nun, wenn aus religiösen Erfahrungen eine derartige Haltung erwächst, hat dies auch Konsequenzen für den Ort der Religion im öffentlichen Leben. Und so muss man dies auch verstehen. Derartige Haltungen können Ausdruck eines gefährlichen Integralismus sein, ganz gleich wie wir dieses Phänomen auch immer benennen. Der Integralismus kann also durchaus eine Bedrohung für den demokratischen Staat darstellen.

Doch lassen Sie mich an dieser Stelle auf die mir gestellte Frage näher eingehen! Denn vor dem Hintergrund dessen, was Christen in Europa tun sollten, steht auch die Frage nach dem Schicksal der zahlreichen unterschiedlichen Vorschläge zur Präambel des Verfassungsvertrages, die von dessen Autoren unberücksichtigt blieben.

Die Präambel bezieht sich zunächst auf eine unleugbare historische Tatsache. Denn das, was in der Präambel ausdrücklich festgestellt werden sollte, gehört zu den objektiven Fakten der europäischen Geschichte: Europa bildete sich auf den Trümmern des römischen Weltreiches als genuin christliche Völkergemeinschaft heraus. Diese Völkergemeinschaft wurzelt auf jüdisch-christlichem und griechisch-hellenistischem Gedankengut. Die mittelalterliche *christianitas* verkörperte daher die erste europäische Gemeinschaft der Weltgeschichte. Die Ablehnung der Verfassungsautoren, diese grundlegende historische Tatsache in der Präambel der zukünftigen europäischen Verfassung zum Ausdruck zu bringen, kommt der Ablehnung einer offensichtlichen Wahrheit gleich.

Darüber hinaus berührte der Verfassungsstreit auch den Bereich der Werte. Ein gewisser Fortschritt wurde bei der Grundrechts-Charta erreicht. Allein in

der deutschen Übersetzung ist der längere Terminus „geistig-religiös“ durchgedrungen. In allen anderen europäischen Sprachen blieb es bei der kurzen Bezeichnung „geistig“, da das Wörtchen „religiös“ den Übersetzern wohl inakzeptabel erschien.

Diese Reduktion im Bereich der Werte bedeutet einen Verlust für den Verfassungsvertrag. Dabei verliert auch die Europäische Union, die eine Artikulierung dieser beiden Denkart dringend gebraucht hätte. Dennoch sollte man die Auswirkungen dieser Reduktion realistisch einschätzen und die negativen Folgen dieses eigentümlichen schlechten Willens nicht überbewerten. Denn wenn der Verfassungsvertrag keinen Artikel über den Außenminister der Europäischen Union aufweisen würde, würde es einen solchen gar nicht geben!

Obwohl in der Verfassung nicht davon die Rede ist, dass Europa aufgrund seiner Geschichte einen christlichen Charakter hat, kommt man um die objektive Tatsache nicht herum, dass Europa auf genuin christlichen Erfahrungen gründet. Dies akzeptierte sogar ein Mensch wie der Historiker und Philosoph Voltaire, der in seinen Werken von einem christlichen Europa spricht.

Über Artikel 51 der zukünftigen Europäischen Verfassung wurde auf dieser Konferenz bereits vieles gesagt. Dieser Artikel verkörpert eine ungewöhnliche Definition der Kirchen, Religionen, religiösen Gemeinschaften und Gläubigen in den Gesellschaften Europas. Denn er enthält nicht nur die berühmte Formel von Helmut Kohl, sondern führt ferner eine bis dato nicht existierende Klausel ein, wonach die Diskussion mit den Kirchen und Konfessionsgemeinschaften unabdingbar ist. Und wer von „Diskussion“ spricht, definiert die Gesprächsrollen und schafft den dafür notwendigen öffentlichen Raum. Und gerade darin besteht die Pflicht zur Diskussion mit den Kirchen und Konfessionsgemeinschaften.

Andererseits wird im Verfassungsvertrag nichts über die jüdisch-christlichen Traditionen gesagt. Dieses Schweigen schwächt die europäische Identität. Gerade jetzt nach der EU-Erweiterung hat diese Schwäche unübersehbare Fol-

gen. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die Europäische Union auf einem christlichen Erfahrungsschatz beruht, dem sie insgesamt treu bleibt. Dabei bilden der Dialog und die Zusammenarbeit der großen monotheistischen Religionen für Europa eine besondere Herausforderung, die zugleich eine außerordentliche Chance enthält!

Ein zweites Beispiel, das ich aufgreifen möchte, ist das unlängst verabschiedete Gesetz über das Verbot des ostentativen Tragens religiöser Zeichen und Symbole in den öffentlichen Schulen Frankreichs. Dabei kann ich es kaum akzeptieren, dass der Staat in einer Frage Zwang auf seine Bürger ausübt, die deren individuelle Entfaltungsfreiheit betrifft. Diese Freiheit bezieht sich letztlich auf die öffentliche Bekanntgabe dessen, was man glaubt und wie man denkt.

Das ostentative Tragen religiöser Zeichen wurde laut den Verfassern dieses Gesetzes zum einen deshalb verboten, da es den republikanischen Traditionen Frankreichs widersprach. Gemäß diesen Traditionen lernten arabische Kinder in der Kolonialzeit allein deshalb in den französischen Schulen Algeriens, weil diese Schulen einheitlich waren und allen Schülern einheitliche Grundsätze vermittelt werden sollten. Dabei wollte man nationale oder kulturelle Spaltungen möglichst erst gar nicht entstehen lassen.

Und auch beim aktuellen Schulgesetz in Frankreich geht es im Grunde genommen um das Gleiche: der Staat möchte nicht zulassen, dass in den Klassenzimmern Jungen und Mädchen nebeneinander sitzen, von denen die einen christliche Kreuze und die anderen islamische Kopftücher tragen. Diese Praxis sollte von Rechtswegen als Verletzung ehrwürdiger republikanischer Traditionen gebrandmarkt werden.

Doch es gibt anscheinend noch ein wichtigeres Argument für dieses Gesetz. Ich sprach unlängst mit einem sehr bedeutenden französischen Philosophen und Historiker arabischer Herkunft, der dem moslemischen Glauben anhängt. Dieser teilte mir folgendes mit: ‚Ich kann dieses Gesetz als solches zwar nicht akzeptieren. Dennoch werde ich es stillschweigend übergehen. Warum? Weil es die

Chance bietet, dass Mädchen aus moslemischen Familien, die bislang auch in ihren Ehebeziehungen zu einem traditionellen Lebensstil gezwungen gewesen waren, nunmehr den gleichen Platz in der modernen Gesellschaft Frankreichs einnehmen wie ihre nicht moslemischen französischen Kolleginnen. Und wenn dies so ist, kann dieses Gesetz auch gute Folgen haben.‘

Ich möchte also darauf hinweisen, dass man in dieser Frage die tieferen Absichten des Gesetzgebers klar erkennen sollte. Nichtsdestotrotz darf dabei die Verletzung gewisser Grundsätze nicht übersehen werden, die sicherlich zum Kernbestand der geistigen Traditionen Europas und der Prinzipien menschlichen Zusammenlebens gehören.

Abschließend möchte ich Ihnen und mir die Frage stellen, warum dies so ist. Woher kommt diese große Spannung zwischen Religion und öffentlichem Raum, zwischen dem Religiösen und dem Weltlichen? Die Antwort könnte wie folgt lauten: wenn partikulare Bildungs- und Erziehungsinhalte, die von der Familie und von religiösen oder ethnischen Gemeinschaften vermittelt werden, mit universalen Werten zusammenprallen, können dies die staatlichen Herrschaftsträger nur schwer akzeptieren.

Doch mir läge sehr daran, dass alle religiösen Gemeinschaften und dabei insbesondere die christlichen Kirchen voll und ganz anerkennen, dass die Universalität der christlichen Werte am wichtigsten ist!

Es müsste daher in der Präambel des Europäischen Verfassungsvertrages, aber auch im philosophischen *main stream* des heutigen Europas, das untrügliche Gefühl vorherrschen, dass es etwas gibt, das uns alle eint. Dies kann die biblische Grundaussage sein, dass der Mensch nach dem Ebenbild Gottes geschaffen ist. Daneben kann uns aber auch die Auffassung verbinden, dass der Mensch das Maß aller Dinge ist. Die erste Formel ist ein Denkmuster in Bezug auf Gott, das diesen mit einschließt. Die zweite Formel drückt ein Denken ohne Gott aus, das sich aber nicht gegen ihn richtet. In beiden Formeln kommt die Würde des Menschen voll zum Ausdruck. Eben dies verbindet

zwei verschiedene Traditionsstränge des Humanismus. Aber ist dies wirklich so wichtig? Ich meine, ja!

Das heutige Europa ist vor allem aus der jahrhundertealten Erfahrung religiös motivierter Kriege erwachsen. Aus diesen Kriegen wächst Europa nun hoffentlich endgültig heraus! Dennoch gibt es einen Krieg, der anscheinend immer möglich sein wird: der Krieg zwischen Religion und Staat, zwischen geistlicher und weltlicher Sphäre. Wenn man jedoch die Gemeinschaft der Europäer auf die universale humanistische Sendung gründet, wird dieser potentielle Zielkonflikt zunehmend unmöglich werden.

Und eine letzte Bemerkung. Das Problem der Spannung zwischen öffentlichem Leben und religiöser Sphäre ist im Grunde genommen bereits das Problem, vor dem bereits Antigone und Kreon standen. Antigone möchte die Gebeine ihres Bruders begraben. Warum? Deswegen, weil dies ihrer Ansicht nach das höchste Recht ist. Ein Recht, das über dem Recht steht, das von Menschen verfasst worden ist. Und Kreon möchte entgegen dieser Auffassung sein eigenes Recht durchsetzen. In eben dieser unauflösbaren Spannung wurzeln die unterschweligen Ängste der staatlichen Herrschaftsträger. Diese hegen nämlich stets die Befürchtung, dass sich die Religion auf eine höchste Instanz berufen könnte, die sich der Kontrolle der öffentlichen Gewalt ganz entzieht.

■

Christliche Lebenswelt – Ist in der neuen europäischen Wirklichkeit etwas zu befürchten?

Josef Homeyer

In meinem Beitrag möchte ich zunächst in aller Kürze an die der „Christlichen Lebenswelt“ zugrundeliegenden Maßstäbe des Christlichen in Europa erinnern, um dann zu skizzieren, was die neue europäische Wirklichkeit Christen zumutet.

I. Christliche Lebenswelt – Maßstäbe des Christlichen in Europa

Die Frage nach den christlichen Lebensformen in Europa, nach ihrem Wandel, ihrer Gefährdung und ihrer Zukunftsfähigkeit, soll also zunächst beantwortet werden, und zwar in einem Verweis auf die grundlegenden Werte, die jeder christlichen Lebensform als Maßstab zugrunde liegen und die, was immer noch an christlicher Überlieferung ästhetisch, gesellschaftlich, rechtlich usw. vorhanden ist, gleichsam den „Atomkern“ dessen ausmachen, was wir gewöhnlich als christliches Abendland bezeichnen, und was die politisch-theologische Urintuition bei der Gestaltwerdung Europas bestimmt. Maßstäbe des Christlichen in Europa also:

Der *erste* europäisch-christliche Wert, der uns verbindet, ist *Erinnerung*. Keine Weihnachtsmärkte, kein Walhalla und keine Ritterspiele – sondern schlicht: Erinnerung als Weigerung, die Opfer und das Leid der Geschichte zu vergessen. Europa bleibt also, auch unter säkularen und pluralistischen Bedingungen, angetrieben von dem, was ich den *Unruhe*kern des christlichen Glaubens nennen möchte, das eucharistische *Tut dies zu meinem Gedächtnis*. Ohne diese Erinnerung kein Christentum, ohne diese christliche Unruhe wird europäische Kultur apathisch. Ohne dieses Gedächtnis haben wir Christen unseren Kindern vielleicht Nostalgien, aber keine Geschichten zu erzählen.

Zweitens verbindet uns als europäisch-christlicher Wert die *Anerkennung des Anderen*. Im christlichen Glauben kann man nicht Gott, den schlechthin Anderen, den Schöpfer gegenüber allen Geschöpfen anrufen, ohne gleichzeitig den Anderen in seinem kulturellen und sozialen Anderssein anzuerkennen. Das ist mehr als die unaufgebbare aufklärerische Tradition der Toleranz verspricht. Anerkennung des Anderen heißt nämlich nicht nur ein Nebeneinander, sondern ein Zueinander. Anerkennung des Anderen meint für Europa: nicht nur Vielheit, sondern Einheit in Vielheit.

Drittens verbindet uns als europäischer Wert *Versöhnung*. Noch einmal: mehr als ökonomische Überlistung und mehr als politischer Interessenausgleich. *Versöhnung* als Überwindung einer Geschichte aus Siegern und Verlierern. Versöhnung als Einspruch gegen eine Emanzipation auf Kosten anderer wird in Europa immer wieder eingefordert aus einer erzchristlichen Glaubenserfahrung, nämlich der versöhnenden Bundesgeschichte zwischen Gott und Mensch. Wer übrigens meint, hier handele es sich um politische Lyrik, möge auch Auskunft darüber geben, wie denn sonst ein tragfähiges Konzept zur Überwindung der Balkankrise beispielsweise überhaupt gelingen soll, wenn nicht in diesem europäischen Wertehorizont der Versöhnung.

Viertens verbindet uns als europäischer Wert *Universalismus*. Europa ist der Kontinent, der dem Eurozentrismus und Kolonialismus widersteht, auch wenn dieser Kolonialismus heute nicht mehr im nationalstaatlichen Gewand, sondern im ökonomischen daherkommt. Unser Universalismus ist ein menschenrechtlicher und wurzelt im christlichen Schöpfungsglauben und der *einen, unteilbaren Hoffnung* der Menschheitsfamilie auf die Verheißungen Gottes. Übersetzt wird dieser Glaube durch eine Kirchengestalt, in der die vielen Ortskirchen in der Einheit der Weltkirche mit dem einen Kollegium der Bischöfe und in Einheit mit dem Papst untereinander verbunden sind. Diese universale Einheit in der Vielzahl der Ortskirchen ist nun keine äußerlich-organisatorische, sondern eine normative: die Eucharistiefeyer in Rom, Paris, Krakau, Banja Luka und Brüssel findet für Katholiken an einem einzigen Altar statt.

Selbstverständlich bleiben europäische Werte substantiell an die universale Geltung der Menschenrechte gebunden. Selbstverständlich muss sich Europa von daher wie Amerika und Asien auch mit elementaren Herausforderungen der Globalisierung und der wissenschaftlich-technischen Welt auseinandersetzen. Mit meinem Verweis auf die im christlichen Glauben wurzelnden europäischen Werte der *Erinnerung, der Anerkennung des Anderen, der Versöhnung und des Universalismus* wollte ich auf eine spezifisch europäische *Verdichtung* dieser menschenrechtlichen Substanz hinweisen, gleichsam auf eine *eigene europäische Übersetzungskompetenz* für Menschenwürde aus einer langen Geschichte. Einer Übersetzungskompetenz, die maßgeblich vom Christentum geschrieben wurde.

II. „...ist in der neuen europäischen Wirklichkeit etwas zu befürchten?“

Ja, allerdings nur dann, wenn die Kirche, wenn die Christen die neue europäische Wirklichkeit, nämlich den Prozess der europäischen Einigung nicht in aller Entschiedenheit mittragen und mitgestalten würden. Das aber hieße, die Christen würden ihren genuinen Auftrag, diese Welt in jeder historischen Phase vom Evangelium her zu gestalten, verweigern, würden ihrem Herrn untreu

werden. Das aber können Christen nicht wollen, das ist ihnen von ihrem Stifter und Herrn entschieden untersagt.

Für Papst Johannes Paul II. ist entsprechend der europäische Integrationsprozess eine gottgewollte Wirklichkeit, die der Kirche hier und heute aufgegeben ist. Entsprechend spricht der Papst in seinem Apostolischen Schreiben „Ecclesia in Europa“, einer MAGNA CHARTA der „Kirche in Europa“ (vom 28. Juni 2003) in sehr eindrucksvoller Weise geradezu penetrant die „Kirche in Europa“ an. Er spricht von den Bischöfen „in Europa“ (nicht in den einzelnen Ländern), entsprechend von den Priestern, den Professoren, den Laien, den Familien „in Europa“ (nicht in den einzelnen Ländern). Und er fasst alle größeren Abschnitte zusammen mit dem eindrucksvollen Appell: „Du, Kirche in Europa...“

Wer dieses Apostolische Schreiben liest, meditiert, der spürt, welches tief- und weiterreichende Umdenken von der „Kirche in Europa“ erwartet wird. Wir müssen offensichtlich noch viel mehr lernen, europäisch zu denken, zu beten und zu arbeiten. Der Papst liest gleichsam die ganze Botschaft Christi, wie sie sich im Leben der Kirche und entsprechend in den Gemeinden entfaltet, neu – auf Europa hin, „Kirche in Europa“. Für den Papst ist *der* Beitrag der Kirche für das künftige Europa die Erneuerung, die neue Evangelisierung der Kirche. Daraus ergeben sich dann selbstverständlich auch recht konkrete Aufgaben hinsichtlich Europas.

Für die Zukunftsfähigkeit christlicher Lebensformen in Europa und für die Zukunftsfähigkeit europäischer Gesellschaften – beides ist nach meiner Überzeugung überhaupt nicht voneinander zu trennen – ergeben sich für die Kirchen eine Reihe von gesellschaftspolitischen Aufgaben, die ich kurz skizzieren möchte:

1. *Der Beistand der Kirche für demokratische und rechtsstaatliche Institutionen.* Wir können nur glaubwürdig für gerechte, also dem Evangelium gemäße, soziale und kulturelle Teilhabe aller eintreten, wenn wir selber gegenüber nationalen und neuen supranationalen und regionalen politischen Strukturen gesprächsfähig sind. Unsere Präsenz gegenüber

neuen supranationalen Institutionen, wie z.B. COMECE, sollte ebenso entwickelt werden wie neue regionale Kooperationen, die die „Grenzen“ nationaler Bischofskonferenzen überschreiten. Wollen wir warten, bis solche gesellschaftliche Entwicklungen längst abgeschlossen sind, um dann wieder zu reklamieren, eigentlich sei das alles christlichen Ursprungs, aber werde diesem weithin nicht gerecht?

2. *Die Mitverantwortung der Kirche für eine effiziente und gerechte Wirtschaft,* die Menschen eine Chance auf Teilhabe und damit Lebensperspektive gibt, und zwar in Mittel-Osteuropa wie im Westen. Dies betrifft vor allem die Teilhabechancen auf den Arbeitsmärkten und die intergenerative Gerechtigkeit, also im Blick auf die kommende Generation, deren Existenz durch überhöhte Staatsverschuldung gefährdet ist. Dieses Engagement zielt darauf ab, Markteffizienz und soziale Gerechtigkeit, Eigenverantwortung und Solidarität zu versöhnen, wie dies in der Sozialen Marktwirtschaft entworfen wurde und heute neu zu komponieren ist. Dies setzt unsere Gesprächsfähigkeit mit den staatlichen, aber auch mit den wirtschaftlichen Akteuren voraus. Der Dialog mit den Gewerkschaften, mit den Unternehmern, mit den Arbeitnehmern in den neuen aufstrebenden Bereichen der Wirtschaft und mit dem Management muss intensiviert oder neu begonnen werden. Wie anders sollten wir den Schwächsten beistehen können wenn nicht auch durch solche Präsenz?
3. *Die Förderung von neuen Formen gemeinschaftlicher Netzwerke.* So sehr die Staaten in ihren sozialen Leistungen immer mehr überfordert werden, so sehr müssen neue Formen von Solidarität und Teilhabe vorangetrieben werden, in der vor allem jene Eigenverantwortung des Menschen gefördert wird, die vor jedem Kollektiv und vor jeder Sozialverwaltung zur Solidarität befähigt und ihre marxistische und wohlfahrtstaatliche Aushöhlung überwindet. Seit Jahren werden diese Projekte unter dem Begriff „Zivilgesellschaft“ zusammengefasst. Viele Menschen trauen gerade den Kirchen wegen ihrer gottesverwurzelten moralischen Kompetenz hier entscheidende Anstöße zu. Sie erwarten dies aber auch von uns.

4. *Die Stützung der Familie.* Eine Gesellschaft insgesamt erodiert kulturell dann, wenn sie die sozialen Ressourcen authentischer Personwerdung, also der Individuation, des Gemeinschaftsbezugs, der Authentizität, der verpflichteten Freiheit, des solidarischen Standhaltens, ja sogar der ästhetisch überschießenden Kreativität preisgibt. Denn hierum geht es doch bei der Familie: um das Fundament authentischer Personwerdung in Gemeinschaft, die jedem politischen Konzept von Freiheit innewohnt, wenn diese Freiheit nicht verheißungslos werden soll, was *Charles Taylor* meint, wenn er von „negativer Freiheit“ spricht. So unaufgebbar auch negative Freiheiten sind, als Freiheiten „von“ - wie in der Religionsfreiheit -, so unaufgebbar sind auch ihre fundamentalen Bindungen als Freiheit in gemeinschaftlicher Solidarität. Dies ist im Kern die Familie. Sie allerdings ist nicht abstrakt, als idealisierte Option zu unterstützen, sondern nur unter konkreten sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu stützen. Deshalb:
5. *Die Fortentwicklung des europäischen Sozialstaats.* Hierzu müssen wir das Soziale neu denken, und zwar in folgenden elementaren und fundamentalen Konsensen: wir müssen *erstens* Wirtschaft und Sozialstaat nicht gegeneinander, sondern miteinander denken. Gerechtigkeit und Effizienz bedingen einander wechselseitig. Wir müssen *zweitens* die Kriterien von Verteilung und Beteiligung, von Distribution und Partizipation, neu zusammendenken. Wenn der Umverteilungsgesichtspunkt des Sozialstaats politisch zu dominant wird, kann dies die Arbeitskosten so belasten, dass sich die Gesellschaft in Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitslose spalten muss. Die Massenarbeitslosigkeit in Europa, das Defizit an Beteiligungsgerechtigkeit, hat Lebensformen, auch die christliche Lebensform „Familie“, viel massiver beschädigt als Säkularismen. – Wir müssen für eine Erneuerung des europäischen Sozialstaats vom Dualismus Markt-Staat zu einer Triade Markt-Staat-Gesellschaft zurückfinden. Gerade hier in der Neuentdeckung gesellschaftlicher Ressourcen der Solidarität, wenn man so will zu neuer „nachbarschaftlicher“ Assoziation wird den Kirchen enorme Kompetenz zugetraut.

6. *Der nachhaltige Einsatz für die europäische Einigung.* Dabei ist auch außerhalb der Kirchen, zumal nach der Katastrophe im ehemaligen Jugoslawien, deutlich geworden, dass es diese Einigung zuerst und zentral nur als Versöhnung geben kann. Die Offenheit der EU für alle Völker Europas ist im Anspruch dieses Versöhnungswerks für die Kirchen keine Randfrage, sondern Maßstab der Glaubwürdigkeit europäischer Politik. Die Verständigung und die Zusammenarbeit mit der Orthodoxie gilt uns nicht nur als theologisch-spirituelle Herausforderung, sondern gilt uns als Herausforderung für die Authentizität der *einen* europäischen Geschichte. Darum sind wir aufgerufen, in unseren Ländern und zwischen ihnen in vielfältiger pastoraler und sozialetischer Kooperation, zwischen Gemeinden und Verbänden, in gemeinsamen Akademien, in der Förderung von Begabten, in der regionalen Vernetzung von karitativen Initiativen ein europäisches Versöhnungswerk zu formen, das seine Quelle hat im unverdienten Versöhnungshandeln Gottes, das wirksam werden will in der Versöhnung der Menschen und ihrer Völker.

Für ein gesellschaftspolitisches Engagement der Kirche in Europa, für eine christliche Lebensform also, möchte ich plädieren. Die Defensive führt in Nischen – am Ende in Sekten. Dann allerdings wäre „in der neuen europäischen Wirklichkeit“ wirklich etwas, nein alles zu befürchten.

Aber für uns gilt doch die Feststellung unseres Papstes Johannes Paul II. am Schluss seines Apostolischen Schreibens „*Ecclesia in Europa*“: „dass die christliche Offenbarung den politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenschluss in eine Form des Zusammenlebens verwandeln kann, in der sich alle Europäer zu Hause fühlen und eine Familie von Nationen bilden, von der sich andere Regionen der Welt fruchtbar inspirieren lassen können.“

Und lassen Sie mich schließen mit dem dann folgenden Satz des Papstes, gerichtet an Europa: „Europa, sei gewiss: Das Evangelium der Hoffnung bereitet keine Enttäuschung! In den Wechselfällen deiner Geschichte von gestern und heute ist es das Licht, das leuchtet und dir den Weg weist; es ist die Kraft, die

dich in Prüfungen aufrechterhält; es ist die Prophezeiung einer neuen Welt; es ist der Hinweis auf einen Neuanfang; es ist die Einladung an alle – Glaubende und Nichtglaubende –, neue Wege einzuschlagen, die in das „Europa des Geistes“ einmünden, um aus ihm ein wirkliches „gemeinsames Haus“ zu machen, in dem Lebensfreude herrscht.“

■

Die Europäische Union aus der Sicht der Religionsgemeinschaften Russlands

Tadeusz Kondrusiewicz

I.

Der vor einem halben Jahrhundert in Gang gesetzte Prozess der europäischen Einigung wird derzeit immer dynamischer. Dies bezeugt allein schon die letzte Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004. Bezeichnenderweise stammen diesmal die meisten der neuen Mitgliedsstaaten aus dem ehemaligen Ostblock. Darunter befinden sich auch die drei baltischen Republiken Litauen, Lettland und Estland, die noch vor nicht allzu langer Zeit der UdSSR angehörten.

Die jüngste Entwicklung ist zweifellos ein großes Zeichen unserer Zeit! Denn Nationen, die noch vor über einem Jahrzehnt durch die gewaltsame Einverleibung in einen marxistisch-leninistischen Staatenblock mit Hilfe von zentral gesteuerten Volkswirtschaften geknechtet wurden, plädieren heute für eine echte freiheitliche Demokratie. Diese Völker möchten ihre Zukunft auf neuen Grundsätzen aufbauen und ein gemeinsames Haus Europa bilden, in dem jeder die gleichen Rechte und Entfaltungsmöglichkeiten besitzt.

2.

Ich bin aus Russland zu Ihnen gekommen, einem Land, das noch vor nicht allzu langer Zeit das Fundament eines totalitären, kommunistischen Systems darstellte und sich gegenwärtig darum bemüht, eine Demokratie zu werden. Dieser Prozess geht jedoch nur schleppend voran und stößt auf erhebliche Widerstände. Deren Ursachen sind vielfältig. Einer der wichtigsten Gründe für die langsame Demokratisierung Russlands liegt in der historischen Erblast des vergangenen Systems, die in der Gestalt des sog. „homo sovieticus“ deutlich zum Ausdruck kommt.

Auf der Welle des begeisterten gesellschaftlichen Widerstands gegen das alte kommunistische Regime fiel es dem „neuen“ russischen Staat anfangs recht leicht, die bisherigen Namen von Städten, Straßen und öffentlichen Plätzen zu ändern. Dabei war es angesichts der in der Gesellschaft weit verbreiteten euphorischen Stimmung nicht sehr schwer, gleichsam von einem Tag auf den anderen einen demokratischen Rechtsstaat mit freier Marktwirtschaft zu fordern.

Weitaus schwieriger ist es jedoch, die Menschen selbst zu ändern, die diese Demokratie schaffen und gestalten sollen! Denn die Gesellschaft ist es ja, die jene hehren Grundsätze von freier Marktwirtschaft und gesellschaftlicher Gerechtigkeit in die Praxis umsetzen muss - und eben nicht einen wilden Kapitalismus oder eine allgegenwärtige, übermächtige Mafia und auch nicht eine allgemein verbreitete Korruption! Doch gerade letztere Phänomene sind für das heutige Russland charakteristisch.

All diese negativen Erscheinungsmerkmale wandelten die noch zu Beginn der 90er Jahre herrschende Euphorie in eine tiefe Unzufriedenheit der breiten, sozial nicht abgesicherten Massen und ließen eine nostalgische Sehnsucht nach der sowjetischen Vergangenheit aufkommen. Der überwiegende Teil der Bevölkerung Russlands blickt mit Neid auf den Westen – sogar auf ehemalige Ostblock-Staaten! – und möchte nichts lieber als eine schnellstmögliche Ausreise aus dem Heimatland. Diese Denkweise wurde durch die Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 nur noch verstärkt.

Russland ist kein Mitglied der EU und wird sicherlich noch lange außerhalb dieser Gemeinschaft bleiben. Es ist nun einmal so, dass wir uns stets „am anderen Ufer des Flusses“ befinden. Es gab einst ein West- und ein Osteuropa. Und es gab sowohl kapitalistische als auch sozialistische Länder. Heute bestehen diese Abgrenzungen weiter fort – die einen Länder bilden die Europäische Union, andere Staaten bleiben außerhalb dieser Gemeinschaft.

Gleichwohl kann es Russland, das ein enormes Wachstumspotential aufweist und zugleich viele verschiedene Konfessionen unter einem staatlichen Dach vereint, keineswegs gleichgültig sein, welche Richtung die Europäische Union in Zukunft einschlägt. Ganz ähnlich verhält sich die Lage aus Sicht der EU. Es ist für sie nämlich von erheblicher Bedeutung, wie sich die Russische Föderation fortentwickelt. Die politisch-ökonomischen und soziokulturellen Entwicklungsperspektiven der EU werden in Russland im allgemeinen als sehr groß eingeschätzt. Doch lassen Sie uns überlegen, wie man die EU in Russland aus konfessioneller Sicht betrachtet.

3.

Sehen wir uns zunächst die konfessionellen Strukturen Russlands etwas näher an. In diesem Land leben insgesamt beinahe 147 Millionen Menschen, von denen offiziell 84,3 Millionen (57,4%) dem christlichen Glauben angehören. Es gibt insgesamt 74 Millionen (50,4%) orthodoxe Christen, die dem Patriarchat von Moskau unterstehen. Die orthodoxen Gläubigen entsprechen 87,8% aller Christen in Russland. Abgesehen davon leben auf dem Boden der Russischen Föderation heute etwa 1,5 Millionen Protestanten, 1,3 Millionen Katholiken und 4,5 Millionen Menschen, die anderen unabhängigen christlichen Kirchen angehören, wie z.B. die Wahre Russisch-Orthodoxe Kirche, die Freie Russisch-Orthodoxe Kirche, das Patriarchat von Kiew, die Charismatiker usw. 185.000 Menschen befinden sich in den Fängen christlicher Sekten, während 11.140.000 (7,6% der Gesamtbevölkerung) russische Bürger sich als Anhänger des Islams deklarieren. Zum Judentum bekennen sich hingegen 950.000, zum Hinduismus 770.000, zum Buddhismus 580.000 und zum Schamanismus 127.000 Menschen. Für Nichtgläubige halten sich 40.400.000 (27,5% der Ge-

samtbevölkerung), während 7.630.000 Russen (5,2% der Gesamtbevölkerung) sich mehr oder weniger offen als Atheisten bezeichnen.¹

Laut soziologischer Umfragen bilden die orthodoxen Gläubigen in Russland 58% der Gesamtbevölkerung, die Anhänger des Islams 6%, andere Religionen 1%, und nicht gläubige Menschen 30% der Gesamtbevölkerung, wobei 6% der Befragten in Fragen des Glaubens keine konkrete Meinung haben (Stand: April 2004).

Die Erforschung der öffentlichen Meinung hinsichtlich der Teilnahme der russischen Bevölkerung an christlichen Gottesdiensten führte zu folgenden Ergebnissen: jeden Sonntag nehmen etwa 6% der sich für gläubig haltenden Menschen an Gottesdiensten teil. Einmal im Monat besuchen 13% und mehrmals im Jahr 34% der Gläubigen den Gottesdienst. An Weihnachten und Ostern gehen indessen nur 11% der Russen in die Kirche. 15% aller Russen besuchen weniger als einmal im Jahr die Gottesdienste ihrer jeweiligen Bekenntnisgemeinschaft, während 21% der Bevölkerung an diesen überhaupt nicht teilnimmt.²

4.

Diese statistischen Angaben zeugen einerseits von der dominierenden Stellung der Russisch-orthodoxen Kirche. Der Islam nimmt in dieser Statistik den zweiten Rang ein. Andererseits offenbaren die Meinungsumfragen auch ein äußerst geringes religiöses Bewusstsein und eine schwach ausgeprägte religiöse Praxis unter der russischen Bevölkerung. Diese Situation lässt sich vor allem auf das atheistische Gedankengut zurückführen, das sich im Laufe dreier Generationen herausbildete und verfestigte. Nach den tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen zu Beginn der 90er Jahre, die mit der rechtlichen Verankerung der Religionsfreiheit einhergingen, setzte zugleich ein bislang nie gekannter, stürmischer Laisierungsprozess ein.

Dieser Prozess wird von zunehmenden Liberalisierungstendenzen und einem ungebremsen Konsumdenken begleitet. Zugleich mehren sich die Anzeichen für einen ungestümen Nationalismus im politischen Bereich. Letzterer fällt

insbesondere bei denjenigen russischen Bürgern auf fruchtbaren Boden, die im Geiste des staatlich verordneten Atheismus erzogen wurden und über 70 Jahre lang keinerlei religiöse Praktiken ausüben durften. Da diese Menschen kein solides geistiges Fundament haben, übernehmen sie sehr rasch einen Lebensstil, in dem Gott überhaupt nicht mehr vorkommt. Die Europäische Union verkörpert vor allem für extreme russische Nationalisten eine neue Bedrohung für das Vaterland. Für diejenigen, die sich vom gesunden Menschenverstand leiten lassen, bietet die EU hingegen neue Perspektiven für die internationale Zusammenarbeit und die Entwicklung der Demokratie in Russland. Die EU lässt nicht nur unter den russischen Wissenschaftlern große Hoffnungen wachsen. Mit Zuversicht blicken auch diejenigen Bürger in die „europäische“ Zukunft, die sich in der gegenwärtigen politischen und sozialen Realität nicht zurechtfinden können. Für die armen Menschen in der Gesellschaft stellt die Europäische Union ein enormes Potential zur Verwirklichung der eigenen beruflichen Aspirationen dar. Diese Menschen hoffen sehr darauf, dass mit Hilfe der EU insbesondere ihre materiellen Wünsche in Erfüllung gehen. Sie hoffen also auf zusätzliche Verdienstmöglichkeiten und darauf, ihre bescheidenen Wohnungen besser ausstatten zu können.

Angesichts dieser schwierigen, unübersichtlichen Lage verharren die verschiedenen Konfessionen in Russland in Bezug auf die EU keineswegs in passiver Beobachterstellung. Gleichwohl haben sich bis heute noch nicht alle religiösen Gemeinschaften des Landes in dieser ungemein wichtigen Frage zu Wort gemeldet.

5.

Die größte Unruhe in der Gesellschaft rufen jedoch ethisch-moralische Probleme hervor, was insbesondere die Wahrung christlicher Gebote betrifft. Sowohl im Westen als auch in Russland löste die Frage der „Invocatio Dei“ in der zukünftigen Europäischen Verfassung lebhaft Diskussionen aus.

Die russischen Katholiken reiben sich dabei erstaunt die Augen: wie konnte es geschehen, dass die Europäische Union, in der sich 82% der Bevölkerung

Christen nennen - darunter 60% Katholiken, 15% Protestanten, 5% Anglikaner und 2% Orthodoxe -, in der zukünftigen gemeinsamen Verfassung nicht auf Gott und fundamentale christliche Werte ausdrücklich Bezug nimmt? Wie kann man die eigenen geistigen Wurzeln so einfach vergessen? Die ganze Geschichte Europas ist doch unauflösbar mit dem Christentum verbunden! Der Alte Kontinent entstand abgesehen von den starken Einflüssen der jüdischen und griechisch-römischen Antike in erster Linie auf einem genuin christlichen Nährboden.

Wenn man also von Europa spricht, impliziert man vor allem ein christlich geprägtes Europa. Von dieser ganz offenkundigen Tatsache ist man in Russland überzeugt. Jeder Baum, dem die Wurzeln abgeschnitten werden, vertrocknet. Diese Wahrheit kann man nicht einfach verdrängen oder negieren. Das gemeinsame Europa muss ein Europa des Geistes sein, der vor allem vom Christentum geprägt ist. Dabei muss der Alte Kontinent natürlich alle anderen Religionen, die seit Jahrhunderten in Europa beheimatet sind, gebührend berücksichtigen.

Papst Johannes Paul II. weist auf diese Wahrheit in seinem Nachsynodalen Apostolischen Schreiben *Ecclesia in Europa* ausdrücklich hin: „Europa braucht eine religiöse Dimension. Um „neu“ zu sein, muss es sich [...] vom Handeln Gottes erreichen lassen. [...] Damit Europa auf soliden Grundlagen erbaut werden kann, ist es notwendig, sich auf die echten Werte zu stützen, die ihr Fundament in dem allgemeinen Sittengesetz haben, das in das Herz jedes Menschen eingeschrieben ist“ (EiE 116).

Der Papst betont zudem, dass Polen und die Europäische Union geradezu aufeinander angewiesen sind. Die EU braucht Polen dabei vor allem als Zeugen des Glaubens (vgl. *L'Osservatore Romano*, 19-20 Mai 2003, S.9). Ähnliches lässt sich aus russischer Sicht feststellen. Denn obwohl Russland auf absehbare Zeit außerhalb der EU bleiben wird, wird sich die Zusammenarbeit der Europäer mit diesem Land so oder so weiterentwickeln. Europa endet nämlich nicht am Bug – an der Ostgrenze der EU –, sondern am Ural. Im weitesten Sinne erstreckt sich der Alte Kontinent sogar bis in den Fernen Osten. Die gemeinsamen Bande in Geschichte und Kultur, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft werden sich

mit Sicherheit verstärken. Denn dies sind die Entwicklungskriterien der Welt von heute.

Russland benötigt die Kontakte und Kooperation mit der EU ganz dringend. Daher ist es für die russischen Katholiken von außerordentlicher Bedeutung, auf welchem ethischen Fundament die EU gegründet wird. Wie wird ihre moralische Verfasstheit aussehen und welche Werte wird sie pflegen bzw. hüten?

Für viele Menschen in Russland, die einst die Auswirkungen der staatlichen Verfolgung und Unterdrückung am eigenen Leibe erfahren bzw. vom Hörensagen gut kennen, wirken die in Westeuropa derzeit vorherrschenden liberalistischen Tendenzen oftmals wie ein echter Kulturschock. Denn obwohl zahlreiche Elemente des weltanschaulichen Liberalismus mehr oder weniger eindeutig gegen das christliche Sittengesetz verstoßen, werden sie oft auf ganz demokratische Weise – durch parlamentarische Mehrheiten – zur juristischen Wirklichkeit. Die demokratische Nobilitierung moralisch verwerflicher Vorstellungen macht sogar vor der Würde des Menschen keinen Halt, die eine Gnadengabe Gottes ist.

Die Europäische Union steckt gegenwärtig in einer tiefen moralischen Krise. Sie ist stark von einer konsumorientierten, laizistischen Haltung geprägt, die auf einem grenzenlosen philosophischen Liberalismus fußt. Daher benötigt die Europäische Union einen neuen Geist! Die Katholische Kirche in Russland ist reich an leidvollen Erfahrungen mit dem totalitären Regime. Sie kann deshalb ein authentisches Zeugnis davon geben, wie man im Glauben ausharren kann. Diese Kirche der Märtyrer und Glaubenszeugen stellt durch ihr klares Zeugnis einen unschätzbaren Wert für die EU dar, in der Christen keinerlei Verfolgungen ausgesetzt sind. Ganz im Gegenteil, dort sagen sich die Menschen zugunsten einer falsch verstandenen Freiheit bewusst vom christlichen Glauben los. Gleichzeitig wird ein immer größerer materieller Wohlstand angestrebt, um ein möglichst „leichtes“, sorgenfreies Leben führen zu können.

Den Pontifikat von Papst Johannes Paul II. kennzeichnet das unermüdliche Streben nach der Einheit aller Christen und das Bemühen um einen ständigen,

intensiven Dialog der Weltreligionen. Der Hl. Vater bestätigt dabei folgenden Grundzusammenhang: „Europa, das dabei ist, sich als „Union“ aufzubauen, drängt auch die Christen zur Einheit, damit sie wahre Zeugen der Hoffnung seien“ (EiE 118).

Obwohl die derzeitige Wirtschaftslage in Russland nicht gerade rosig aussieht, erweisen sich die gemeinsamen Erfahrungen einer schwierigen, schmerzvollen Geschichte heute als sehr wertvoll: Unter den Verfolgungen der Staatsgewalt mussten sowohl Katholiken, Protestanten und Orthodoxe als auch Moslems, Juden und Buddhisten vieles erleiden und oftmals den Tod auf sich nehmen. Nicht von ungefähr spricht der Papst davon, dass die gelebte Ökumene der Märtyrer das überzeugendste Glaubensbeispiel überhaupt ist!³

6.

Die Haltung der Russisch-orthodoxen Kirche wurde mittlerweile in zahlreichen Erklärungen des Patriarchen von Moskau, Aleksij II., deutlich zum Ausdruck gebracht. Die orthodoxen Positionen werden zudem vom Vorsitzenden der Abteilung für Auswärtige Kontakte, dem Metropoliten Kyrill, aber auch von anderen hohen Würdenträgern öffentlich vertreten.

Während einer Begegnung mit britischen Journalisten am 20. Januar 2004 stellte der Moskauer Patriarch fest, dass jeder Christ die Pflicht habe, dem christlichen Erbe die Treue zu halten. Der Christ dürfe sich den Bedürfnissen und Notwendigkeiten einer laisierten Welt keineswegs anpassen. Die bewusst unterlassene Bezugnahme auf die antiken christlichen und griechisch-römischen Wurzeln der europäischen Kultur komme dem bewussten Verdrängen der Geschichte gleich und diene lediglich einseitigen ideologischen Vorgaben. Weder der Westen noch Russland hätten eine gedeihliche Zukunft vor sich, wenn die Europäer freiwillig ihre ureigensten historischen Wurzeln abtrennen würden.⁴

In einem Brief vom 30. August 2004 richtete Aleksij II. anlässlich der feierlichen Rückgabe der Ikone der Muttergottes von Kazan folgende Worte an den Papst: „Gute Beziehungen zwischen der Russisch-Orthodoxen Kirche und der

Katholischen Kirche, die wir auf Geheiß des Friedensfürsten und ewigen Vaters (vgl. Jes 9, 5) nicht nur mit Worten, sondern auch durch Taten schaffen sollen, sind für die Zukunft Europas und der ganzen Welt überaus wichtig. Die Verkündigung der christlichen Werte in einer säkularisierten Welt wird nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn alle Christen das Gebot des Erlösers erfüllen: „Wie ich euch geliebt habe, so sollt auch ihr einander lieben“ (Joh 13, 34)“.⁵

Im Februar 2004 wies Metropolit Kyrill den Vorsitzenden des Europäischen Verfassungskonvents Valéry Giscard d'Estaing in einem Brief ausdrücklich darauf hin, dass der geplante Wortlaut der Präambel dem anthropozentrischen Humanismus zuungunsten religiöser und nationalkultureller Werte ein eindeutiges Übergewicht verleihe.⁶

Am 26./27.5.2004 fand in Moskau eine internationale wissenschaftliche Konferenz statt, die unter dem Motto stand: „Das orthodoxe Byzanz und der lateinische Westen“. Anlass für dieses Symposium war der 950. Jahrestag der Spaltung der Christenheit sowie der 800. Jahrestag der Einnahme der Festung Konstantinopel durch europäische Kreuzritter. Auf dieser Konferenz machte Metropolit Kyrill einige sehr bemerkenswerte Äußerungen zum Problem der europäischen Einigung. Demnach lägen dem Prozess der europäischen Integration weder bestimmte theologische Ideen, noch das römisch-katholische Lehramt, noch die christliche Doktrin, noch irgendwelche anderen religiösen Werte zugrunde, sondern allein ein politisch-ökonomischer Pragmatismus, der sich die Prinzipien einer liberalen, humanistischen Weltanschauung zu Nutze mache.

Laut Kyrill kommt es vor allem darauf an, dass die europäische Einigung nicht von einer totalen Sanktionierung der Postulate westeuropäischer Philosophien und Weltanschauungen begleitet wird. Denn dies würde unweigerlich zu einer weiteren Ausbreitung des Westens auf Kosten des Ostens führen. Wichtig sei vielmehr, dass der Integrationsprozess von der Bereitschaft aller seiner Anhänger ausgehe, ein multikulturelles Modell zu schaffen, das traditionelle religiöse Werte mit den Werten eines rein säkularen Humanismus (wie z.Z. in Westeuropa zu beobachten!) in Einklang bringt. Diese Harmonie lasse sich

jedoch nicht durch ein künstliches, synkretistisches Modell verwirklichen, bei dem man gleichsam bestimmte Elemente des Humanismus mit Elementen des Christentums vermische. Diese Harmonie lasse sich hingegen allein durch die schrittweise Verknüpfung der beiderseitigen Wertesysteme erreichen.⁷

In seiner Rede vom 29. März 2004 an der Christlich-Theologischen Akademie („Kulturelle und geistige Vielfalt – der Reichtum Europas“) betonte Metropolit Kyrill, dass die Standardpositionen des liberalen Humanismus der Menschheit nicht als universale und allgemeingültige Glaubensprinzipien aufgezwungen werden dürften. Diese Standards müssten vielmehr auch anderen Weltanschauungen und religiösen Auffassungen das gleiche Existenzrecht einräumen.

Metropolit Kyrill äußerte sich kritisch über eine extensive juristische Auslegung der Religionsfreiheit. Dabei wies er auf die großen Gefahren eines unkontrollierten religiösen Pluralismus hin. In diesem Zusammenhang gab er zu verstehen, dass die Russisch-orthodoxe Kirche stets zum Dialog und zur Kooperation mit anderen traditionellen Kirchen Europas bereit sei, um die gesamteuropäischen Probleme im Bereich der Religion zu lösen. Kyrill bekundete ferner die Bereitschaft, das christliche Erbe zusammen mit anderen Religionen im Dialog mit säkularistischen und liberal-humanistischen Weltanschauungen zu verteidigen. Demnach könne erst das gemeinsame Handeln der Christen Europas der Welt zeigen, was alle Christen über alle Unterschiede hinweg verbindet und eint.⁸

Vor diesem Hintergrund kommt dem Dialog zwischen katholischen und orthodoxen Christen eine enorme Bedeutung zu. Dieser Dialog hat durch die gemeinsame Betrachtung der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft einen unmittelbaren Einfluss auf das Schicksal der Völker Europas. Unsere Kirchen teilen nämlich eine gemeinsame Verantwortung für das religiöse und moralische Antlitz des Alten Kontinents.⁹

7.

Die Haltung des Islams charakterisierte Scheich Farid Assadulin, der im Auf-

trag des Mufti von Moskau für die Pflege der Wissenschaft und die Kontakte mit den staatlichen Stellen der Russischen Föderation zuständig ist. Die islamische Sichtweise der Religionsproblematik stellte Scheich Assadulin zuletzt in einem Referat auf einer internationalen Konferenz in Prag (24.5.2004) näher vor. Das Leitthema dieser Konferenz lautete: „Europa im 21. Jahrhundert: Steht die Zivilisation am Scheideweg?“.

Der Islam in Europa ist alltägliche Realität und keine religiöse Ausnahmeerscheinung. Die Präsenz des moslemischen Glaubens zeugt von einer zivilisatorischen Größe des Alten Kontinents, die man heute kaum mehr ignorieren kann. Es wäre ein gewaltiger Rückschritt, im Islam vornehmlich einen Feind der Menschheit zu sehen. Diese Betrachtungsweise würde Europa nämlich früher oder später in einen blutigen Religionskrieg schlittern lassen. Daher wäre es mehr als angebracht gewesen, die Rolle des Islams für die Herausbildung der gegenwärtigen europäischen Zivilisation in der zukünftigen Europäischen Verfassung aufzuzeigen. Dies wäre nicht nur ein angemessener, vollauf gerechtfertigter historischer Schritt nach vorne gewesen, sondern hätte auch die Bande zwischen den Religionen und Kulturen Europas gestärkt. Die intensive Zusammenarbeit der drei großen Religionen der europäischen Geschichte ist vor dem Hintergrund der religiösen Vielfalt des Alten Kontinents eine normative Richtschnur, die sich gleichsam von selbst ergibt!

Bei der Bildung einer neuen Weltordnung für das 21. Jahrhundert sollte man zunächst an gewisse ethische Grundprinzipien und vor allem an die Achtung der Menschenwürde denken, bevor man sich anderen Themenfeldern zuwendet. Scheich Assadulin gestand freimütig ein, ähnliche Gedanken auch bei Papst Johannes Paul II. vorgefunden zu haben. Denn der Hl. Vater hatte im Gespräch mit dem hohen islamischen Würdenträger aus Russland betont, dass sich die Staatsführer Europas angesichts der sich verschärfenden Konflikte unter den konkurrierenden Kräften über eines im Klaren sein müssten: die Achtung der eigenen Rechte bedingt die Achtung der Rechte anderer! Die Problematik des interreligiösen Dialogs sprach auch der russische Präsident Wladimir Putin während eines Staatsbesuchs in Italien im Jahre 2003 direkt an: „Wichtig ist, sich die arabisch-

moslemische Welt zum Bündnispartner zu machen, und nicht zum Feind!“

Scheich Assadulin wies ferner darauf hin, dass sich das Überleben der Menschheit nicht zuletzt in der harmonischen Weiterentwicklung der interkonfessionellen Beziehungen entscheidet. Eine solche Zusammenarbeit könne sich nur unter einer Bedingung als fruchtbar erweisen: die Anhänger der monotheistischen Weltreligionen Islam, Christentum und Judentum müssten ganz bewusst eine tiefgreifende gegenseitige Verständigung suchen. Dabei sei es unabdingbar, endlich gängige nationale bzw. religiöse Stereotypen aufzugeben, die über Jahrhunderte hindurch das Bild der jeweils anderen Nachbarreligion bestimmt haben.

Aus der Sicht der Moslems wird Verständnis und Vertrauen unter den Religionen insbesondere durch den theologischen Neuaufbruch des 2. Vatikanischen Konzils gestärkt. Denn nach jahrhundertelangen Kämpfen zwischen Christentum und Islam bzw. gegenseitigen Häresievorwürfen erkannte man den moslemischen Glauben auf diesem Konzil erstmals als biblisch nicht belegte Form des Monotheismus an.

Die großen Weltreligionen müssen sich gemäß dem Geist des Konzils vor allem durch gegenseitige Achtung und Wertschätzung auszeichnen, wobei sie ihre Gläubigen zu Toleranz und Offenheit gegenüber Andersgläubigen zu erziehen haben. Die Entwicklung des zeitgenössischen religiösen Denkens der Anhänger von Judentum, Christentum und Islam birgt ein riesiges Potential an gegenseitiger Anziehungskraft. Die Entdeckung dieses Potentials gehört zu den vordringlichsten Aufgaben jeder Religionsgemeinschaft, die danach streben muss, dass sich ihre Mitglieder etwas von dieser faszinierenden Attraktivität zu Eigen machen.

Scheich Assadulin erinnert in diesem Zusammenhang an die mahnenden Worte von Hans Küng, wonach der Frieden unter den Völkern Europas ohne Frieden zwischen deren Religionen unmöglich ist. Daher lautet die wichtigste Direktive der interkonfessionellen Beziehungen „Koexistenz“ und nicht „Existenz-

kampf“, also Kampf um den Platz an der Sonne, der den Sieg einer Religion über die andere voraussetzt.

8.

Die diesbezüglichen Auffassungen der protestantischen Glaubensgemeinschaften lassen sich auf folgenden Nenner bringen:

Die Demokratie stützt sich auf den Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat. Eines der fundamentalen Ziele der Demokratie ist der Schutz der Menschenrechte, zu denen insbesondere die Gewissensfreiheit gehört. In Europa leben heute jedoch auch zahlreiche Nichtchristen. Außerdem gibt es große jüdische Gemeinden. Zugleich wächst die Zahl der Anhänger des moslemischen Glaubens. Abgesehen davon gewinnen auch ganz neue religiöse Gemeinschaften etliche Anhänger hinzu. Aus diesem Grund führt der ausdrückliche Hinweis auf christliche Werte in der Europäischen Verfassung unweigerlich zu Konflikten mit der Forderung nach uneingeschränkter Bekenntnisfreiheit.

Umgekehrt sind viele religiös orientierte Europäer der Ansicht, dass die Befürworter einer absoluten Säkularität die religiösen Überzeugungen großer Teile der nationalen Gesellschaften schlichtweg ignorieren. Durch diese Ignoranz würde man aber nicht nur die Menschenrechte vergewaltigen, man würde damit vielmehr auch dem gesamten Alten Kontinent eine bestimmte areligiöse Ideologie überstülpen.

Der Streit um die „Religionsparagrafen“ der Europäischen Verfassung ist bezeichnend. Denn er spiegelt die Situation in der Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts wider, in der das „müde gewordene Christentum“ des Alten Kontinents plötzlich eine „politische Energie“ in sich wiederentdeckt hat.

Gleichwohl ist einzuräumen, dass sich die russischen Protestanten über alle bestehenden Disharmonien hinweg mit der Katholischen und der Orthodoxen Kirche in wesentlichen Punkten solidarisch erklären. Dieser Grundkonsens betrifft vor allem das Problem der Abtreibung, die Sexualethik und die Bedeutung

der Familie. Also alles Fragen, die bereits seit geraumer Zeit im Europäischen Parlament sehr lebhaft diskutiert werden. Trotz aller theologischen Meinungsunterschiede rufen die protestantischen Christen Russlands alle Religionen zum wechselseitigen Dialog auf. Dies ist für das Gemeinwohl unseres Kontinents nur förderlich!¹⁰

9.

Die Haltung des russischen Judentums erläuterte Oberrabbiner Ber Lazar im April 2004 auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in Warschau. Ber Lazar erinnerte dessen Teilnehmer daran, dass Europa von Russland durchaus etwas lernen könne, da dieses Land unschätzbare Erfahrungen hinsichtlich der Beziehungen zwischen seinen Nationalitäten besitze. Darüber hinaus dürfe nicht vergessen werden, dass in Europa eine riesige Anzahl von Moslems und anderen nichtchristlichen Religionsanhängern lebe, obwohl sich die Mehrheit der Bewohner dieses Kontinents zumindest offiziell zum Christentum bekennt. Der Urquell aller Religionen sei letztlich der gleiche. Die Menschen in Europa vereine fundamentale Werte, die in den Grundsätzen aller Religionen enthalten sind. Der einzige Weg, der in der heutigen Welt zu Frieden und Eintracht unter den Völkern führt, liegt im unermüdlichen Dialog und im gegenseitigen Verständnis.¹¹

10.

Das heutige Europa ringt um eine gemeinsame Identität, indem es gewisse „Werte“ zusammenfasst. Diese „Werte“ möchte man teils aus traditionellen religiösen und teils aus rein kulturellen Quellen herauskristallisieren. So mancher würde die intensiven Bemühungen um Selbstidentifizierung am liebsten dazu nutzen, eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für die eigenen Lösungskonzepte und „Werte“ zu gewinnen.

Die Katholische Kirche darf nicht abseits dieses tiefgreifenden Prozesses stehen, der sehr eingleisig ist: das neue Europa soll nämlich auf den Grundsätzen eines politischen und wirtschaftlichen Pragmatismus basieren. Es soll vom laizistischen Geist eines liberalen Humanismus getragen sein, der die geistigen Werte

des Menschen letztendlich degradiert. Dieses Bestreben beinhaltet die starke Tendenz, die Religion auf eine reine Privatsache des Menschen zu reduzieren.

Die Zusammenarbeit unter den verschiedenen Konfessionen der EU, aber auch die Kooperation des Christentums und der nichtchristlichen Religionen Russlands mit den Konfessionen, Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen des vereinten Europas kann zu überaus positiven Resultaten führen. Denn dieses Zusammenwirken stärkt zum einen das Einheitsgefühl der Völker Europas un-
gemein und ermöglicht eine „gegenseitige Bereicherung durch Begegnungen, vergleichende Gegenüberstellungen und wechselseitige Hilfe“ (EiE 118).

Die intensive Zusammenarbeit der Religionen führt andererseits auch zu einer Renaissance des christlichen Glaubens, die unweigerlich Fortschritte bei der Neu-
vangelisierung und der Entwicklung des interkonfessionellen Dialogs mit sich bringen wird. Nur dann wird Europa mit zwei Lungen atmen können und zugleich ein einziges Herz besitzen. Der Alte Kontinent wird dann zu einem geistig gesunden, harmonisch wachsenden Organismus werden können, der seine historische Mission erfüllt. Diese Sendung besteht nämlich darin, die geistig-gesellschaftliche Einheit unseres Kontinents wiederherzustellen, damit es den Europäern wirklich gut ergeht und diese wie „Brüder miteinander in Eintracht wohnen“ (Ps 133 (132), 1) können. ■

Anmerkungen

¹ Vgl. World Christian Encyclopedia. A comparative survey of churches and religions in the modern world, Oxford 2nd edition 2001.

² Vgl. ROMER Monitoring vom 10.2.2004.

³ Siehe Apostolisches Schreiben *Tertio millennio adveniente* 37.

⁴ Vgl. <http://www.mospat.ru/text/interview/id/6272.html>.

⁵ Vgl. <http://www.sedmitza.ru/index.html?did=16586>.

⁶ Vgl. <http://ei.ru/067/world/05>.

⁷ Vgl. <http://www.mospat.ru/text/news/id/7465/html>.

⁸ Vgl. <http://www.mospat.ru/text/news/id/6652.html>.

⁹ Vgl. <http://www.mospat.ru/text/news/id/7465.html>.

¹⁰ Vgl. <http://ej.ru/067/world/05/>.

¹¹ Vgl. http://txt.newsru.com/religy/30apr2QQ4/lazar_eu.html.

Religionskriege der Gegenwart – Ein Zukunftsszenario

Paul Gallagher

Ich habe nur zwei Jahre meines Erwachsenenlebens in dem Land verbracht, in dem ich geboren wurde, im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, doch ich bleibe tief mit ihm und im Besonderen mit meiner Heimatstadt Liverpool verbunden. Wohin auch immer ich reise, die Menschen kennen Liverpool und assoziieren es in erster Linie mit zwei Dingen: mit Fußball und den Beatles. Auch wenn die „tollen Vier“ ungefähr ein Jahrzehnt vor mir geboren wurden, hatten sie einen tiefgreifenden Einfluss auf meine Generation. Die Bedeutung der Beatles für Liverpool ist noch so groß, dass unser neuer Flughafen nach John Lennon benannt wurde und ein Teil des Logos lautet: *Above us only sky* („Über uns nur der Himmel“). Das ist ein Zitat aus Lennons großartiger Komposition *Imagine* („Stell dir vor“), die überall auf der Welt weiterhin zu den beliebtesten Songs aller Zeiten gehört. Es ist möglicherweise das dauerhafteste Element des künstlerischen Erbes John Lennons und seiner Anwaltschaft für den Weltfrieden. Doch wenn Sie das sind, was unsere gegenwärtige europäische Gesellschaft als „religiöse Person“ bezeichnen würde, dann ist *Imagine* ein störendes und herausforderndes Musikstück. Die zweite Strophe lautet folgendermaßen:

Imagine there's no countries
It isn't hard to do
Nothing to kill or die for
And no religion too
Imagine all the people
Living life in peace...

Stell dir vor, es gäbe keine Länder mehr.
Das ist nicht schwer.
Nichts, wofür man töten oder sterben müsste,
Und auch keine Religion.
Stell dir vor, alle Menschen
lebten ihr Leben in Frieden...

„Und auch keine Religion“: Stillschweigend macht John Lennon die Religion mitverantwortlich für Konflikte und Kriege. Wir könnten ihn als unrealistisch zurückweisen allein aufgrund seines Wunsches, auch Länder und Staaten abzuschaffen, doch es besteht kein Zweifel, dass er in den Herzen und Köpfen von zumindest einer Generation den richtigen Ton getroffen hat. Er hat die allgemeine Wahrnehmung hinsichtlich des Ursprungs von Konflikten zum Ausdruck gebracht. In den Hochschulen von Oxford und Cambridge wird uns gesagt, dass es gegen die Etikette sei, wenn man von Frauen, Politik oder Religion spreche, und dass diese Haltung zu Konflikten führen könne und es verdient habe, in Frage gestellt zu werden.

Lennons Animosität gegenüber der Religion wurzelt möglicherweise in seiner Erfahrung des Lebens in Liverpool in den vierziger und fünfziger Jahren. Als Schuljunge, der in Liverpool aufwuchs, mag er sich – ebenso wie ich ein Jahrzehnt später – der noch immer existierenden Feindseligkeit zwischen Katholiken und Protestanten bewusst gewesen sein; vielleicht verfügte er über Wissen aus erster Hand. Das war nicht nur eine Frage gesellschaftlicher Rivalität, sondern ein wirklicher institutioneller Antagonismus, der stark und tragisch mit der anglo-irischen Geschichte in Verbindung stand.

Doch es gab in Liverpool viele Vertreter der Generation meiner Eltern und früherer Generationen, die tief betrübt waren, dass ein derartiger Zustand offenbar im Namen der Religion bestand. Durch Gottes Vorsehung sollten christliche Führer aus beiden Traditionen hervorgehen, die öffentlich jenen Heilungsprozess förderten, den so viele wohlgesonnene gewöhnliche Menschen bereits seit Generationen unterstützt hatten. Vieles verdankt Liverpool dem damaligen katholischen Erzbischof Derek Worlock und dem anglikanischen Bischof David Sheppard, denen es gelang, Aussöhnung zwischen den zwei Religionsgemeinschaften auszudrücken und so weit zu fördern, dass Liverpool heute ein Beispiel der Hoffnung ist – und ein Beispiel dafür, was durch die Gnade Gottes, durch guten Willen und mutige Entschlossenheit erreicht werden kann.

Trotz allem bleibt die allgemeine Ansicht in den Köpfen vieler Menschen, dass die Welt ohne Religion ein besserer Ort wäre und dass Religion heute eine ebenso potenzielle Konfliktquelle ist wie eh und je. Und dennoch ist die Religionsfreiheit, so wie die Gewissensfreiheit, eine der grundlegendsten Rechte, auf denen moderne Gesellschaften konstruiert sind und – so meine ich – durch die diese aufrecht erhalten werden können.

Ein Konflikt und dessen äußerste und schrecklichste Form, der Krieg, entsteht, wenn die Interessen einer gesellschaftlichen Gruppe durch eine andere Gruppe bedroht werden. Derartige Konflikte können schnell eskalieren, und wenn die Bedrohung als existenziell empfunden wird, können die Mittel zur Verfolgung der Ursache oder zur Selbstverteidigung den Punkt erreichen, an dem Menschen zu Waffen greifen und sie einsetzen. Es stimmt, dass die Religion ein Element sein kann, das eine gesellschaftliche Gruppe von einer anderen unterscheidet. Doch ich würde behaupten, dass es ungerecht ist, einen Konflikt als religiös zu beschreiben, wenn das spezielle Interesse, das verfolgt wird, nicht von sich aus und ausschließlich religiös ist.

Wenn ich eine Armee zur Verteidigung eines bestimmten Dogmas oder einer Lehre der Kirche aufstellen oder den religiösen Charakter eines Brauchs verteidigen würde oder anderen gewisse religiöse Überzeugungen oder Feststel-

lungen aufzwingen wollte, könnte man behaupten, dass der von mir provozierte Konflikt religiöser Natur ist. Im Hinblick auf den Krieg im Irak hat der Heilige Vater alles unternommen, dass der Konflikt von der arabischen Welt und den Irakern im Besonderen nicht als christlicher Kreuzzug des Westens wahrgenommen wird. In Nigeria hat man in letzter Zeit versucht, die Gewalt im Norden als Zusammenprall von Christen und Moslems darzustellen, während sich die meisten Beobachter heute damit zufrieden geben, dass es in Wirklichkeit um einen sozialen Konflikt um knappe Bodenschätze geht, der mitunter auf die vorherrschende Eigenschaft der zwei rivalisierenden gesellschaftlichen Gruppen reduziert wird: ihre unterschiedliche religiöse Identität; der Konflikt wird durch Armut provoziert und nicht durch Unterschiede in religiösen Überzeugungen an sich. Das Time Magazine berichtet folgendes:

„Viele Nigerianer behaupten, der wirkliche Grund für die Gewalt sei nicht die ethnische oder religiöse Teilung – die meisten Nigerianer lebten über Jahrhunderte friedlich zusammen –, sondern die Auseinandersetzung um knappe Ressourcen und politischen Einfluss. Obwohl Nigeria täglich ca. 2,4 Millionen Barrel Erdöl fördert, leben die meisten Nigerianer in Armut. Der Durchschnittsverdienst liegt bei 290 Dollar pro Kopf und Jahr. Weil das Geld aus den Erdölexporten nur durch ein korruptes Patronatssystem nach unten sickert, haben die Amtsträger eine große Machtfülle inne. Um diese Macht zu gewinnen, manipulieren die Politiker religiöse und ethnische Unterschiede.“ (31. Mai 2004)

Und der Papst dachte zweifellos an diese Situation, als er dem neuen nigerianischen Botschafter beim Heiligen Stuhl sagte:

„Jetzt, da Gemeinschaften oder Völker unterschiedlicher religiöser Überzeugungen oder Kulturen in ein und demselben Gebiet leben, kann es manchmal vorkommen, dass Spannungen entstehen oder wachsen, die aufgrund der vorhandenen starken Leidenschaft zu einem gewaltsamen Konflikt werden können. Deshalb ist es von größter Bedeutung, sich daran zu erinnern, dass der ‚Rückgriff auf Gewalt im Namen religiöser Überzeugung eine Perversion der eigentlichen Lehren der Weltreligionen ist. Ich bestätige hier noch einmal, was

viele Religionsvertreter so häufig wiederholt haben: Der Einsatz von Gewalt kann niemals Anspruch auf eine religiöse Rechtfertigung erheben und auch die Entwicklung wahrer religiöser Gefühle nicht fördern‘ (Botschaft zum Weltfriedenstag 1999, NE 5)“ (27. Mai 2004).

Dennoch bleibt das Problem, dass wir in einer Welt und auf einem Kontinent leben, wo der größte Kontrast nicht so sehr zwischen verschiedenen religiösen Meinungen und Überzeugungen besteht, sondern in der Rolle und Bedeutung, die die Religion innerhalb der Gesellschaft einnimmt oder einnehmen sollte. Während es in Europa in den letzten Jahrhunderten die Tendenz gab, Religion in die Privatsphäre zu verbannen – mit gelegentlichen Ausnahmen, wenn die Großen dieser Welt den Bedarf nach einer prachtvollen Hochzeit oder einem Begräbnis verspüren –, bleibt die Religion in vielen anderen Ländern und Kulturen, mit denen Europa zu tun hat, eine der einflussreichsten gesellschaftlichen und politischen Kräfte. Wenn man dann noch bedenkt, dass die europäischen säkularisierten Gesellschaften legitime Freiheiten in Gesetze gegossen haben, die Handlungen gestatten und Werte fördern, welche dem Islam im Besonderen vollkommen fremd sind, dann ist die Entstehung eines Antagonismus in der Tat unvermeidbar, falls keine Maßnahmen getroffen werden, die die Begegnung dieser Gruppen weniger problematisch gestalten.

Wenn das Zusammenleben unserer internationalen Gemeinschaft besser werden soll, kommt es darauf an, dass wir den Einfluss unserer Überzeugungen auf andere – mögen sie religiös oder säkular sein – richtig einschätzen. Während in der Vergangenheit religiöse Toleranz befürwortet wurde, ist dies heute eindeutig ein ungenügender Ansatz; vielmehr geht es um größere Rücksicht, um ausreichendes Verständnis, um eine friedliche Lösung der unvermeidbaren Kontraste zu ermöglichen.

Dennoch ist es meine feste Überzeugung, dass der Westen und der Islam niemals versöhnt werden können, solange wir darauf beharren, gerade jene Werte anzugreifen, die die Heiligkeit des Lebens, die Familie und zwischenmenschliche Beziehungen betreffen. Wenn diese Fragen durch die historische Ent-

wicklung nicht zurecht gerückt werden, können sie nur den Niedergang unserer westlichen Gesellschaft und eine Verdunkelung der großen Errungenschaften der europäischen Zivilisation herbeiführen.

Überzeugung und Fundamentalismus

Um die religiöse Dimension von Konflikten der Gegenwart zu erklären, wird häufig der Fundamentalismus herbeizitiert. Das *Shorter Oxford Dictionary* (Ausgabe 1993) definiert Fundamentalismus als: „die strenge Einhaltung traditioneller, orthodoxer religiöser Überzeugungen oder Doktrinen“; es gibt keine pejorative Definition an sich. Ein modernes Politik-Lexikon bietet Artikel sowohl zum christlichen als auch zum islamischen Fundamentalismus, und wir könnten dem noch den säkularen Fundamentalismus hinzufügen. Eine eingehende Untersuchung der Geschichte dieser Begriffe sprengt den Rahmen dieser Diskussion, doch es scheint mir, dass Fundamentalismus an sich eine Gefahr darstellt – nicht in seinen Bemühungen, innerhalb einer bestimmten religiösen Tradition die Orthodoxie wieder geltend zu machen, sondern in dem Ausmaß, in dem er sich Fanatismus beim Verfolgen seiner Ziele zu Eigen macht.

Es ist nicht so sehr das, was der Fundamentalist glaubt, sondern die Mittel, die er oder sie einzusetzen gewillt ist, um diesen Glauben zu begünstigen oder zu verteidigen. Der heilige Charakter des menschlichen Lebens ist offensichtlich eine fundamentale Überzeugung des katholischen Glaubens, die uns in eine unerbittliche Opposition gegen Abtreibung führt und uns gleichzeitig verpflichtet, alle legitimen Mittel einzusetzen, um Gesetze, die Abtreibung gestatten, rückgängig zu machen. Doch wie groß mein Entsetzen über die Realität der Abtreibung auch ist, so wäre es für mich doch schlichtweg Wahnwitz und Fanatismus, die Bombardierung von Abtreibungskliniken oder die Ermordung von Ärzten, die Abtreibungen durchführen, als moralisch hinnehmbar in Erwägung zu ziehen.

Auch bedeutet Achtung gegenüber Ansichten anderer Menschen nicht, dass ich nicht anderer Meinung sein oder mich ihnen widersetzen kann. Tatsächlich ist

allein schon das Engagement um eine Diskussion bestimmter Sachverhalte ein Zeichen dafür, dass ich die Überzeugung anderer ernst nehme. Gewisse Überzeugungen mögen uns fremd und inakzeptabel erscheinen, ebenso wie unsere Ansichten bei anderen Befremden auslösen können, und wir können sie sogar in legitimer Weise verachten.

Doch auch in diesem Falle markiert nicht die Tatsache der Meinungsverschiedenheit oder deren Ausmaß die Grenze zwischen einem fundamentalistischen Fanatiker und einem Andersdenkenden, sondern die Mittel, die dieser bereit ist anzuwenden, um die Meinungsverschiedenheit zu verfolgen und eigene Überzeugungen zu fördern. Der pazifistische Spruch, der besagt, es gebe einige Dinge, für die ich bereit wäre zu sterben, aber nichts, wofür ich bereit wäre zu töten, trifft den Kern dessen, worauf ich hinaus will.

Demnach stellt Fundamentalismus, wie wir ihn seit neuestem verstehen, eine sehr ernste Bedrohung dar. Doch er wird zu häufig mit streng eingehaltener religiöser Überzeugung identifiziert. In vielen Kreisen wird heutzutage eine Person, die fest zu religiösen Bräuchen steht und religiöses Engagement zeigt, als potenzieller Terrorist betrachtet. Man meint, es gebe nichts, was er oder sie nicht für seinen bzw. ihren Gott tun würde. Unweigerlich wird der Kampf gegen den Terrorismus ein Kampf gegen die Religion oder zumindest gegen eine bestimmte Religion.

Im Kampf gegen Terrorismus ist dann die einzige Form von Religion, die toleriert werden kann, ein unbestimmter privater Spiritualismus, der als allseits unschädlich wahrgenommen wird, da er in der Tat kaum Gefahren birgt. Doch welche historische, menschliche oder intellektuelle Glaubwürdigkeit könnten derartige Formen von Religion haben. Sicher mögen sie als Krücke in schwächeren Augenblicken dienen, doch wie jede andere Mode werden sie vorübergehen und anderen gleich unbefriedigenden Formen Platz machen.

Ich hoffe, es ist klar, dass Fundamentalismus eine große Bedrohung bleibt, doch er ist nicht die einzige mögliche Bedrohung. Die ökonomischen Kämpfe

und Unterschiede zwischen Völkern und Nationen können die Grundlage für Auseinandersetzungen sein, die sich zu einem Krieg entwickeln können. Ich hoffe, dass die vielfältigen Gedenkveranstaltungen zum Zweiten Weltkrieg in diesem Jahr bei uns allen, vor allem bei jenen, die weit nach 1945 geboren wurden, den Eindruck hinterlassen haben, dass Krieg in Europa ebenso wie in allen anderen Regionen der Welt im Bereich des Möglichen liegt und Frieden in welcher Form auch immer nicht als selbstverständlich betrachtet werden sollte. Frieden, stabiler Frieden, der weit über die bloße Abwesenheit von Feindseligkeiten hinausgeht, muss jeden Tag erarbeitet und durch positive Handlungen gesichert werden.

Ökonomische, kommerzielle und finanzielle Auseinandersetzungen können religiöse Dimensionen haben, indem für zusätzliche Unterschiede zwischen Völkern gesorgt wird. Doch es ist der Fundamentalismus, der es riskiert, derartigen Konflikten einen unbestreitbaren religiösen Charakter zu geben.

Alle Religionen können zu fundamentalistischen Derivaten verdreht werden. Der religiöse Enthusiast kann sich selbst zu einem Fundamentalisten machen oder von anderen dazu gemacht werden. Wir alle sind anfällig, niemand kann Anspruch auf Immunität erheben. Wie also sollen wir innerhalb unserer Religionsgemeinschaften in legitimer Weise präventiv tätig werden?

Diskussion und Dialog

Zunächst einmal denke ich, dass es wichtig ist, Fundamentalismus primär als internes Problem einer Religionsgemeinschaft zu betrachten. Einer der Gründe, weshalb wir uns so sehr vor einem islamischen Fundamentalismus fürchten, besteht darin, dass die meisten von uns so wenig über den Islam wissen, dass sie keine Grundlage für weiteres Verständnis haben. So sind wir nicht in der Lage, Lösungen vorzuschlagen. Vielleicht betrachten wir das Problem deshalb so häufig als Frage von ‚law and order‘. Nein, die Lösungen müssen von innen heraus kommen.

Aus diesem Grunde ist es notwendig, dass innerhalb von Religionsgemeinschaften ein gesunder, kritischer und gut informierter Dialog statt findet, der sich darum bemüht, authentischen und traditionellen religiösen Überzeugungen Ausdruck zu verleihen. Die akademischen Institutionen bestimmter Glaubensrichtungen müssen sich um höchste Standards bemühen und offen bleiben für alle Gedankenrichtungen, selbst für solche, die scheinbar in Konflikt mit dem Glauben stehen. Studien, Forschungen, Debatten, Aufsätze und konstruktive Kritik bieten Wege, um Tendenzen der Etablierung absoluter, einseitiger Ansichten und radikaler Vorstellungen entgegenzuwirken.

Doch ein derart pflichtbewusster Kampf um tieferes Verständnis des Authentischen liegt nicht nur in der Verantwortung der Intellektuellen und Führungspersonlichkeiten innerhalb einer Religionsgemeinschaft. Es muss sicherlich auch die Pflicht aller Gläubigen sein, nach einem mündigen, historisch begründeten und in der Gegenwart stabilen Verständnis ihres Glaubens zu streben. Unwissenheit und Vorurteile sind ein fruchtbarer Boden, in dem die Saat des Fundamentalismus gedeiht.

Dennoch ist – wie bereits oben erwähnt – unsere gegenseitige Unkenntnis anderer Glaubensrichtungen ein ernst zu nehmender Schwachpunkt im Aufbau guter Beziehungen zwischen Völkern und Gemeinschaften. Unwissenheit ist hier chronisch und kann zu gefährlichen Missverständnissen führen. Ich denke, das Bewusstsein ist vorhanden, dass ein gewisses Grundwissen über andere Glaubensrichtungen und Traditionen für Religionsführer, die Geistlichkeit, Lehrer und Katecheten notwendig ist.

Doch es gibt einen Bedarf an Dialog auf vielen Ebenen: der Dialog des Lebens, bei dem es darum geht, mit den anderen Gemeinschaften innerhalb unserer Gesellschaft vertraut zu werden, und ein Dialog über Inhalte, der ein tieferes, formelleres Verständnis des jeweils anderen Glaubens sucht. In Straßburg war ich überrascht von der großen Zahl muslimischer Vertreter bei Konferenzen und anderen Veranstaltungen, die sagten, sie seien eher daran interessiert, die schwierigen Sachverhalte, über die Uneinigkeit bestand, zu erfahren und zu

diskutieren, als den üblichen diplomatischen Ansatz zu übernehmen, nämlich darüber zu sprechen, was wir gemeinsam haben und was uns vereint.

Die Kirche ist auf jeder Ebene zu Dialog verpflichtet. Doch im Kontext dessen, worüber wir hier sprechen, kommt dem Dialog eine weit wichtigere und strategische Rolle zu, denn er ist eindeutig keine optionale Extraleistung, sondern ein unerlässliches Element für die Verstärkung interreligiöser Beziehungen, für die Diskreditierung des Fundamentalismus und die Vorwegnahme von Situationen mit religiöser Dimension, die – wenn sie nicht kontrolliert werden – zu Konflikten führen könnten.

Schlussfolgerungen

Die Tragödie des Krieges hat im Laufe der Geschichte tiefe Narben des Leids in der Menschheit hinterlassen. In unserem Schmerz und unserer Empörung suchen wir den Schuldigen außerhalb unserer Gesellschaft, während er sich in Wirklichkeit im Inneren befindet. Ich erhebe keinen Anspruch auf eine mindere Verantwortlichkeit der Religion, der Politik, der Geographie, der Wirtschaft oder der Geschichte. Religion muss vielmehr Verantwortung für sich selbst als ein potenziell konfliktförderndes Element übernehmen. Dennoch erwächst das Böse, das der Krieg darstellt, grundsätzlich eher aus dem Inneren des Menschen (Hl. Paulus), woraus die Ohnmacht externer Mittel resultiert, Krieg zu eliminieren. In Folge ist die Menschheit zu dessen ständiger Wiederholung verdammt, sobald das Gedächtnis einer Generation verblasst. Ich glaube, dass Europa verwundbarer sein wird, wenn es niemanden mehr geben wird, der sich an die Schrecken des Zweiten Weltkrieges erinnert.

Wenn wir verdeutlichen wollen, dass Religion nicht als Defizit, sondern vielmehr als Gewinn im Kampf um Weltfrieden betrachtet werden sollte, wird dies eine riesige Anstrengung von Seiten aller Männer und Frauen religiöser Empfindung und Überzeugung erfordern. Doch es ist eine Anstrengung, die Früchte in Hülle und Fülle für ein größeres Verständnis nicht nur zwischen den Nationen und Religionen, sondern auch zwischen den Traditionen an sich, tragen wird, da

wir nach einer größeren Authentizität innerhalb unserer jeweiligen Traditionen streben. Die Welt hat vom Glauben an den Einen, der die Quelle aller Güte ist, nichts zu befürchten; wir sind es, die das Bild Gottes in der Welt entstellen und seine Anwesenheit missbrauchen. Weltfrieden und Sicherheit werden so lange nicht erreicht werden, wie Religion missbraucht und auf skandalöse Weise manipuliert wird. Sie werden jedoch in dem Maße sich fortentwickeln, in dem Männer und Frauen guten Willens ihren Glauben ehrlich und demütig, in Achtung vor dem Leben, der Geschichte und der Traditionen anderer leben. Dies ist möglich. Es erfordert jedoch dringend, dass diejenigen, die den Namen Gottes in den Mund nehmen, ihre Herzen und ihren Verstand reinigen, um wie Brüder lieben zu können.

Ich ende, wo ich begonnen habe – mit John Lennons Lied *Imagine*:

You may say I'm a dreamer
But I'm not the only one
I hope someday you'll join us
And the world will live as one.

Du magst sagen, ich sei ein Träumer,
Aber ich bin nicht der einzige.
Ich hoffe, eines Tages schließt du dich uns an,
Und die Welt wird eins sein.

■

Die „europäische Theorie“ angesichts der Praxis der „ethnischen Säuberungen“

Franjo Komarica

Soweit es um die Zukunft des gesamten europäischen Kontinents geht, die wir bereits in den vorherigen Vorträgen erörtert haben, muss auch unsere Heimat Südosteuropa in diese Debatte aufgenommen werden. Nach meinem Dafürhalten ist gerade diese Großregion ein echter Prüfstein für das Gelingen der Anstrengungen Europas, ein neues, gemeinsames und zukunftsfrohes Haus für alle seine Bewohner zu errichten. Denn wie in keinem anderen Teil des Kontinents treffen hier die unterschiedlichsten Nationalitäten, Kulturen und Religionen auf engstem Raum aufeinander. Diese Situation stellt für alle eine wahrhaft große Herausforderung dar. Die geographische Nachbarschaft bietet auch eine echte Chance für gegenseitige Bereicherung, Wertschätzung und die Bestätigung von Werten, die einen integralen Bestandteil unserer europäischen Kultur und Zivilisation bilden.

Angesichts der furchtbaren Tragödie, dieser letzten Tragödie des vergangenen Jahrhunderts, mussten wir uns alle nach außen hin klar definieren, was vor allem uns Menschen vor Ort betraf. Die Römisch-katholische Kirche ist aufgrund ihrer universalen Sendung nicht nur mit einer kulturellen Ausdrucksform verbunden. Sie hängt darum nicht an einer einzigen ethnischen Bevölkerungsgruppe oder an einem

geschlossenen Wirtschaftssystem. Eben deshalb hat die Kirche stets die Möglichkeit, die friedliche Koexistenz unterschiedlicher Nationalitäten und Völkerschaften zu fördern. Die Kirche kann also die gedeihliche Zusammenarbeit und die harmonische Gestaltung der Beziehungen unterschiedlicher Staaten und Regionen unterstützen.

Die Herzegowina besteht aus einer Erzdiözese und vier Diözesen. Während des letzten Krieges richteten wir Hunderte von Einzelappellen und 40 kollektive Appelle an unsere Politiker und Gläubigen, um eine Ausweitung der sich abzeichnenden Tragödie zu verhindern.

Sehr traurig stimmte mich die vor Kriegsausbruch getroffene Feststellung eines hochrangigen NATO-Offiziers, den ich gebeten hatte, alles in seiner Macht stehende zu tun, um den drohenden Bürgerkrieg doch noch zu verhindern. Als ich ihm nämlich mitteilte, dass die Lage bei uns in Bosnien im Kriegsfall noch schlimmer werden würde als in Kroatien, da die Welt des Christentums mit dem Islam zusammenstoßen würde, erhielt ich die ernüchternde Antwort: „Ich muss den Herrn Bischof enttäuschen. Der Krieg muss weiter gehen, da wir nach dem Fall der Berliner Mauer und nach dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts keine andere Aufgabe mehr haben, die wir erfüllen könnten.“

Wir setzten uns trotzdem entschlossen dafür ein, die derzeitige Lehre der Katholischen Kirche und die pastoralen Richtlinien von Johannes Paul II. in die Praxis umzusetzen. So traten wir für die Realisierung der internationalen Vereinbarungen und Verpflichtungen ein, damit sich alle, die sich für Frieden und Ordnung in Bosnien und Herzegowina engagierten und dafür Verantwortung trugen, an diese Verpflichtungen hielten. Wir sprachen uns für die unbedingte Achtung der Menschenrechte aus, und zwar sowohl der individuellen als auch der kollektiven Rechte. Wir brachten unsere Ablehnung gegenüber allen Formen von Unrecht und Kriminalität zum Ausdruck. Wir sprachen uns gegen jegliche Instrumentalisierung der politischen Herrschaft aus, ganz gleich, wen das betraf. Doch trotz aller öffentlichen Aufrufe zur Achtung der Menschenwürde und zur Hilfe für notleidende Menschen erzielten wir keine positive Wirkung.

Wir sind dem Hl. Vater sehr dankbar für die Unterstützung und Ermutigung, die er uns 1997 bei seinem Besuch in Sarajevo zukommen ließ. Er wies uns auf die Pflicht hin, jegliches Unrecht aufzudecken und das Böse beim Namen zu nennen. Er wies uns auf die Pflicht hin, die uns anvertrauten Menschen in Schutz zu nehmen und betonte, dass keine irdische Gewalt oder Herrschaft uns einschüchtern dürfe.

Wir haben uns bemüht, unsere Gläubigen im Geiste des Evangeliums zu fördern. Wir haben sie immer wieder zur Dialogbereitschaft und zur Pflege gutnachbarschaftlicher Beziehungen ermuntert. Wir haben versucht, die Menschen zur gegenseitigen Vergebung zu bewegen. Dies war damals und ist auch heute noch unsere Hauptaufgabe. Denn es ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für das friedliche Zusammenleben der verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen in dieser Stadt. Es ist aber auch die unerlässliche Voraussetzung für eine positive Entwicklung von Bosnien und Herzegowina. Durch unsere Caritas versuchen wir nicht nur den Katholiken vor Ort konkrete Hilfe zukommen zu lassen, sondern auch die Notleidenden anderer Konfessionen materiell zu unterstützen. Die Unterstützung geschieht in Form von medizinischer Betreuung, Kleidung und Lebensmitteln. Darüber hinaus haben wir versucht, die Produktion in Industrie und Landwirtschaft erneut in Gang zu setzen, da die Politiker in diesem Bereich bislang tatenlos geblieben sind.

Wir Katholiken von Banja Luka sind an niemanden gebunden. Wir gehören zu keinem Bürgermeister, Politiker oder Minister. Der Präsident der Serbischen Republik hat mir einstmals folgendes mitgeteilt: „Herr Bischof, Eure Hauptschuld besteht darin, dass Ihr keinen eigenen Politiker habt.“ – Daraufhin fragte ich ihn: „Sind Sie, Herr Präsident, etwa nicht mein Politiker?“ – „Nein!“ – antwortete er.

Warum gehören meine Gläubigen von Banja Luka nicht zu meinem Vaterland? Warum gehören sie weder zu Sarajevo, noch zu Banja Luka, Brüssel oder Washington? Der Herrgott ruft uns noch nicht zu sich ins Himmelreich, und in die Hölle wollen wir nicht! Wir taten alles im Geiste des Evangeliums, um einen Krieg zu vermeiden. Immer wieder von neuem haben wir daran erinnert: keine Waffen, keine Gewalt! In meiner Diözese gab es keinen Krieg. Dennoch wurden 95% meiner Katholiken ihrer Rechte beraubt und gewaltsam vertrieben.

Vor einer Woche wurde der Hauptangeklagte aus Banja Luka vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu 32 Jahren Gefängnis verurteilt. Doch nach ihm kamen andere, die seine „ethnischen Säuberungen“ fortführten. Und deren Taten wurden von der Europäischen Union und von Washington widerspruchslos abgesegnet. In Banja Luka in der Serbischen Republik versammelten sich alle diejenigen, die alles in ihrer Macht stehende tun, damit die Katholiken ja nicht wieder dorthin zurückkehren. Von den 22.000 Katholiken der Serbischen Republik vor Kriegsausbruch leben heute nicht einmal 12.000. Das sind diejenigen Menschen, denen die Rückkehr bzw. der Verbleib in der Heimat gelungen ist.

Heute klage ich im Namen dieser fundamentalen Prinzipien alle Europäer an, besonders die Europäer aus Brüssel! Auf welchen Grundsätzen beruht euer Wille, eine derart unmenschliche Praxis zuzulassen? Wir werden bestraft, weil wir uns für die gleichen Prinzipien ausgesprochen haben, für die auch die hier Anwesenden stehen. Daher meine Frage an alle hier Anwesenden und besonders an den neuen Herrn Kommissar: Sind wir glaubwürdig oder nicht? Wenn wir „A“ sagen und behaupten, dass wir Menschen sind, ja sogar zivilisierte Christen und dass wir uns zur Gottesebenbildlichkeit bekennen, warum sind wir dann angeblich doch keine Menschen, wie dies unlängst der Botschafter eines einflussreichen westlichen Staates mir gegenüber eingestanden hat: „Für mich, Herr Bischof, sind Sie ein Mensch. Doch für meine Regierung und meinen Präsidenten sind Sie kein Mensch. Aber ich teile die Ansicht meiner Regierung nicht, Herr Bischof!“ Bin ich etwa deshalb kein Mensch, weil ich nicht in Krakau, Bonn oder Brüssel geboren wurde? Muss ich als Mensch, als Katholik, Kroat, aber auch als Einwohner von Banja Luka wirklich gemäß den gleichen Prinzipien leben, nach denen Sie hier in Krakau und in ganz Polen leben?

Und eben damit möchte ich zu einer besseren Zukunft beitragen – nicht nur in meiner Heimatstadt, in meinem Land oder in diesem Teil des Kontinents, sondern zu einer besseren Zukunft auf dem ganzen Kontinent!

■

Wirksame Systeme der Sicherheit

Mieczysław Bieniek

Als Berufssoldat hatte ich wiederholt Gelegenheit, an schwierigen Militärmis- sionen zur Sicherung bzw. Aufrechterhaltung des Friedens teilzunehmen und konnte dabei so manche wertvolle Erfahrung sammeln. Nach Einsätzen in Sy- rien, Israel, Bosnien, in der Sahara und im Kosovo war ich zuletzt im Irak tätig. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen im folgenden einige persönliche Überlegungen und Reflexionen zum Thema „Sicherheit“ nahe bringen.

Einleitung: Terrorismus – eine neue Bedrohung!

„Polen hat im Laufe der neueren Geschichte noch nie derart solide Sicherheits- garantien besessen wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt.“

Diese These wurde nach dem 12. März 1999 – nach unserem offiziellen Beitritt zur NATO – vielerorts in Polen voller Zuversicht verkündet. Bereits zwei Jahre später – am 11. September 2001 – wurde dieser Optimismus einer schmerz- vollen Prüfung unterzogen. Denn mit einem Mal wurden wir mit der Tatsache konfrontiert, dass der weltweite Terrorismus weder eine abstrakte Größe noch das irrealer Szenarium eines Action-Films darstellt. Der Terrorismus ist viel- mehr brutale, schmerzhaft Wirklichkeit. Er verkörpert eine neue Bedrohung

für die Menschheit! Diese Bedrohung bedeutet jedoch keinen totalen Krieg im herkömmlichen Sinne, sondern impliziert eine unübersehbare Vielzahl von asymmetrisch in Erscheinung tretenden Gefahren.

Für uns Soldaten wurde der Kampf mit dem Terrorismus zu einer neuen Herausforderung, die einerseits neue Kampfmittel und -techniken, aber vor allem auch eine neue Denkweise erfordert. Wir spüren gegenüber der Gesellschaft in der Heimat eine große Verantwortung. Diese Verantwortung umfasst jedoch auch die Bevölkerungen der mit uns verbündeten Staaten bei der Vorbereitung auf den Kampf an einer neuen, bislang eher unbekanntem Front. Dieser Kampf ist gnadenlos! Denn jeder Fehler bzw. jede Unterlassung kann Hunderten, ja sogar Tausenden von unschuldigen Menschen das Leben kosten.

Der Terrorismus der Gegenwart stellt mit Sicherheit eine der größten, unvorhersehbaren Bedrohungen unserer Sicherheit dar. Als Repräsentant des Militärs möchte ich zunächst in Grundzügen die Rolle aufzeigen, die sowohl das Nordatlantische Bündnis als auch die Polnischen Streitkräfte im Kampf gegen den globalen Terrorismus spielen bzw. welche Maßnahmen die NATO und Polen ergreifen, um die Sicherheit auf unserem Kontinent und in der Welt zu erhalten.

Anschließend möchte ich aufgrund meiner persönlichen Erfahrungen bestimmte Einzelprobleme näher vorstellen, die sich aus der Teilnahme polnischer Soldaten an internationalen Missionen zur Stabilisierung und Sicherung des Friedens im Irak und an anderen Orten der Welt ergeben.

Die Haltung der NATO gegenüber dem Problem des Terrorismus

Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist zur Zeit eines der wichtigsten Ziele des Nordatlantischen Bündnisses. Zwei Ereignisse vor der letzten Jahrhundertwende hatten erheblichen Einfluss auf diese neue Strategie der NATO:

Das erste Ereignis ist das furchtbare Massaker, das im Juli 1995 in Srebrenica

in Bosnien-Herzegowina stattfand. Das ungeheure Ausmaß dieses barbarischen Völkermordes entsetzte die Weltöffentlichkeit und beschleunigte die militärische Intervention der NATO zur Stabilisierung dieser Region. Bereits zwei Monate nach dem Massaker brachten die Streitkräfte der NATO die diesbezüglich eingeleitete Luftoperation zu Ende. Diese Maßnahme führte zur Unterzeichnung eines Friedensabkommens, das einen Schlussstrich unter einen dreieinhalbjährigen blutigen Konflikt im Herzen des Balkans zog. Der unter uns anwesende Bischof Franjo Komarica war unmittelbarer Zeuge dieser Geschehnisse.

Das zweite Ereignis ist untrennbar mit dem 11. September 2001 verbunden. Der an diesem Tag durchgeführte terroristische Anschlag bewirkte, dass die NATO-Mitgliedsstaaten sich zum ersten Mal in der Geschichte auf Artikel 5 des Washingtoner Vertrages beriefen. Dabei stellten die Bündnispartner gemeinsam fest, dass der terroristische Angriff von einem staatenlosen Subjekt erfolgte. Die NATO konnte somit verpflichtet werden, die kollektive Selbstverteidigung ihrer Mitgliedsstaaten zu gewährleisten. Diese Feststellung berechtigte das Nordatlantische Bündnis zugleich zum langfristigen Kampf gegen den weltweiten Terrorismus.

Diese beiden höchst tragischen, folgenreichen Ereignisse machten den Führern der NATO bewusst, dass der Terrorismus keineswegs lediglich mit den inneren Schwierigkeiten eines Staates oder einer lokalen gesellschaftlichen Größe zusammenhängt, sondern ein komplexes Problem der internationalen Sicherheit bildet, dessen Lösung ein sehr breites Spektrum an Einsatzmitteln erfordert. Für eine wirksame Bekämpfung des Terrorismus sind nämlich nicht nur politische, ökonomische oder juristische Maßnahmen, sondern auch militärische Anstrengungen vonnöten. Wenn es also überhaupt irgendeine Sicherheit gibt, dann nur gemeinsam – niemals getrennt voneinander!

Eine Bestätigung fand diese Auffassung in der 1999 in Washington von den Staatschefs der NATO unterzeichneten Strategischen Konzeption. Das Nordatlantische Bündnis verpflichtete sich, in all seinem Handeln die globalen Zusammenhänge und Konstellationen stärker als bisher zu berücksichtigen. Dabei

wurde ausdrücklich festgestellt, dass die Sicherheitsinteressen der NATO auch supranationalen Bedrohungen ausgesetzt sind, die sich nicht zuletzt auch durch großräumige terroristische Anschläge offenbaren...

Einmütig verurteilten die 19 Mitgliedsstaaten der NATO und die 27 Teilnehmer des Programms „Partnerschaft für den Frieden“ – insgesamt 46 Länder des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (EAPR) – den am 11. September 2001 durchgeführten Terroranschlag auf New York und Washington.

Dabei verpflichtete man sich, alle nur erdenklichen Anstrengungen zu unternehmen, um die Plage des internationalen Terrorismus wirkungsvoll zu bekämpfen. Diese Verpflichtung fand in dem auf dem Prager NATO-Gipfel im November 2002 beschlossenen Aktionsplan des EAPR eine ausdrückliche Bestätigung. Durch die Unterzeichnung dieses Plans erkannten die Staatshäupter des EAPR an, dass alle Länder der Welt vor den gleichen Herausforderungen bzw. Gefahren für die Sicherheit stehen. Dabei stellte man fest, dass diese Gefahren allein durch die einmütige Zusammenarbeit aller Staaten bewältigt werden können.

Der Aktionsplan sieht daher eine vertiefte internationale Kooperation, den ständigen gegenseitigen Informationsaustausch, gemeinsame Planungen und eine Reihe von weiteren konkreten Unternehmungen vor, die den erfolgreichen Kampf gegen den immer besser organisierten globalen Terrorismus erleichtern sollen.

Die neue militärische Konzeption des Nordatlantischen Bündnisses bezüglich der Abwehr des internationalen Terrorismus beinhaltet vier Grundkategorien von militärischen Handlungen, die der NATO zur Verfügung stehen. Gestatten Sie mir, diese Kategorien in Erinnerung zu rufen:

1. **Antiterrorismus, d.h. die Nutzung militärischer Abwehrinstrumente**, die die Anfälligkeit für Bedrohungen verringern bzw. den Bedrohungen Einhalt gebieten. Zu diesen Instrumenten gehört z.B. ein wirksames Bedrohungsfrühwarnsystem und ein integriertes System zur

Flug- oder Raketenabwehr.

2. u. 3. **Bewältigung der Folgen eines Angriffs und Antiterror-Maßnahmen.**

Dabei ist die Wiederherstellung der gewünschten stabilen Ordnung nach dem terroristischen Anschlag gemeint. Unter diese Kategorie fällt der Einsatz von militärischen Kräften und Instrumenten bei der Planung von Handlungen im Krisenfall. Dazu gehören aber auch die Bildung und Vorbereitung von planmäßig geschulten Kräften für den Soforteinsatz und schließlich der praktische Gebrauch von offensiven Mitteln, um den potentiellen Gegner unschädlich zu machen. Diese Arten des Krisenbewältigungsmanagements sollen einerseits bei NATO-geleiteten Operationen ihre Anwendung finden, andererseits aber auch dann realisiert werden, wenn das Nordatlantische Bündnis andere Organisationen oder Koalitionen unterstützt, denen NATO-Staaten angehören.

4. **Militärische Zusammenarbeit**, nicht nur innerhalb der NATO, sondern auch mit Russland, der Ukraine und Organisationen wie der EU, OSZE oder UNO.

Ein gelungenes Beispiel für Einsätze der NATO zur Bekämpfung des weltweiten Terrorismus bildet sicherlich die immer noch andauernde Militäroperation in Afghanistan. Der Einsatz der Streitkräfte des Nordatlantischen Bündnisses im Rahmen der Operation *Enduring Freedom* und die Tätigkeit der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) zur Stabilisierung der Lage in Afghanistan gehören derzeit zu den vorrangigsten militärischen Aufgaben der NATO.

Dabei ist zweifellos anzuerkennen, dass der Kampf der NATO gegen den globalen Terrorismus seit den Ereignissen des 11. September 2001 erheblich wirksamer geworden ist. Dennoch gibt es bezüglich der Art der „Kriegsführung“ auch heute noch größere und kleinere Meinungsverschiedenheiten. Ein völliger Konsens erscheint daher sehr schwierig und ist sicher nur langfristig

zu erreichen.

Dies beweist allein schon das unterschiedliche Engagement der Bündnisstaaten bei der Militäroperation zur Stabilisierung des Irak. Die bündnisinternen Kontroversen zeigen sich aber auch in den Problemen, die im Zusammenhang mit der Verstärkung und dem Austausch der NATO-Streitkräfte im Rahmen der ISAF-Mission zu beobachten sind.

Eine Entwicklung stimmt jedoch zuversichtlich: während die NATO für das erfolgreiche Eingreifen in Bosnien-Herzegowina über drei Jahre gebraucht hat, erfolgte die Intervention im Kosovo bereits ein halbes Jahr nach Ausbruch des Konflikts. Oder man denke an Makedonien, wo es den NATO-Streitkräften durch einen sehr raschen Einsatz gelang, eine weitere Eskalation des Konflikts zu verhindern! Denn gerade dem Zeitfaktor kommt in den Krisen und Konflikten der Gegenwart eine enorme Bedeutung zu!

Obwohl also die Einigung auf einen Kollektivplan zur Bekämpfung des globalen Terrorismus innerhalb der NATO auch weiterhin zeitraubend ist und dabei die internen Meinungsverschiedenheiten überwunden werden müssen, wurden bislang die konkret beschlossenen Operationspläne konsequent in die Praxis umgesetzt. In kritischen Situationen besteht die NATO die ihr auferlegten Prüfungen also durchaus mit Erfolg!

Doch bleiben bei all diesen politisch-militärischen Erwägungen nicht die christlichen Werte in Bezug auf Individuum und Gesellschaft auf der Strecke? Wo ist der Raum für Nächstenliebe, Toleranz, Vergebungsbereitschaft, Verständnis, religiösen Dialog und das friedliche Zusammenleben der Völker auf der Basis der gegenseitigen Achtung unterschiedlicher Überzeugungen?

Dies alles sind sehr schöne Worte, Absichten und Ideale, die jedoch in der Praxis nur sehr schwer zu verwirklichen sind. Toleranz erwächst in erster Linie aus der Liebe zu anderen Menschen, und nicht nur aus dem Wunsch, diesen zu dienen. Nicht zuletzt deshalb ist jeder Versuch der Annäherung zwischen Christen

und Moslems von unschätzbarem Wert! Gerade das Fehlen dieser Annäherung führt nämlich über kurz oder lang zu bewaffneten Konflikten, terroristischen Anschlägen und grausamen Kriegen, was ich leider in Bosnien, im Kosovo, in Westafrika und im Irak hautnah miterleben musste.

Aufgaben der Streitkräfte der Republik Polen im Spiegel der polnischen Strategie für Nationale Sicherheit

Die Aufgaben der Polnischen Streitkräfte im Bereich der Landessicherheit und innerhalb des Nordatlantischen Bündnisses werden durch die derzeit geltende Strategie für Nationale Sicherheit der Republik Polen definiert. Dieses Dokument geht auch auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ein, der als neue globale Bedrohung angesehen wird.

In Anknüpfung an die Ausführungen meiner glänzenden Vorredner möchte ich in Bezug auf den Terrorismus und seine Opfer folgende persönliche Bemerkung machen: Das, was meine Soldaten und ich gemeinsam erleben mussten, hat uns für Schmerz, Unglück und menschliches Unrecht empfindlicher werden lassen. Immer noch stehen uns die entsetzten Gesichter der Kinder von Beslan vor Augen. In Erinnerung bleiben uns auch zahlreiche andere grausam ermordete Menschen, die terroristischen Anschlägen in Kerbala, Nadschaf, Bagdad und Falludscha unschuldig zum Opfer fielen.

Doch zugleich denken wir auch an die freudigen Gesichter – Gesichter voller Hoffnung, Dankbarkeit und Sympathie! – der gequälten Menschen im Irak, die den lebensgefährlichen Einsatz der dort stationierten Soldaten der Koalition zu schätzen wissen.

Ich bin ganz sicher, dass unsere alltäglichen Kontakte mit den religiösen Führern der Schiiten, Sunniten und Kurden, der dabei stattfindende intensive Meinungsaustausch und die vielfältigen Versuche, einen Ausweg aus der tragischen Situation zu finden, einen guten Nährboden schufen. Denn dadurch trugen wir ganz konkret das Evangelium der Toleranz und des grenzüberschreitenden Dialogs in

die irakische Gesellschaft, um ein Klima der gegenseitigen Achtung und Wertschätzung zu schaffen. Die Erfahrungen der vergangenen Monate schenken uns wohl die nötige menschliche Reife, um nun in einen ernsthaften, vertieften Dialog mit den unterschiedlichen Religionsgemeinschaften und ethnischen Gruppen einzutreten.

Falls dies nicht gelingen sollte, würden die Worte von Samuel Paul Huntington grausame Wirklichkeit werden. Der gewaltsame Zusammenstoß der Kulturen, Religionen und Zivilisationen dieser Erde wäre dann nämlich tatsächlich unvermeidlich! Toleranz ist untrennbar mit Vergebungsbereitschaft verbunden. Wenn dieses Axiom nicht erfüllt ist, wird die Spirale des Hasses weiter anwachsen, wobei die Mauern in den Köpfen der Menschen immer größer werden!

Als Mitglied der NATO und der EU darf Polen in Bezug auf potentielle terroristische Aktionen gegen Werte, Institutionen und Interessen unserer Bündnispartner nicht passiv bleiben bzw. derartige Anschläge nicht unterschätzen. Polen darf keineswegs tatenlos zusehen, wie unschuldige Menschen zu willkürlichen Objekten verbrecherischer Aktionen werden.

Die neue Sicherheitsstrategie betont vor allem, dass die Grenzen zwischen äußeren und inneren Aspekten der Sicherheit von Staaten und Völkern allmählich ganz verschwimmen. Dagegen nimmt die Bedeutung der internationalen Kooperation enorm zu – und zwar nicht nur im militärischen Bereich! Dabei ist darauf hinzuweisen, dass der Einfluss von außermilitärischen Faktoren bzw. Institutionen auf die internationale Sicherheit deutlich zunimmt.

Die NATO wird für Polen auch in Zukunft nicht nur der Hauptgarant der nationalen Sicherheit bleiben, sondern auch die wichtigste Grundlage der Zusammenarbeit für staatenübergreifende Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit sein. Zugleich ist das Nordatlantische Bündnis auch weiterhin die Grundsäule der politisch-militärischen Stabilität unseres Kontinents.

Polen unterstützt aber auch die Schaffung von eigenständigen militärischen

Strukturen im Rahmen der Europäischen Union – die Errichtung einer europäischen Säule der NATO! Auch für dieses Ziel möchte unser Land entsprechende Anstrengungen unternehmen. Obwohl die Polnischen Streitkräfte in erster Linie der Sicherheit des Vaterlandes dienen, darf man nicht vergessen, dass sie auch an der Realisierung von Bündnisverpflichtungen teilhaben. Die Polnische Armee arbeitet also einerseits mit dem gesamten nationalen Sicherheitssystem zusammen, was auch für den Fall einer Bedrohung durch terroristische Anschläge gilt. Zugleich nimmt die Polnische Armee jedoch an den Operationen der Antiterror-Koalition auf NATO-Gebiet und in anderen Regionen der Welt teil. Polnische Truppeneinheiten engagieren sich seit Jahren für die Sicherung des Friedens und die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung an zahlreichen Orten der Welt. Dies geschieht im Rahmen von Operationen der UNO, OSZE, NATO oder EU bzw. innerhalb militärischer Koalitionen, die ad hoc entstehen.

Die neuen Herausforderungen verpflichten die Polnische Armee zu tiefgreifenden inneren Reformen. Dabei ist es notwendig, die Landstreitkräfte in mobilere, leichtere Einheiten umzuwandeln, die zum unverzüglichen Einsatz bzw. zur raschen Beförderung zum Zielort bereit sind. Diese Verbände müssten dann nicht nur konventionelle Kriege, sondern auch andere militärische Operationen erfolgreich bestehen können, einschließlich rascher Krisenreaktionseinsätze.

Auf dem jüngsten NATO-Gipfel in Istanbul wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, 40% der Landstreitkräfte jedes Bündnismitglieds in die Lage zu versetzen, auch außerhalb des eigenen Staatsgebiets zu operieren. Indessen sollten 8% unserer eigenen Streitkräfte dazu fähig sein, unverzüglich in eine bestimmte Krisenregion auf der Welt aufzubrechen. Dabei müssten sie auch in größerer Entfernung von den eigenen Militärbasen zu eigenständigem Handeln bzw. Transport in der Lage sein.

Polnische Streitkräfte in Friedensmissionen

Wenn man über die Rolle der Polnischen Streitkräfte im Prozeß der internationalen Sicherheit spricht, darf das Engagement der polnischen Soldaten im Rahmen von Friedens- und Stabilisierungsmissionen nicht übersehen werden.

Die ständige, aktive Teilnahme der Polnischen Armee an internationalen Bemühungen zur Wiederherstellung bzw. Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt kann mittlerweile auf eine über 50-jährige Tradition zurückblicken.

Bereits Mitte 1953 wurden polnische Truppenkontingente in den Internationalen Kontroll- und Aufsichtskommissionen in Korea, Vietnam und Kambodscha eingesetzt. Polnische Soldaten kämpften später im Rahmen von UNO-Friedensmissionen u.a. im Libanon und in Syrien. Darüber hinaus war Polen bisher an mehreren bedeutenden Stabilisierungsmissionen der NATO im Balkan (Bosnien, Kosovo, Mazedonien) und in Afghanistan beteiligt.

Irak – eine neue Dimension des militärischen Engagements Polens

In der Geschichte Polens standen unser Vaterland und seine Streitkräfte noch nie vor einer derart großen Herausforderung, wie sie der NATO-Einsatz zur Stabilisierung des Irak darstellt. Die Mission im Irak ist für die Polnischen Streitkräfte eine Aufgabe von bislang unbekannter Tragweite. Mitte 1993 stand die Polnische Armee also vor der größten Herausforderung in der Geschichte ihres internationalen Engagements.

Wir wissen alle nur zu genau, wie viele Kontroversen und Meinungsverschiedenheiten diese Mission unter unseren politischen Eliten und innerhalb der Gesellschaft hervorgerufen hat. Als Soldat und Offizier bin ich nicht dazu berechtigt, die politischen Entscheidungen meiner Vorgesetzten zu kommentieren. Meine Aufgabe ist es vielmehr, die mir aufgetragene Mission so gut und erfolgreich wie möglich zu erfüllen. Und eben dies habe ich während des letzten halben Jahres versucht.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Entscheidung über das Engagement polnischer Soldaten im Irak von Anfang an richtig war und auch weiterhin richtig ist. Ich glaube nämlich, dass wir durch unsere Teilnahme an der Koalition am Entstehen einer sicheren Zukunft im Irak beitragen. Daher widerspreche ich der landläufigen Auffassung, dass „uns dieser Krieg nicht betrifft“.

Der Terrorismus ist ein globales Phänomen. Deshalb kann man nicht einfach abwarten, bis er uns in Polen oder anderswo im vereinten Europa plötzlich überfällt. Diesen Punkt haben meine Vorredner bereits mehrfach angesprochen. Wenn wir den Irak sich selbst überlassen hätten, hätte sich womöglich bald herausgestellt, dass unser scheinbar so sicheres europäisches Haus äußerst bedroht ist. Und dann hätten wir weitaus größere Truppenkontingente aussenden und uns über die Sicherheit unserer Familien viel größere Sorgen machen müssen...

Unser Engagement im Irak kommt der Doktrin der NATO voll entgegen. Denn das Nordatlantische Bündnis empfiehlt ausdrücklich, die Streitkräfte für alle denkbaren extremen Einsatzbedingungen zu schulen. Darüber hinaus entspricht es der aktuellen Strategie des Bündnisses, gerade auch diejenigen Bedrohungen, die vom weltweiten Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen weitab der NATO-Grenzen ausgehen, so früh wie möglich zu eliminieren. Das Bedrohungspotential soll also an seinen Ursprungsorten eingedämmt werden. Vor diesem Hintergrund werden die im Irak gesammelten Erfahrungen für uns mit Sicherheit sehr nützlich sein. Dabei dürfen jedoch all diejenigen Soldaten nicht in Vergessenheit geraten, die von dieser schwierigen Mission nicht mehr heil nach Hause kehrten. Jeder Sarg auf dem Weg in die Heimat lastet schwer auf mir! Die Trauer über den Tod der mir anvertrauten Untergebenen lässt sich mit keinerlei Maß messen. Alle Gefallenen werden mir stets in Erinnerung bleiben! Während meines Oberbefehls über die Internationale Division im Irak kamen insgesamt 26 Soldaten verschiedener Nationalitäten ums Leben. Sie fielen im Kampf für die Sicherheit Europas und der gesamten zivilisierten Welt. Sie starben im Kampf gegen einen irrationalen, blindwütigen Terror. Die weitere Stabilisierung des Irak ist nicht zuletzt auch eine besondere Verpflichtung gegenüber diesen Gefallenen. Denn ihr Tod darf nicht umsonst sein! Unsere Mission im Irak werden wir jedenfalls erst dann beenden, wenn unsere Ziele erfüllt sein werden.

Schlussfolgerungen

Der bekannte amerikanische Politologe Walter Laqueur hält eine halbwegs ge-

naue Vorhersage der künftigen Bedrohungen durch den weltweiten Terrorismus für nahezu unmöglich. Denn laut Laqueur ist die Anzahl der tragischen Akteure sehr gering, wobei deren verbrecherisches Handeln letztlich unberechenbar bleibt. Auch das Verhalten kleiner sozialer Gruppen kann kaum angemessen erforscht werden.

Die klassischen Formen des Terrorismus des 19. Jahrhunderts verkörperten oftmals eine bestimmte „Propaganda der Tat“. Im Gegensatz dazu kann der Terrorismus des 21. Jahrhunderts zu internationalen Katastrophen führen, deren Ausmaße die menschliche Vorstellungskraft sprengen. Doch selbst wenn es gelänge, die politischen, sozialen und ökonomischen Probleme der Welt auf ein absolutes Mindestmaß zu reduzieren, würde das noch lange nicht das Ende des Terrorismus bedeuten. Denn geistig verwirrte oder fanatische Anhänger extremistischer politischer bzw. religiöser Lehren fänden stets ein geeignetes Objekt ihres Hasses und ihrer Wahnvorstellungen.¹

Die Aufgabe von uns allen – nicht nur der Soldaten – ist es, nicht zuzulassen, dass dieser blinde, gegen unschuldige Menschen gerichtete Hass sein tragisches Finale findet, wie das zuletzt im nordossetischen Beslan geschehen ist. Der Terrorismus ist ein Phänomen, das es zu liquidieren gilt. Die Polnischen Streitkräfte sind integraler Bestandteil des Nordatlantischen Bündnisses und zugleich ein Hauptelement der Strategie für die Sicherheit Polens. Die Polnische Armee ist entschlossen, sämtliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Wirksamkeit terroristischer Anschläge so weit wie möglich zu verringern.

Wenn unser Handeln jedoch erfolgreich sein soll, benötigt es die Solidarität der internationalen Staatengemeinschaft. Notwendig ist aber auch eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für sämtliche Initiativen gegen diejenigen, denen menschliches Leben nichts bedeutet. Das Leitmotiv der gemeinsamen Sicherheit in politischer, militärischer und moralischer Hinsicht lässt sich also ganz rational begründen!²

■

Anmerkungen

¹ Vgl. W. Laqueur, Die globale Bedrohung. Neue Gefahren des Terrorismus, Berlin 1998, S.13-59 u. 281-346.

² Ausgewählte Literaturhinweise: Ch. Bennet, Die Bedeutung des Prager Gipfels. Die Bekämpfung des Terrorismus, in: NATO Review (Frühjahr 2003); Ch. Bennet, Die strategischen Partnerschaften der NATO. Aufbau effizienter Partnerschaften, in: NATO Review (Herbst 2003); W. Laqueur, Die globale Bedrohung. Neue Gefahren des Terrorismus, Berlin 1998.

Voraussetzungen einer Politik, die auf Frieden bedacht ist

Rocco Buttiglione

Was ist zu tun, um die Sicherheit der Bevölkerung Europas auch in Zukunft zu gewährleisten? Auch wenn das für manche von Ihnen entsetzlich klingen mag – wir müssen hierzu vor allem bestimmte theologische Zusammenhänge klären! Wir leben nämlich in einer Welt, in der die Mehrheit der Menschen – vielleicht sogar alle! – in der Regel davon ausgeht, dass der Mensch ein gutes Wesen ist. Und daher meinen wir, in Frieden leben zu können. Wir meinen, dass wir keine Soldaten und auch keine Streitkräfte brauchen. Wir sind der Ansicht, dass in der Welt auf recht einfache Weise Friede herrschen kann.

Und wenn kein Friede herrscht, dann liegt das nach unserem Dafürhalten daran, dass es irgendwo zu einer Verschwörung böser Mächte gekommen ist. Und wenn diese Verschwörung der bösen Mächte aufgedeckt wird, wenn wir ihr Zügel anlegen, werden wir alle wieder in Frieden leben. Meiner Meinung nach ist dem nicht so! Diese weit verbreitete These ist falsch. Ich bin vielmehr davon überzeugt, dass der Mensch von der Erbsünde gebrandmarkt ist. Daher fällt es den Menschen weitaus leichter, Kriege zu entfachen als Frieden zu schließen. Der Krieg ist in der Geschichte eher der Normalfall als die Ausnahme. Frieden

ist dagegen etwas ‚Künstliches‘. Vielleicht müsste man besser sagen, dass Frieden die Folge des Zusammenwirkens von göttlicher Gnade und menschlicher Anstrengung ist.

In Europa haben wir im Laufe der Geschichte etliche Friedensperioden erlebt, die mitunter über 60 Jahre dauerten. Diesen Frieden verdanken wir einigen wenigen Politikern, die im gegebenen historischen Moment die richtigen Entscheidungen fällten. Eine dieser Entscheidungen war das gemeinsame Europa, also das weitsichtige Zukunftsprojekt Alcide de Gasperis, Konrad Adenauers, Robert Schumans und anderer, die diese mutigen, ja geradezu verwegenen politischen Entscheidungen trafen. Erst diese Entscheidungen sicherten den Frieden in Europa. Ohne derartige Entscheidungen kommt es hingegen unweigerlich zum Krieg. Frieden benötigt Politik!

Nach meiner Überzeugung lautet die Definition von Politik wie folgt: Politik ist die Kunst, die Herrschaft des Friedens zu erlauben und Kriege zu vermeiden. Eben dieses politische Bewusstsein brauchen wir heute ganz besonders! Wenn wir nämlich über dieses Bewusstsein verfügten, würden wir weitaus weniger Menschen antreffen, die fragen: „Für was brauchen wir eigentlich Europa?“ Wir brauchen es, um Frieden und Sicherheit zu bewahren. Eben dies ist das grundlegende Ziel Europas. Es ist sein Hauptziel.

Wir sollten uns dabei klar machen, dass jegliche Friedenspolitik auf zwei Pfeilern beruht. Der eine Pfeiler besteht aus den Streitkräften. Wir brauchen eine gemeinsame europäische Verteidigung, defensive Streitkräfte für Europa. Aber welche? Nun, mit Sicherheit nicht die Armee vergangener Zeiten. Es gibt keine Rote Armee mehr, die unser Territorium besetzen könnte. Das ist eher unwahrscheinlich. Auf einen solchen Krieg müssen wir uns nicht vorbereiten.

Doch es gibt den internationalen Terrorismus. Wir brauchen daher Streitkräfte, die nicht nur zum Einsatz im eigenen Land bereit sind, sondern auch außerhalb, in den entlegensten Ländern des Kontinents. Erst sie könnten drohende

Kriegsausbrüche schon im Ansatz ersticken. Sie wären gleichsam in ritterlicher Gesinnung bereit, sich allen Gefahren für Leib und Leben auszusetzen, um nicht nur die Bürger des eigenen Landes, sondern zugleich auch universale Menschenrechte zu verteidigen – die grundlegenden Rechte anderer Menschen, nicht nur der jeweiligen Mitbürger. Damit schaffen wir zugleich die Eingangsvoraussetzungen für die Sicherheit ganz Europas und die Sicherheit jedes seiner Einzelstaaten. Meine Damen und Herren, Sie wissen wohl, dass wir uns mit eben diesem Thema zur Zeit intensiv befassen.

Es existiert jedoch noch ein zweites wichtiges und wohl noch bedeutenderes Problem als die Frage der Streitkräfte. Dies ist der zweite Pfeiler: wir benötigen Diplomatie und Politik, um eventuellen Kriegen vorzubeugen. Wenn wir ohne Gewalt bzw. militärische Einsätze die Konflikte unter den Menschen und Völkern abschaffen möchten, müssen wir uns im rechten Augenblick über die uns drohende Gefahr im Klaren sein.

Denken wir an das Beispiel Jugoslawien! Bereits mehrere Jahre vor dem Kriegsausbruch in Jugoslawien war allgemein bekannt, dass die Nationalitätenkonflikte in Bosnien und Herzegowina, in Serbien, Kroatien und im Kosovo eine reale Bedrohung darstellten. In den Jahren 1992/93 hätte man diese Konflikte aller Wahrscheinlichkeit nach noch ohne Militäreinsatz – ohne Krieg – eindämmen können. Doch den Europäern fehlte es damals an Mut. Man hätte nämlich durchaus die wirtschaftliche Entwicklung in dieser Großregion stärken können. Dabei hätten wir natürlich etwas von unserem Wohlstand abgeben müssen, was ein größeres Engagement erfordert hätte. Es wäre also durchaus möglich gewesen, die Dinge so zu gestalten, dass ein Blutvergießen vermieden worden wäre. Damals taten wir jedoch nichts in dieser Hinsicht. Wir dachten vielmehr, dass es sich beim Balkankonflikt um keine allzu reale Bedrohung handeln würde. Wir hofften, dass es nicht so schlimm werden würde, dass sich die Lage von alleine entschärfen würde. Wir dachten, dass ein größeres Engagement im Balkan zu schwierig und gefährlich wäre. Abgesehen vom fehlenden politischen Willen zum konstruktiven Eingreifen waren wir der Ansicht, dass ein derartiges Unternehmen zu kostspielig gewesen wäre.

Wie dem auch sei, letztendlich haben wir einen hohen Preis für unsere Passivität bezahlt, der sich nicht mit Geld messen lässt, sondern allein an den Strömen vergossenen Bluts ablesbar ist. Die Außenpolitik von heute ist eine Politik, die zum friedlichen Eingreifen fähig ist, bevor es zu Blutvergießen kommt. Kommt es jedoch zu Blutvergießen, vollzieht sich gleichsam eine anthropologische Wende. Die davon betroffenen Menschen wollen dann nämlich weder etwas von Wirtschaftswachstum noch von Dialog hören, sondern sind einzig und allein auf Rache aus! Sie möchten dann nur noch diejenigen anhören, die ihnen Rache in Aussicht stellen. Und aus diesem Teufelskreis kann man nur sehr schwer ausbrechen.

Außer Außenpolitik und Diplomatie ist also vor allem Dialogfähigkeit gefragt. Doch auch das genügt nicht! Die Aufgabe der Friedenswahrung liegt weniger im politischen Bereich als in der Sphäre von Kultur und Kirche. Ein Wunder ist nötig, um sich vom Teufelskreis der Rache zu befreien. Nötig sind außer dem persönlichen Gebet aber auch Dichter und Heilige, also Menschen, die eine Veränderung der menschlichen Seele bewirken können. Diese Menschen besitzen eine Fähigkeit, die man Politikern wohl kaum abverlangen kann. Unter den Politikern gab es im Laufe der Geschichte wohl einige Heilige, doch sehr viele waren es nicht. Denn in der Heiligkeit liegt wohl nicht die Hauptaufgabe der Politiker in der Geschichte der Menschheit.

Zur Zeit befinden sich Europa und die Vereinigten Staaten gewissermaßen im Clinch miteinander. Laut Paul Kegan nehmen die USA dabei die Rolle des Kriegsgottes Mars und die Europäer die Position der Liebesgöttin Venus ein. Was bedeutet dieser Vergleich mit der altrömischen Mythologie? Die Amerikaner sind viel eher als die Europäer bereit, ihr enormes militärisches Kampfpotential einzusetzen, während die Europäer möglichst jeden Konflikt durch diplomatische Vermittlung lösen möchten. Sowohl die einen als auch die anderen haben Recht und befinden sich zugleich im Irrtum. Eine gute Politik braucht nämlich das eine wie das andere!

Unter normalen Bedingungen kann man nicht jedes Problem allein durch Machtdemonstration und Waffengewalt lösen. Dies wird allein schon an der

Irak-Problematik sichtbar; dort hat man sich politisch viel zu wenig engagiert. Wenn man von Anfang an ernsthafte politische Argumente ins Spiel gebracht hätte, wäre ein Krieg womöglich gar nicht notwendig geworden. Diplomatische Mittel wären vielleicht erfolgreicher gewesen.

An dieser Stelle möchte ich eine kurze Frage stellen: Wir hörten von Herrn Casini, dem Präsidenten des italienischen Parlaments, dass die Perspektive des EU-Beitritts der Balkanländer durchaus realistisch ist. Dies hat Herr Casini in seiner Rede ganz deutlich gemacht. Das, was die Menschen dort hören möchten, entspricht wohl dem, was der EU-Gipfel von Saloniki im Juni 2003 mit großem Nachdruck bestätigt hat.

Meine Frage lautet also wie folgt: Gibt es Ihrer Meinung nach in der Europäischen Union tatsächlich den politischen Willen, den Beitrittsprozess für Albanien, Serbien sowie für Bosnien und Herzegowina in Gang zu setzen und entsprechend zu beschleunigen? Die Antwort ist einfach: Ja!! Diese Völker brauchen eine klare Beitrittsperspektive, wobei wir ihnen sagen müssen: Ihr seid Europäer! Euer zukünftiges Schicksal heißt Europa! Ihr habt das Recht, in die europäischen Strukturen aufgenommen zu werden! Zwar nicht gleich morgen oder übermorgen. Dies ist unmöglich, da es gewisse Eingangsvoraussetzungen gibt, die erfüllt sein müssen. Dennoch stellt der EU-Beitritt dieser Balkanstaaten eine reelle politische Perspektive dar. Denn dies ist die einzige Weise, auf die wir ein Wiederaufleben der Schreckensherrschaft der Vergangenheit in diesem Teil Europas verhindern können.

Gleichwohl müssen wir dafür auch eine Gegenleistung einfordern. Die Völker des Balkans müssen sich zuvor friedlich verständigen. Sie müssen lernen, gemeinsam zu handeln und zu arbeiten. Es kann nicht sein, dass die Balkanhalbinsel innerlich geteilt und durch zahlreiche Landesgrenzen derart zersplittert ist, dass eine erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit unter den einzelnen Staatsgebilden verhindert wird, von der grenzübergreifenden Kooperation ihrer Bürger ganz zu schweigen. Es ist einfach unmöglich, einen gut funktionierenden Wirtschaftsverkehr zwischen eng benachbarten Kleinstaaten zu schaffen, die

felsenfest davon überzeugt sind, mit ihren jeweiligen Nachbarn nicht gemeinsam handeln zu können. Natürlich weiß ich, dass dies keine leichte Sache ist. Die Wunden der jüngsten üblen Vergangenheit sind noch zu frisch. Doch irgendetwas muss getan werden...

Vor einigen Monaten hielt ich mich im Kosovo auf. Ich war stolz auf unsere Soldaten. Dabei befand ich mich in einem serbisch-orthodoxen Kloster, dessen Mönche mir erzählten, dass sie ohne den Beistand der italienischen Truppen gar nicht mehr an diesem Ort sein würden. Als ich das hörte, stieg einen Augenblick lang Stolz in mir auf. Doch dann sagte ich mir, dass auf dem Balkan in Wirklichkeit alles nicht richtig angepackt worden ist. Denn nach dieser langen Zeit ist die Verständigung unter den Balkanvölkern immer noch auf einem derart niedrigen Niveau, dass z.B. die serbische Minderheit im Kosovo ohne die Präsenz der italienischen Soldaten in akuter Lebensgefahr wäre. Man würde die Serben ohne internationalen Militärschutz dort einfach umbringen. Was haben unsere Zivilbehörden dort eigentlich die ganze Zeit über getan?

Was gab mir jedoch etwas Mut? Ermutigend wirkte der Umstand, dass man dort ein Haus des Mutter-Theresia-Ordens einweihte. Denn dies war der einzige Ort, an dem sich alle begegneten – Albaner und Serben unter einem Dach. Diese untereinander arg zerstrittenen und verfeindeten Menschen trafen sich im Mutter-Theresia-Haus in Pristina. So hege ich die Hoffnung, dass diese Begegnungsstätte ein weiteres Element beim Wiederaufbau einer friedlichen Balkanhalbinsel sein wird.

Im Rahmen des Wiederaufbaus sind sicherlich militärische Aufgaben und politische Funktionen wahrzunehmen. Aber auch die Kultur ist wichtig. Darüber hinaus brauchen wir vor allem die Religion, die letztlich die Herzen der Menschen verändert. Denn sonst kann man auf dem Balkan, wo die Menschen derart Schreckliches erlitten haben, wohl kaum glaubhaft von einer friedlichen Entwicklung sprechen.

■

Polen und Russland

– Gemeinsame oder getrennte Sicherheit?

Adam Michnik

Das ist eine sehr gute Frage! Das Leitthema des Symposiums ist äußerst interessant! Aus meiner Sicht ist die Thematik um so reizvoller, als die Katholische Kirche dabei zum Gegenstand eines intensiven Gesprächs, einer Debatte, ja sogar kritischer Reflexion wurde, wie Walter Kardinal Kasper anmerkte. Nun, derartige Debatten gibt es in Polen eher selten - viel zu selten, wie ich meine. Daher stimmt mich diese Konferenz recht optimistisch.

Was die Titelfrage angeht, so würde ich in Einklang mit dem berühmten britischen Politiker Palmerston sagen, dass Polen weder ewige Feinde noch ewige Freunde hat, sondern allein ewige Interessen. Und im vitalen Interesse Polens liegt es, dass in seiner unmittelbaren Nachbarschaft keine Kräfte auftauchen, die zur Destabilisierung des Landes führen könnten. Kräfte, die letztlich eine Beherrschung bzw. Versklavung des polnischen Staates anstreben könnten.

Wenn ich aus diesem Blickwinkel auf das heutige Russland schaue, fällt mir eine einfache Antwort auf die eingangs gestellte Frage sehr schwer. Unlängst bin ich von einer Moskau-Reise heimgekehrt. In diesem Zusammenhang verfasste ich

einige Kommentare für die *Gazeta Wyborcza*. Ich kehrte ziemlich ernüchtert und pessimistisch aus der russischen Hauptstadt zurück, denn nach meiner Überzeugung wurde in Russland ein übler Mechanismus politisch-ökonomischer Stabilisierung in Gang gesetzt. Die derzeit stattfindende „Normalisierung“ der Verhältnisse im Lande verheißt nichts Gutes.

Die Macht von Wladimir Putin beruht im wesentlichen darauf, dass er zu Beginn des zweiten Tschetschenien-Krieges von einem kleinen, aber siegreichen Krieg sprach. Und dieser kleine, siegreiche Krieg kostete bereits bis zum heutigen Zeitpunkt weitaus mehr Opfer als der erste Krieg in Tschetschenien. Mehr noch, in diesem jüngsten Krieg änderte sich auch die Vorgehensweise der Kriegsgegner. So tauchten dort erstmals bestimmte Konfliktmerkmale des Bürgerkriegs zwischen Israel und den Palästinensern auf: brutale Selbstmord-Attentate und zahlreiche terroristische Anschläge. Während die Tschetschenen anfangs eher politische Separatisten gewesen waren, die sich von Russland ganz einfach territorial lösen wollten, wurden sie durch die aggressive Kriegspolitik des Kremls zunehmend in die Ecke des islamischen Fundamentalismus gedrängt. Dessen verzweifelte Hasslogik ist inzwischen auf den tschetschenischen Widerstand übersprungen.

Eine realistische Vorhersage der weiteren Ereignisse in Tschetschenien lässt sich nur schwer treffen. Zahlreiche Experten sind der Ansicht, dass der ganze Kaukasus sich bald zum Balkan der Russischen Föderation entwickeln wird. Doch während der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien trotz seiner tragischen Ausmaße letztendlich ein regional begrenzter, nationalistischer Großkonflikt geblieben ist, vergiftet der Krieg im Kaukasus den gesamten Organismus des riesigen russischen Staates.

Der Krieg im Kaukasus kann nämlich durchaus zu derart drastischen ethnischen Auseinandersetzungen führen, wie sie etwa in Bosnien und Herzegowina stattfanden. Denn dieser Krieg führt unweigerlich dazu, dass der sog. *wajenno pramysliennyj kompleks* [Komplex der Kriegsindustrie] außerordentlich große Kompetenzen und Geldmittel erhält. Dies bedeutet zugleich, dass auch

die staatlichen Sicherheits- und Geheimdienste der Russischen Föderation mit einem erheblichen Machtzuwachs rechnen dürfen. Der Krieg im Kaukasus hat zudem zur Folge, dass das Geschäft mit dem Waffenhandel und dem illegalen Dokumentenhandel enorm aufblüht, was von einer neuen, gigantischen Korruptionswelle begleitet wird. Vor allem jedoch bedeutet dieser Krieg die Rückkehr des russischen Großmachtstrebens in „alten, traditionellen Stiefeln“.

Doch auf was möchte ich hinaus? Vor 150 Jahren setzte mit dem Ende des Krimkrieges eine Periode politischen Tauwetters in Russland ein. Im Februar 1855 kam der reformfreundige Zar Alexander II. an die Macht. Die von ihm eingeleiteten Reformen stießen jedoch auf erhebliche gesellschaftliche Widerstände. Auch das Königreich Polen erlebte damals eine Phase der politischen Entspannung.

Ich möchte an dieser Stelle nicht näher darauf eingehen, ob der Januaraufstand von 1863/64 wirklich Sinn hatte oder nicht. Denn diese Erörterung würde uns zu weit vom eigentlichen Thema abbringen. Dennoch steht zweifellos fest, wie die Reaktion der russischen Öffentlichkeit auf diese nationale Erhebung der Polen aussah. Auch der liberale, demokratisch gesinnte Reformler auf dem Zarenthron wandelte sich zum großrussischen Chauvinisten mit Großmachtsambitionen. Alexander II. wurde nach der blutigen Niederwerfung des Januaraufstands zum Anhänger der These, dass man den Polen alles wegnehmen müsse, was sich wegnehmen lasse.

Zu diesem Thema existiert übrigens eine ausgezeichnete Einzelstudie von Stanisław Brzozowski in seinem Buch *Głosy wśród nocy* [Stimmen in der Nacht]. In dieser Studie unter dem Titel *Kryzys w literaturze rosyjskiej* [Die Krise der russischen Literatur] beschreibt Brzozowski, wie die russische Intelligenzia, die anfangs den 1861 erschienen Roman *Kolokol* [Die Glocke] des polonophilen Schriftstellers Alexander Herzen mit großem Interesse gelesen hatte, dieses Werk nunmehr verächtlich in die Ecke legte und sich belletristischen Vertretern des großrussischen Reichsgedankens zuwandte.

Wenn man die heutige Politik Russlands aus dieser historischen Perspektive betrachtet, erscheint der Tschetschenien-Konflikt nicht nur als ein Element der Außenpolitik der Russischen Föderation. Dieser Konflikt signalisiert vielmehr einen tiefgreifenden Gesinnungswandel innerhalb der politischen Eliten Russlands. Denn die bislang als Reformer geltenden bzw. mit großen Wirtschaftsinteressen verbundenen Politiker machen mittlerweile den *Tschekisten* („Tscheka“ – zaristische Geheimpolizei im 19. Jhd.) Platz. Die politischen Eliten des Landes erinnern zunehmend nicht an „Chicago“, sondern an „Tschekago“ (von „Tscheka“) wie man in Moskau zu sagen pflegt. Sie lassen also an die geheime Staatsmafia denken, die einst der polnische Adelige Feliks Edmundowicz Dzierżyński für Stalin ins Leben gerufen hatte. Und eben darin besteht unser – der polnische – Beitrag zum Weltbolschewismus!

Wenn man die russische Politik gegenüber Moldawien, Georgien und der Ukraine beobachtet, ganz zu schweigen von Weißrussland und dem litauischen Präsidenten, der den Litauern durch russische Gelder und Geheimdienste buchstäblich gestiftet worden ist, kann man keineswegs ganz ausschließen, dass unser größter Nachbar im Osten über kurz oder lang nicht doch eine ernste Bedrohung für uns darstellen wird. Dies sage ich als Mensch, der wirklich ein echter anti-sowjetisch gesinnter Russlandfreund ist. Ich mag die Russen und ihre Literatur. Ich kenne ihre Sprache und habe in diesem Land zahlreiche Freunde.

Natürlich bin auch ich gegen jede Art von antirussischer Hysterie oder Xenophobie. Doch wenn man mich fragt, ob Russland mit Polen „gemeinsame“ oder „getrennte“ Wege der Sicherheit gehen soll, antworte ich wie folgt: Man muss alles nur Erdenkliche tun, damit Russland „gemeinsam“ mit Polen geht! Aber nur ein demokratisches, tolerantes Russland kann für Polen ein echter Partner sein!

Dazu müssen die Machthaber im Kreml jedoch ihre Staatsphilosophie grundlegend ändern. Die politische Philosophie Russlands war bislang nämlich auf territoriale Expansion nach außen fixiert und nicht auf innere Expansion zur Bewirtschaftung der eigenen Reichtümer. Russland besitzt laut den Tabellen des berühmten Che-

mikers Mendeleev (1834-1907) riesige Naturschätze. Doch ein 100 Kilometer von Moskau entfernt liegendes Dorf sieht heute noch ganz genau so aus, wie zur Zeit von Emeljan Pugačev (legendärer Bauernführer des 18. Jhd.).

Wenn man also heute auf die Frage antworten soll: Polen und Russland – „gemeinsam oder getrennt?“ – ist zu konstatieren: Bleiben wir wachsam! Denn in der Vergangenheit haben wir uns viele Male an unserer gemeinsamen Geschichte die Finger verbrannt. Lassen wir uns also nicht von Hysterie anstecken! Wir dürfen aber auch nicht naiv sein!

Abschließend ein letzter Satz zur Hysterie. Die jüngste Entwicklung der polnisch-deutschen Beziehungen beunruhigt mich zutiefst. Für gewöhnlich äußern wir uns in Polen laufend zu den aktuellen Geschehnissen in Deutschland. Wir reden viel über Erika Steinbach und die Preußische Treuhand. Und zwar zu Recht, denn all dies sind skandalöse Dinge, die nicht toleriert werden dürfen.

Gleichzeitig reden wir jedoch viel zu selten darüber, was sich östlich von Oder und Neiße abspielt. Wenn etwa das polnische Parlament über die polnisch-deutschen Beziehungen debattiert, erinnert dies oftmals an eine psychotherapeutische Sitzung in einem Heim für Geisteskranke. Diese Entwicklung ist höchst beunruhigend!

Und wenn wir ernsthaft über unsere Beziehungen nachdenken möchten und uns nicht nur gegenseitig nette Komplimente machen wollen, müssen wir nüchtern überlegen, was nun zu tun ist. Unsere beiderseitigen Beziehungen verschlechtern sich zur Zeit nämlich ganz dramatisch.

Ich erinnere mich noch gut daran, wie vor 40 Jahren eine neue Qualität in diese Beziehungen eingekehrt ist – initiiert durch den Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder. Damals verstanden viele Menschen in Polen diesen Brief überhaupt nicht. Unser Episkopat – und insbesondere Kardinal Wyszyński – wurde damals zum Objekt äußerst primitiver und gemeiner Hetzkampagnen. Nichtsdestotrotz war diese Geste der polnischen Bischöfe geradezu genial. Sie

zeugte von großer Weitsicht und echter christlicher Vergebungsbereitschaft. Diese Geste trug in der Folgezeit reiche politische Früchte.

Heute scheint wohl wieder der Augenblick gekommen zu sein, in dem ein „neuer Brief“ der polnischen Bischöfe an den deutschen Episkopat angesagt wäre. Denn die durch zahlreiche Politikerohrfeigen vergiftete Atmosphäre der polnisch-deutschen Beziehungen lässt sich wohl nicht mehr anders reinigen als durch große, befreiende Worte. Großen Eindruck machte auf mich das einleitende Motto der Tagebücher von Viktor Klemperer, das aus der Feder des jüdischen Religionsphilosophen Franz Rosenzweig stammt: „Worte sagen mehr als Blut!“

■

Die Autoren

General Mieczyslaw Bieniek	ehemaliger Kommandant einer multinationalen Division der Stabilisierungstruppen im Irak
Prof. Rocco Buttiglione	Europaminister der Republik Italien
Pier Ferdinando Casini	Präsident des Italienischen Parlaments
Włodzimierz Cimoszewicz	Aussenminister a.D., Sejm marschall der Republik Polen
Erzbischof Paul Gallagher	Nuntius des Vatikans in Burundi
Prof. Bronisław Geremek	ehemaliger Außenminister der Republik Polen, MdEP
Bischof Dr. Josef Homeyer	Vorsitzender der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE)
Kardinal Prof. Walter Kasper	Vorsitzender des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen

Bischof Franjo Komarica	Bischof von Banja Luka
Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz	Metropolit in Moskau, Vorsitzender der Bischofskonferenz der Russischen Föderation
Adam Michnik	Chefredakteur der Tageszeitung "Gazeta Wyborcza"
Bischof Prof. Tadeusz Pieronek	ehemaliger Rektor der Päpstlichen Akademie für Theologie in Krakau
Prof. Andrzej Szostek	Rektor der Katholischen Universität Lublin

Bildliche Impressionen



General Mieczysław Bieniek, ehem. Kommandant einer multinationalen Division der Stabilisierungstruppen im Irak



Adam Michnik, Chefredakteur der Tageszeitung "Gazeta Wyborcza" und Prof. Bronisław Geremek, ehemaliger Außenminister der Republik Polen, MdEP



Erzbischof Paul Gallagher, Nuntius des Vatikans in Burundi; Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz, Metropolit in Moskau, Vorsitzender der Bischofskonferenz der Russischen Föderation; Monsignore Noel Treanor, Generalsekretär der COMECE; Marek Grela, Botschafter der Republik Polen bei der EU



Bischof Dr. Josef Homeyer, Vorsitzender der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE)



Prof. Jan Dyduch, Rektor der Päpstlichen Akademie für Theologie in Krakau;
Jacques Santer, Präsident der Robert-Schuman-Stiftung, Luxemburg;
Bischof Prof. Tadeusz Pieronek, ehem. Rektor der Päpstlichen Akademie für Theologie in Krakau
und Kardinal Franciszek Macharski, Erzbischof von Krakau



Prof. Bronisław Geremek, ehemaliger Außenminister der Republik Polen, MdEP



Prof. Rocco Buttiglione, Europaminister der Republik Italien; General Mieczysław Bieniek,
ehem. Kommandant einer multinationalen Division der Stabilisierungstruppen im Irak;
Bischof Franjo Komarica, Bischof von Banja Luka



Pier Ferdinando Casini, Präsident des Italienischen Parlaments



Podiumsdiskussion: Adam Michnik, Chefredakteur der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“; Prof. Rocco Buttiglione, Europaminister der Republik Italien; General Mieczysław Bieniek, ehem. Kommandant einer multinationalen, Division der Stabilisierungstruppen im Irak; Bischof Franjo Komarica, Bischof von Banja Luka; Dr. Henning Tewes, ehem. Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen



Włodzimierz Cimoszewicz, Aussenminister a.D., Sejmarschall der Republik Polen

